



zur debatte

1/2017

Themen der Katholischen Akademie in Bayern



7
Franz Maget berichtet von seinen beruflichen und persönlichen Erfahrungen in Tunesien



25
Prof. Dr. Hans Maier macht einen Streifzug durch christliche Politik in Deutschland



13
Probleme und Chancen von „Genome Editing“ beschreibt Prof. Dr. Michael Sendtner



30
Ein Fallbeispiel für christliches Engagement in der Politik schildert Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl



32
Den christlichen Beitrag zur Politik heute zeigt Petra L. Guttenberger MdL auf



33
Auch Kathi Petersen MdL macht sich Gedanken zu Politik und christlichem Glauben



37
Prof. Dr. Karl Vocelka schildert Kaiser Franz Josephs Umgang mit dem Nationalismus



41
Prof. Dr. Ernst Struck sieht die europäische Türkeiipolitik in der Krise

Reihe „Schwabinger Vorträge“

Ursula von der Leyen, Bundesministerin der Verteidigung



Foto: Kay Nietfeld/dpa

Verteidigungsministerin von der Leyen im vergangenen Dezember bei ihrem Besuch in Malis Hauptstadt Bamako.

Begrüßt wurde sie von Präsident Ibrahim Boubacar Keita.

Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen war am 28. Oktober 2016 im Rahmen der „Schwabinger Vorträge“ zu Gast bei der Katholischen Akademie Bayern und dem Rotary-Club München-Schwabing. Die CDU-Politikerin, die auch stellvertretende Bundesvorsitzende ihrer Partei ist, hat das Amt der Ver-

teidigungsministerin seit Ende 2013 inne – als erste Frau. Das Referat der Verteidigungsministerin vor rund 300 Gästen – Mitglieder vieler Rotary-Clubs und der Gremien der Katholischen Akademie Bayern – hatte den Titel „Wir haben die Verantwortung, uns zu engagieren.“

Wir haben die Verantwortung, uns zu engagieren

Ursula von der Leyen

Kommt man hier nach München und spricht über Verantwortung, dann kommt einem sofort die Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2014 in den Sinn. Damals war diese Regierung ganz frisch im Amt, alle waren gespannt, was wir sagen werden, und es war der Bundespräsident, der den Ton vorgab. Unabgesprochen haben mein Kollege Frank-Walter Steinmeier und ich ähnlich intoniert: dass Deutschland mehr sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen muss. Angesichts seiner politischen Rolle und Relevanz und angesichts seines ökonomischen Gewichtes kann Deutschland nicht am scharfen Ende beiseite stehen und die anderen machen lassen, sondern ist verpflichtet, selber auch mehr Verantwortung auf seine Schultern zu nehmen. Es ist unsere moralische Pflicht und es entspricht unseren Interessen.

Dieses gemeinsame Credo damals 2014 hier in München hat für Furore gesorgt, und es wird heute oft als der „Münchner Konsens“ bezeichnet. Wir ahnten nicht, wie schnell wir auf Herz und Nieren geprüft werden würden. Denn es dauerte nur rund einen Monat – die Winterspiele in Sotschi waren gerade vorbei –, da annektierte Russland die Krim. Mit anderen Worten: zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Aufbau unserer Sicherheits- und Friedensarchitektur hat in Europa ein Land Grenzen wieder gewaltsam verschoben. Und vier Monate später erschien für uns neu auf der Bühne der sogenannte Islamische Staat (IS). Damals eroberte die Terrorgruppe Mossul und versuchte, einen Genozid an den Jesiden zu vollziehen. Beide Ereignisse haben die sicherheitspolitische Lage grundlegend verändert, aber sie waren



Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin der Verteidigung

gewissermaßen auch nur der Auftakt zu einem Stakkato an Krisen und Konflikten, die wir seitdem erlebt haben.

General Klaus Naumann hat in den 1990er Jahren bereits den Begriff des Krisenbogens an Europas Peripherie maßgeblich geprägt. Sie haben damals schon vor den langfristigen Folgen der Entwicklungen im Süden, Südosten und Osten Europas gewarnt. Heute sehen wir diesen Krisenbogen um Europa um so scharfkantiger und deutlicher. Wir haben ein Russland, das zunehmend unberechenbar und rücksichtslos agiert, das vereinbarte Regeln missachtet, das

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Erneut liegt unserer „debatte“ ein thematisches Sonderheft bei, diesmal zum Ersten Korintherbrief. Im 12. Kapitel heißt es da: „*Es gibt verschiedene Gnadengaben, aber nur den einen Herrn. Es gibt verschiedene Kräfte, die wirken, aber nur den einen Gott. Er bewirkt alles in allen. Jedem aber wird die Offenbarung des Geistes geschenkt, damit sie anderen nützt.*“

„*Verschiedene Gnadengaben*“, „*verschiedene Kräfte*“ – diese Stelle fiel mir ein, als ich das Inhaltsverzeichnis der neuen „debatte“ durchging; denn diesmal ist die Spannweite der Themen wirklich umwerfend: da geht es von den Aufgaben der Bundeswehr zum medizinischen Superwerkzeug mit dem schwierigen Namen „Gen-Schere CRISPR/Cas-9“. Über Tunesien wird berichtet und über die Türkei. Kaiser Franz Joseph wird in Erinnerung gerufen, aber auch die bedrohten Völker des Amazonasgebiets. Zwei Christen und ein Atheist diskutieren über „Glaube und Atheismus“, „Christen in der Politik“ war dann das Thema der ökumenischen Tagung in Tutzing, und unsere Katholische Akademie hat den Reigen der Jubiläumsveranstaltungen zum sechzigsten Gründungstag mit einer internen Feier begonnen, präsentiert sich zugleich neu im Blick auf ihr junges Publikum.

Lasse ich dieses Panorama unterschiedlichster Herausforderungen an mir vorbeiziehen, komme ich aus dem Nachsinnen nicht mehr heraus: Was wirken doch alles für Kräfte in unserer Zeit und Welt ..., aufbauende und zerstörende, manchmal klar benennbar, aber manchmal auch ziemlich verdeckt.

Deshalb scheinen mir von den „*Geistesgaben*“, die der Apostel Paulus im gleichen 12. Kapitel aufzählt, vor allem jene wichtig, die er so benennt: „*die Geister zu unterscheiden*“, aber auch „*Erkenntnis zu vermitteln*“, letztlich „*Glaubenskraft*“. Als Akademie sehen wir uns genau dafür in die Pflicht genommen und herausgefordert; gilt doch auch für uns: „*Jedem wird die Offenbarung des Geistes geschenkt, damit sie anderen nützt.*“

So gehen wir in diesem Jubiläumsjahr hoffnungsvoll Richtung Zukunft. Übrigens trägt die augenblickliche Kunstausstellung der beeindruckenden „Cosmos-Bilder“ des Malers Bernd Zimmer den Titel „unendlicher Beginn“ – fast ein Synonym für immer neu beginnende Akademiarbeit. Und dabei vertrauen wir darauf, dass bei all den „*verschiedenen Kräften*“, die wir „*zu unterscheiden*“ versuchen, auch immer wieder durchscheint und sichtbar wird, was Bernd Zimmer für sein Metier so formuliert hat: „*Das Transzendente ist das Spannende.*“

Ihr



Dr. Florian Schuller



Begrüßt wurde die Ministerin bei ihrer Ankunft in München von Akademiedirektor Dr. Florian Schuller (v.l.n.r.), General a.D. Klaus Naumann, früherer

Generalinspekteur der Bundeswehr und 2008 als damaliger Präsident des Rotary-Clubs Initiator der „Schwabinger Vorträge“, sowie Rechtsanwalt

Hans-Peter Hoh, dem aktuellen Präsidenten des Rotary-Clubs München-Schwabing.

Grenzen und Souveränität eines anderen Staates nicht respektiert, das eine hybride Kriegsführung im Osten der Ukraine zeigt bis hin zum Bombardement von Aleppo. Wir erleben aber auch das Agieren des menschenverachtenden Terrors durch den IS, der uns nicht nur im Nahen und Mittleren Osten fordert, sondern der bis tief ins Herz Europas agiert, uns genau da trifft, wo wir unsere offene und freie Art zu leben auch gewöhnt sind: beim Fußball, in Cafés, in Konzerten, auf öffentlichen Plätzen. Ich brauche nur zu erinnern an Paris, an Brüssel, an Würzburg, an Ansbach.

Das alles ist weiter flankiert worden durch die für uns so noch nicht erlebten Flüchtlingsbewegungen: 60 Millionen Menschen auf der Welt sind als Migranten unterwegs, viele Hunderttausende sind hier nach Europa gekommen. Sie sind geflohen vor Terror, vor Bürgerkriegen, aber auch vor Hunger, auch vor Armut. Das bringt wiederum uns an die Grenze der Belastbarkeit. All das ist Ausdruck der veränderten Sicherheitslage. Das bedroht Europa, und die daraus entstehenden Ängste sind real. Und wir alle wissen, wenn wir diese Probleme nicht lösen können, dann entsteht ein Vakuum, das jene ausfüllen, die eher Ängste und Frustrationen schüren. Die eher das Trennende, das Spaltende betonen. Wir werden aber nur Fortschritte erreichen, wenn wir geeint, wenn wir stark und wenn wir auf dem sicheren Fundament unserer gemeinsamen Werte agieren.

I.

Ich möchte deshalb über vier Bereiche, vier Grundsätze sprechen, die in diesem Szenario, das ich Ihnen eben geschildert habe, für mich maßgeblich sind. Der erste Grundsatz ist, dass wir aus den in Teilen bitteren Erfahrungen der letzten Jahre unsere Lehren gezogen haben und heute sagen: Kluge Kooperation geht vor Intervention. Das heißt, wir dürfen nicht in dem Glauben handeln, dass der Westen mit seiner ganzen militärischen Macht alleine in der Lage sein könnte, die Dinge in den Griff zu bekommen. Sondern wir müssen uns immer wieder

darauf besinnen, auch wenn es der langsamere und der mühsamere Weg ist, dass die Menschen vor Ort eigentlich am besten wissen, was notwendig ist. Dass sie oft nur nicht die Möglichkeiten haben, dies umzusetzen. Dass sie selber Verantwortung übernehmen wollen, und dass sie vor allem bereit sind, für ihre Heimat zu kämpfen.

Wir haben dieses Prinzip im Jahr 2014 angewendet mit Blick auf die Kurden im Nordirak. Damals wurden sie vom IS fast überrannt. Mossul wurde erobert und der IS trieb die Jesiden in das Sindschar-Gebirge. Zweieinhalb Jahre ist es her, dass Deutschland zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg bereit war, Waffen in ein Krisen- und Konfliktgebiet zu liefern. Verbunden mit der Ausbildung der lokalen Kräfte. In der tiefen Überzeugung, dass wir sie in die Lage versetzen müssen, sich gegen den IS zu wehren. Ich erinnere mich gut an die heftigen Debatten, die wir damals auch geführt haben, gerade auch unter Christen. Debatten, ob das Gebot „Du darfst nicht töten“ uns dort nicht die Hände bindet. Ich werde nie die Rede des evangelischen Bischofs Wolfgang Huber vergessen, der damals diesen Begriff erweiterte. Er sagte, für ihn hieße es auch: „Du darfst nicht töten lassen“. Er zeigte damit das Dilemma auf, das wir auf der Grundlage unserer Werte zu lösen hatten.

Wir haben damals begonnen, die Peschmerga auszurüsten, auszubilden und sie zu unterstützen. Wir haben inzwischen 11.000 Peschmerga ausgebildet und ausgerüstet. Wir haben ihnen damals Waffen gegeben, die sie in die Lage versetzt haben, die rollenden Bomben, das heißt mit Sprengstoff gefüllte Autos und Lastwagen, mit denen der IS in die kurdischen Dörfer und in die Reihen der Peschmerga fuhr, auf Distanz zu halten und sich dagegen zu wehren. Wir haben ihnen dadurch überhaupt erst den Rücken gestärkt. Dadurch waren sie in der Lage, sich zu verteidigen. Sie wurden nicht vom IS überwältigt, sondern sie konnten ihn stoppen, ihn zurückdrängen, Territorium zurückgewinnen und dem IS damit den Nimbus der Unbesiegbarkeit nehmen.

Es ist damals keine leichte Entscheidung gewesen, aber es war die richtige Entscheidung. Auch aus einem zweiten Grund: Es ist den Kurden nicht nur gelungen, dem IS empfindliche Niederlagen beizubringen, sondern sie haben auch 1,8 Millionen Flüchtlingen in ihrer Region Schutz gegeben. Und wenn ich Ihnen sage, dass die kurdischen Gebiete eine Bevölkerung von fünf Millionen Menschen haben, dann wissen wir hier in Deutschland heute, was es bedeutet, wenn man 1,8 Millionen Flüchtlinge aufnimmt. Die Kurden haben sie seitdem geschützt; es leben in manchen ihrer Städte mehr Flüchtlinge als Einheimische. Es wäre niemals möglich gewesen, dass sie diese Kraft aufgebracht hätten, wenn wir nicht von Tag eins an nicht nur Waffen, sondern auch konsequent humanitäre Hilfe gegeben hätten. Insbesondere Gerd Müller fördert mit seinem Ministerium bis zum heutigen Tag den wirtschaftlichen Aufbau in dieser Region.

II.

Das führt mich zu meinem zweiten Grundsatz. Wir werden militärische Erfolge immer wieder gefährden, wenn wir nicht vom ersten Tag an Diplomatie und wirtschaftlichen Aufbau in diese Regionen bringen, um damit die militärischen Erfolge auch zu flankieren. Um es nochmals deutlich zu machen: Die Aggression des sogenannten IS können Sie nicht anders stoppen als durch militärische Mittel. Der IS verhandelt nicht, der IS tötet. Aber so unerbittlich, wie wir gegen den Terror vorgehen müssen, so unerbittlich müssen wir auch immer die Mittel des Dialoges und der Diplomatie genau in diese Region bringen. Denn nur so können wir die Ursachen des Terrors, den Nährboden des Dschihadismus austrocknen. Mit Versöhnung und Wiederaufbau in diesen Regionen. Wenn nicht von Tag eins an die Mittel der Diplomatie, der Versöhnung, des Wiederaufbaus flankierend zu den militärischen Erfolgen kommen, werden wir keinen nachhaltigen Erfolg erzielen. Die Menschen müssen spüren, dass es einen Unterschied macht, ob sie vom IS beherrscht



Das anschließende Gespräch der Ministerin mit den Gästen moderierte General a. D. Klaus Naumann.

werden oder ob sie frei leben können. Sie rechnen da ganz einfach: Kann ich meine Familie ernähren, habe ich ein Dach über dem Kopf, werde ich nicht bedroht, und habe ich eine Perspektive in dieser Region? Dann bleiben wir.

Wir haben vieles richtig gemacht im Irak. Auch diese Geschichte muss erzählt werden, denn sie geht oft in dem Schrecken des Nahen und Mittleren Ostens unter. Nach der Rückeroberung der irakischen Städte Tikrit oder Ramadi sind sofort die Vereinten Nationen vor Ort gewesen, um ganz schnell Hilfe zu bringen. Das heißt: Wasser, Elektrizität und Häuser reparieren, Minen entsorgen – die gesamten Städte sind durch den IS vermint worden – und medizinische Hilfe bringen; ganz pragmatisch. Genau das wird auch die Bewährungsprobe in Mossul sein. Der Irak ist derzeit in einer schweren Wirtschaftskrise. Nicht nur durch den Krieg, sondern auch wegen des lang anhaltenden niedrigen Ölpreises. Hinzu kommen die Konflikte zwischen den Sicherheitskräften und die ungeklärte Rolle der mächtigen schiitischen Milizen. Soll also der Kampf gegen den IS, wenn Mossul wieder zurückerobert worden ist, nicht in einen

neuen Binnenkonflikt übergehen, müssen wir umso konsequenter das Prinzip der vernetzten Sicherheit verfolgen.

Es sind die Bürgerkriege und der Terror, die, wie ich eingangs sagte, fast 60 Millionen Menschen in die Flucht treiben, überall auf der Welt. Wir haben im vergangenen Jahr sehr stark gemerkt, was das bedeutet, insbesondere ob der Flüchtlingsströme aus Syrien und Irak.

III.

Ich möchte jetzt den Blick nach Afrika wenden und dort den dritten Punkt ansprechen. Wir können sehr viel aus eigener Kraft schaffen. Ich habe über die Münchner Sicherheitskonferenz gesprochen, ich habe über die Haltung Deutschlands gesprochen, ich habe über die Grundprinzipien gesprochen. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass wir die Herausforderung unseres Nachbarkontinents Afrika nur bewältigen können, wenn wir die Kraft eines ganzen Kontinentes dazu in die Hand nehmen – und das ist unser geeintes Europa.

Wenn wir einmal auf unseren Nachbarkontinent blicken, genügen einige

Zahlen, die das zeigen: Afrikas Bevölkerung wird sich bis zum Jahr 2050 verdoppeln. Das klingt abstrakt und für viele zeitlich weit weg. Was das aber konkret bedeutet, zeigt ein anschauliches Beispiel: Die Bundeskanzlerin ist ja im vergangenen Monat in Nigeria gewesen. Dort lebten bis zum Jahr 2000 rund 100 Millionen Menschen. Beim Besuch der Bundeskanzlerin waren es schon 180 Millionen. In gerade einmal 16 Jahren kamen also so viele Menschen dazu, wie insgesamt in Deutschland leben. Das zeigt die Dimensionen. Das zeigt, was eigentlich der Treiber der Entwicklung gerade in dieser Region ist. Denn damit sind auch die Krisen und Konflikte der Zukunft schon erkennbar. Sie gehen von den fragilen Staaten aus, sie gehen von massenhafter Korruption aus, also dem



Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und Politikwissenschaftlerin an der Universität der Bundeswehr, eröffnete die Fragerunde nach dem Referat.



Ursula von der Leyen ging genau auf die Fragen des Publikums zu sicherheitspolitischen Aspekten ein.

Themen „zur debatte“

Editorial	2
Wir haben die Verantwortung, uns zu engagieren	
Ursula von der Leyen	1
Young Professionals	6
Mittags im Schloss	
Franz Maget	7
Zauberstab oder Teufelszeug?	
Die „Gen-Schere“ CRISPR/Cas-9	13
CRISPR/Cas-9, Genome Editing, Wissenschaftlicher Hintergrund, Probleme, Chancen	
Michael Sendtner	13
Podiumsgespräch mit Brigitte Schlegelberger, Eberhard Schockenhoff, Michael Sendtner und Jochen Taupitz	15
Glaube und Atheismus	
Podiumsgespräch mit P. Anselm Grün OSB, Tomáš Halík und Joachim Kahl	19
Christen in der Politik	
Zwischen Kompromiss und Kompromittierung	
Christliche Politik – ein Streifzug durch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland	
Hans Maier	25
Podiumsgespräch:	
Junge Christen und Politik	27
„Als Christ und Theologe im Deutschen Ethikrat – ein Fallbeispiel für christliches Engagement in der Politik	
Andreas Lob-Hüdepohl	30
Worin besteht der christliche Beitrag zur Politik heute? (I)	
Petra L. Guttenberger	32
Worin besteht der christliche Beitrag zur Politik heute? (II)	
Kathi Petersen	33
Verlorenes Paradies?	
Bedrohte Schöpfung und bedrohte Völker im Amazonasraum	35
Kaiser Franz Joseph I.	
Herrscher über einen multinationalen Staat im Zeitalter des Nationalismus	
Karl Vocelka	37
Die Türkei	
Die europäische Türkeiipolitik in der Krise	
Ernst Struck	41
Dankesfest anlässlich der Gründung der Katholischen Akademie vor 60 Jahren	43
Vernissage zur Ausstellung Bernd Zimmer	
unendlicher beginn	45
Impressum	4



In der ersten Reihe: die Bundestagsabgeordnete Julia Obermeier aus München, Mitglied im Allgemeinen Rat der Akademie, Edda Huther, Mitglied der Aka-

demieleitung, ihr Ehemann Dr. Heinz Huther und der Manager Dr. Wolfgang Schirmer, ebenfalls Mitglied der Akademieleitung (v. l. n. r.).



Begegnung am Rande: Klaus Naumann (re.) traf auf seinen früheren Fahrer aus dem Verteidigungsministerium, der jetzt für Ursula von der Leyen im Einsatz ist. In der Mitte Oberstleutnant Dr. Christian Freuding, der Adjutant der Ministerin.



Zum Ausklang servierte die Katholische Akademie den Gästen – wie bei Veranstaltungen der Rotarier in unserem Haus üblich – „Leberkas und Kartoffelsalat“ sowie „Schwammerlsoße mit Semmelknödeln“.

Gegenteil von guter Regierungsführung. Aber es wird eben auch ein Kampf sein um Nahrung, um Wasser, um Arbeit, ums Überleben. Hunderte Millionen junger Menschen in Afrika suchen Perspektiven, und wenn sie sie nicht in ihrer Heimat sehen, machen sie sich auf. Das ist übrigens ein Thema der Menschheitsgeschichte, das wir seit Jahrtausenden kennen.

Deshalb kann auch hier nur die Lösung sein, dass die Fähigkeiten der Entwicklungszusammenarbeit, der Diplomatie und der Sicherheit verknüpft werden. Ein Paradebeispiel ist unser Vorgehen in Mali. In Mali lebt die Hälfte der Bevölkerung von weniger als 1,25 Dollar am Tag, jeder zweite hat also nur 1,25 Dollar zur Verfügung, oder sogar weniger, und das Durchschnittsalter liegt bei 16 Jahren. Mali ist das Kernland in der Sahelzone, wo weder Terror noch organisierte Kriminalität noch Schmuggel irgendwelche Grenzen respektieren. Sie sind ja auch genau die erklärten Gegner von jeglicher Form von Sicherheit, Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität, denn das würde ihnen ihr Betätigungsfeld entziehen.

Auch hier handeln wir in Deutschland mit den anderen Ressorts vernetzt zusammen: Das Auswärtige Amt unterstützt den politischen Dialog. Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit fördert Projekte der Landwirtschaft, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Das Innenministerium fördert den Aufbau der Polizei. Und wir sind als Verteidiger gleich in zweifacher Mission dort. Einerseits mit einer Trainingsmission im Süden Malis, um malische Soldaten auszubilden, damit sie Terroristen im eigenen Land bekämpfen können. Wir haben bisher zwei Drittel der malischen Gesamtkräfte ausgebildet. Zugleich aber sind wir dort auch mit 500 Soldatinnen und Soldaten in der UN-Friedensmission im Norden. Sie hat den Auftrag, den Friedensvertrag, der in diesem fragilen Land zwischen den Rebellen und der Regierung geschlossen worden ist, zu begleiten. Aber nicht nur das, sondern wir bilden auch gleich diejenigen in klassischer deutscher dualer Ausbildung aus, die von uns geschützte Fahrzeuge kriegen. So bekommen sie die technischen Möglichkeiten und Fertigkeiten, diese Fahrzeuge instand zu halten, sie zu reparieren und sie zu warten. Damit bringen wir Nachhaltigkeit in unsere Hilfe. Deutschland ist der viertgrößte bilaterale Geldgeber in Mali. Ich schildere das nur, weil das ein Pfund ist, und wir dort viel tun. Das wird aber nicht reichen. Mali ist einer von über 50 Staaten in Afrika. Es braucht darum die ganze Kraft unseres Kontinents, um eine Antwort auf die Herausforderungen unseres Nachbarkontinents Afrika zu geben.

Ja, es stimmt: Dieses Europa zeichnet sich derzeit durch viele frustrierende Kompromisse aus – CETA war in den letzten Tagen wieder ein sprechendes Beispiel. Das ist die Tagesaktualität – und das ist frustrierend und zermürbend. Viele zweifeln daran, was man diesem Europa überhaupt noch zutrauen kann.

Dennoch sollten wir die langen Linien Europas sehen. Wir sollten nicht vergessen, was das ist, was wir in den 70 Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg geschaffen haben. 500 Millionen Menschen; 28 Länder, die 24 unterschiedliche Sprachen miteinander sprechen; 19 Länder mit einer Währung, die uns zwar Mühe macht und vielleicht auch manche Sorge – aber was für großartige Errungenschaften sind das! Und dann erst: Zwischen diesen 28 Ländern gibt es keine Grenzen mehr! Zwischen diesen 28 Ländern sind, seit sie EU-Mitglieder sind, keine Schüsse mehr gefallen. Alle sind Demokratien. Wir mögen nicht immer einer Meinung sein, aber diese Staaten sind alle Demokratien, und das ist kein

Zufall. Das ist nicht vom Himmel gefallen. Das ist die treibende Kraft, die Europa heißt, auch wenn sie uns manchmal an den Rand unserer Nerven bringt.

Und dann ist es kein Wunder, dass angesichts der modernen Kommunikationsmöglichkeiten die Menschen in Afrika ihr Leben aufs Spiel setzen, Kinder in diese entsetzlichen Boote setzen, mit diesen läppischen orangenen Schwimmwesten um den Hals, um diesen Sehnsuchtsort zu erreichen. Das ist keine Lösung – das ist klar. Und deshalb müssen wir Europäer genau das machen, was plausibel auf dem Tisch liegt: Wir müssen nach Afrika gehen und dort die ganze Kraft, die wir haben, zusammen mit den Afrikanern, die bereit sind, mit uns zusammen zu arbeiten – das sind sicherlich nicht alle –, einsetzen, um vor Ort die Perspektiven zu schaffen, damit die Menschen in ihrer Heimat bleiben können. Es geht darum, gemeinsam Sicherheit zu schaffen, denn sonst können sie keine gute wirtschaftliche Entwicklung haben, gute Regierungsführung einführen und Milliarden und Aber-Milliarden dort investieren. Aber jeder Flüchtling, der in Afrika bleibt, wird uns dort weniger kosten, als wenn er oder sie zu uns kommt, und es wird besser sein für die Entwicklung Afrikas.

Deshalb haben wir vor wenigen Wochen in einer deutsch-französischen Initiative vorgeschlagen, den Teil Europas weiter zu entwickeln, der noch der schwächste ist. Wir sind in vielen Teilen stark: wirtschaftlich oder etwa politisch. Aber die europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion hat lange, lange brach gelegen, weil wir immer dachten, das brauchen wir nicht. Wir merken inzwischen, dass wir auch in diesem Bereich ein starkes Europa brauchen, auch wenn wir durch die NATO gut geschützt sind. Denn die NATO sehe ich nicht in Afrika. Vielmehr sehe ich das Erfordernis, dass Europa die Probleme, die es unmittelbar selber angehen, auch selber löst. Doch dafür müssen wir uns besser aufstellen. Wir haben alle diese Instrumente der zivilen und der militärischen Möglichkeiten als lose Enden über Europa verteilt – ineffizient und nicht koordiniert. Diese zu bündeln, hier eine kohärente Antwort zu geben, das ist die Aufgabe der kommenden Wochen und Monate.

zur debatte

Themen der Katholischen Akademie in Bayern

Jahrgang 47

Herausgeber und Verleger:
Katholische Akademie in Bayern, München
Direktor: Dr. Florian Schuller
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Robert Walser
Mitarbeiter: Simon Berninger
Fotos: Akademie
Anschrift von Verlag u. Redaktion:
Katholische Akademie in Bayern,
Mandlstraße 23, 80802 München
Postanschrift: Postfach 401008,
80710 München,
Telefon 089/38 1020, Telefax 089/38 1021 03,
E-Mail: info@kath-akademie-bayern.de
Druck: Kastner AG – Das Medienhaus,
Schloßhof 2 – 6, 85283 Wolnzach.
zur debatte erscheint zweimonatlich.
Kostenbeitrag: jährlich € 35,- (freiwillig).
Überweisungen auf das Konto der Katholischen Akademie in Bayern, bei der LIGA Bank:
Kto.-Nr. 2355 000, BLZ 750903 00
IBAN: DE05 7509 0300 0002 3550 00
SWIFT (BIC): GENODEF1M05.
Nachdruck und Vervielfältigungen jeder Art sind nur mit Einwilligung des Herausgebers zulässig.





Diese beiden jungen Damen gehörten zu den rund 300 Gästen beim Gespräch mit der Verteidigungsministerin.



Rotary-Präsident Hans-Peter Hoh mit Barbara Naumann, die ihren Ehemann zur Veranstaltung begleitet hat.

IV.

Und damit komme ich, meine Damen und Herren, zur vierten und letzten These im Umgang mit der aktuellen sicherheitspolitischen Lage. Wir müssen unserer Demokratie wieder den Rücken stärken. Wir müssen wieder klar machen, welche Überzeugungen wir teilen; wir Europäer und wir Transatlantiker. Wir glauben, dass Menschen und Nationen selbstbestimmt in Frieden und in Sicherheit leben sollen. Wir glauben, dass es Chancen für alle geben muss und nicht für einige wenige. Wir glauben fest daran, dass jeder Mensch, so wie er ist, einzigartig ist und dass er eine inhärente Würde hat, unabhängig davon, wen er liebt und wie er betet. Andere negieren diese Werte. Nicht laut, aber leise, schleichend, durch das, was wir moderne Kommunikation nennen und was sich ausbreitet in den sozialen Medien.

Bei uns wird Argument gegen Argument gestellt, alles wird gedreht und gewendet. Das schärft unseren Blick.

Wir haben es erlebt in Deutschland beim Fall Lisa. Damals, kurz nach dem Kölner Neujahrsmorgen, tauchte das Gerücht auf, dass ein 13-jähriges russischstämmiges Mädchen in Berlin von Migranten vergewaltigt worden sei. Das hat damals einen enormen Aufruhr mit sich gebracht. Russischstämmige Menschen standen mit Transparenten und Demonstrationen vor dem Kanzleramt. Akribisch sind wir, das heißt die Sicherheitsbehörden, den Vorwürfen nachgegangen. Es hat sich alles als eine glatte Lüge erwiesen. Doch diese Lügen führten dazu, dass der Außenminister Russlands sagte, er hoffe, dass die deutsche Regierung diesmal die Fakten nicht unter den Teppich kehren werde.

Dank einer freien Presse, die sich nicht lumpen lässt und die akribisch jedes Argument prüft, jedes Faktum hinterfragt, gelang es, diese Geschichte aufzuklären und die Hintergründe zu erzählen. Aber wir mussten auch erleben, dass an dem Tag, an dem die unabhängige Kommission ihre Ergebnisse zum Abschluss der Passagiermaschine MH 17 durch Separatisten über der Ukraine veröffentlicht hat, die Welt mit der Gegenpropaganda überschwemmt wurde. Und wir mussten erleben, wie Belgien vor wenigen Wochen plötzlich mit dem Vorwurf konfrontiert wurde, belgische

Bomber hätten syrische Krankenhäuser angegriffen, und Kinder wären deshalb zu Tode gekommen. Es hat Tage gedauert, bis die belgische Regierung in der Lage war, sich dagegen zu wehren, weil sie nachweisen konnte, dass kein einziges belgisches Flugzeug zu der Zeit in dem fraglichen Luftraum war.

Aber auch der IS bedient sich der strategischen Kommunikation in den sozialen Medien im großen Rahmen. So wurden am Tag der Eroberung von Mosul vor jetzt gut zwei Jahren 40.000 Tweets mit Siegespropaganda abgesetzt. Das hatte seine Wirkung weltweit. Oder es werden in den Rekrutierungsvideos Bilder ins Netz gestellt, die zeigen, wie schön es in Rakka ist, und wie sehr es sich lohnt, dorthin zu kommen, um für das Kalifat zu kämpfen. Unsere Arbeit ist es jetzt, akribisch jedes Video zu überprüfen. Zum Beispiel jede Vase, die man im Hintergrund sieht. Dann stellt man fest: Das ist keine Vase aus Rakka, sondern wir stellen das Bild aus Istanbul daneben, denn dort, nicht in Rakka, wurde die Aufnahme erstellt!

Wir sind nicht ohnmächtig gegen diese Art von Propaganda, denn wir haben starke Argumente. Das Anstrengende ist, immer wieder das eigene Narrativ auch tatsächlich zu erzählen, weil wir uns so sicher auf dem Boden unserer Werte fühlen. Wir müssen sie nur immer wieder verbalisieren. Wir haben eine objektive Berichterstattung durch eine freie Presse, wir haben die freie Meinungsäußerung, das Demonstrationsrecht. Und das ist ja das Schöne: Bei uns wird Argument gegen Argument gestellt, alles wird gedreht und gewendet. Das schärft unseren Blick.

Wir sehen, dass die akribische Arbeit Früchte trägt. Die Zahl der Videos, die der IS ins Netz stellt, lag im Jahr August 2015 noch bei 700; im August 2016 waren es nur noch 200. Das heißt, seine Möglichkeiten werden reduziert. Und die Tonalität ändert sich. Bisher waren es vorwiegend Videos, die vor allem Hinrichtungen von Ungläubigen zeigten. Heute dagegen Videos, die Hinrichtungen von sogenannten Spionen oder Deserteuren zeigen. Das heißt, der Druck nach innen steigt.

Wir enttarnen genauso Troll-Fabriken, die in Russland liegen und unsere sozialen Medien automatisiert mit bestimmten Nachrichten schwemmen. Wir tun dies auch, weil wir der festen Überzeugung sind, dass der Dialog mit Russland dazu führen muss, dass Russland wieder erkennt, dass wahre Größe nicht durch das Bevormunden seiner Nachbarn wächst, sondern durch weltweite Zusammenarbeit, durch wirtschaftliches Wachstum, das dann auch den Menschen

Fortschritte und Wohlstand bringt, die wiederum die Grundlage für Freiheit und für Sicherheit sind.

Sie haben jetzt mit mir einen sicherheitspolitischen Parforce-Ritt durch die Krisen dieser Welt absolviert. Es scheint manchmal, dass vor uns ein schier endloses Meer von Krisen und Konflikten liegt, und dass eine Krise, ein Konflikt den nächsten nährt. Aber um es noch einmal mit dem „Münchener Konsens“ zu sagen: Es ist keine Option für uns, gleichgültig zu bleiben. Wir müssen lernen, mit diesen Situationen umzugehen.

Das ist Globalisierung, von der gerade wir in Deutschland am meisten wirtschaftlich und politisch profitieren. Wir sind eines der Länder, das am meisten darauf angewiesen ist, dass wir offene Gesellschaften und offene Märkte haben. Und wir können das meistern. Wenn wir das tun, dann mit Geduld und mit Standfestigkeit. Mit dem nötigen Weitblick, zusammen mit unseren vielen Partnern und mit der Kraft eines ganzen Kontinents, der selber erlebt hat, welche unbändige Kraft unsere Werte entfalten können. □

Kommende Akademieveranstaltungen

Diese Terminvorschau ist vorläufig. Sie entspricht dem Stand unserer Planungen. Zu allen Veranstaltungen werden rechtzeitig jeweils gesonderte Einladungen ergehen. Dort, wie auch auf unserer Homepage unter www.kath-akademie-bayern.de finden Sie das verbindliche Datum, den endgültigen Titel sowie nähere Information.

Reihe „Gedenkjahr 2017“

Tagung in Zusammenarbeit mit der Meister-Eckhart-Gesellschaft

Freitag, 10. März bis
Sonntag, 12. März 2017

Von Meister Eckhart bis Martin Luther.

Berührungen, Vermittlungen, Kontakte

Vernissage zur Ausstellung

Donnerstag, 16. März 2017

Mossul. Christliches Erbe

Fotos aus den Archiven der Dominikaner

Tagung für junge Theologen und Theologinnen

Freitag, 17. März bis
Samstag, 18. März 2017

Chancen und Wege für den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Katholischen Theologie

Abendveranstaltung

Dienstag, 21. März 2017

Das Wiederaufleben des Pragmatismus

Vortrag von Richard Bernstein,
New York

Gespräch zwischen Richard Bernstein
und Jürgen Habermas

Reihe „Gedenkjahr 2017“

Tagung in Zusammenarbeit mit den Münchner Theologischen Fakultäten und der Evangelischen Akademie Tutzing

Mittwoch, 29. März bis
Freitag, 31. März 2017

Luther und Eck

Young Professionals

Freitag, 31. März 2017

Lass deine Seele Funken schlagen.

Ein Impuls zum Wochenende
mit Katharina Cemiing

Reihe „60 Jahre Akademie“:

Bistum Würzburg

Montag, 3. April 2017 in Schweinfurt

Bischof Friedhelm Hofmann

und Markus Lüpertz

Thema: Kirche und Kunst

Abendvortrag

Mittwoch, 5. April 2017

Konrad Adenauer zum 50. Todestag:

Leitmotive seiner Politik

Horst Möller

Biblische Tage 2017

Montag, 10. April bis

Mittwoch, 12. April 2017

Schöpfung

Europa – christlich?!

28. und 29. April 2017

Veranstaltung anlässlich des

90. Geburtstags von Papst

Benedikt XVI.

in Zusammenarbeit mit dem Papst-Benedikt-Institut, der Papst-Benedikt-Stiftung und der Fondazione Vaticana Joseph Ratzinger

YOUNG PROFESSIONALS

YOUNG PROFESSIONALS – ein neuer Name und ein Neustart für das Programm der bisherigen „Jungen Akademie“ der Katholischen Akademie Bayern! In Zukunft wird das junge Programm stärker in der Katholischen Akademie verortet und dadurch, dass Veranstaltungen parallel angeboten werden, erreichen wir eine größere Bandbreite und Vielfalt. Außerdem richtet sich das neue Angebot verstärkt nicht nur an Studierende, sondern auch an Berufseinsteiger und junge Berufstätige.

Zum Informieren, zum Anmelden und zur Kontaktaufnahme stehen die Website yp.kath-akademie-bayern.de sowie die neue Mail-Adresse yp@kath-akademie-bayern.de bereit, Ansprechpartnerin ist unsere Studienleiterin Dr. Astrid Schilling.

Den Auftakt des neuen Young Professionals-Programms bildete am Freitag, den 2. Dezember 2016, ein neues Format: ein einstündiger spiritueller Impuls zum Wochenende, der unter dem Motto „Ab in die Wüste!“ stand. Prof. Dr. Dr. Katharina Ceming, katholische Theologin und langjährige Expertin für die Buddhismus-Veranstaltungen der Akademie, führte die zwölf Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst in einem halbstündigen Impulsvortrag in die Zeit der Wüstenväter im 3. Jahrhundert n. Chr. ein. Deren Lebensformen und Spiritualität übten und üben bis heute eine Faszination aus, sodass sehr prägnante Sprüche und Lebensweisheiten gesammelt und weitertradiert wurden. An den Vortrag schloss sich eine 15-minütige „Geführte Achtsamkeitsmeditation durch den Körper“ an, auch Body-Scan genannt. Dabei wird geübt, aufmerksam bei sich selbst zu bleiben und schrittweise den ganzen Körper zu spüren, vom Kopf bis zu den Füßen. Von diesem geistigen und körperlichen spirituellen Impuls zum Wochenende waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer so angetan, dass bereits zwei weitere Veranstaltungen geplant sind: „Lass Deine Seele Funken schlagen“ am Freitag, 31. März 2017, und „Sommer, Sonne, Müßiggang“ am Freitag, 30. Juni 2017, auch wieder mit Katharina Ceming.

Die Film-Reihe „So hab ich das noch nie gesehen“ wurde am Mittwoch, 14. Dezember 2016, mit dem Film „Money Monster“ fortgesetzt. Unter der Moderation von Dr. Werner Veith, Akademischer Oberrat am Lehrstuhl für Christliche Sozialethik der LMU München und Mitherausgeber des „Handbuch Theologie und Populärer Film“, diskutierten die 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach dem Film eifrig über die Rolle der Finanzmärkte, über die Fragen von Schuld und Verantwortung sowie über die Rolle von Medien und des (teilweise von uns selbst per Handykamera eingeführten) permanenten Live-Dabeiseins.

Um den Kontakt zu den bayerischen Hochschulstandorten zu verbessern,

wurde bereits im Mai 2016 mit der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG) Augsburg kooperiert: ein Vortrag von Andreas Bönnte vom Bayerischen Rundfunk zum Thema „Vielfalt der Medienlandschaft“. Diese Zusammenarbeit zwischen Young Professionals und KHG Augsburg wurde am Dienstag, 10. Januar 2017, mit einer Podiumsdiskussion fortgeführt: Die Landtagsabgeordnete Kerstin Schreyer, ab März 2017 neue Integrationsbeauftragte der CSU, und Dr. Benjamin Idriz, Imam der Moscheegemeinde Penzberg, diskutierten zum Thema „Religion, wie hältst du's mit der Demokratie?“. Vor 35 Studierenden legten beide ihre Positionen dar, entdeckten Gemeinsamkeiten, schmiedeten Pläne künftiger Zusammenarbeit, zeigten aber auch Grenzen auf. Es war ein sehr intensiver und interessanter Abend mit einer Diskussionskultur, die man sich andernorts manchmal nur wünschen kann.

Eine ebenso erfolgreiche Kooperation wurde am Tag darauf, Mittwoch, 11. Januar 2017, weitergeführt: Die „Abteilung VI – Drehbuch“ der Hochschule für Fernsehen und Film (HFF) München stellte die „Filme 01“ des Jahrgangs 2015 vor. Fünf Studierende, die 2015 das Drehbuchstudium an der HFF begonnen haben, zeigten ihre Erstlingsfilme, die jeweils 8 bis 10 Minuten lang sind. Tim Moeck, künstlerischer Mitarbeiter in der Abteilung VI – Drehbuch, moderierte den Abend und stellte sich mit den jeweiligen Autorinnen und Au-



Katharina Ceming (rechts) sorgt bei den YP für geistige und körperliche spirituelle Impulse.

toren nach jedem Film den Fragen der 75 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Er wies darauf hin, wie wichtig es für die Studierenden sei, mit ihren Filmen auf „normales“ Publikum zu treffen, da Einschätzungen und Beurteilungen sonst hauptsächlich von Filmschaffenden aus dem eigenen Umfeld kämen. Die unter-

haltsamen Filme, die lockeren Gespräche und das informative Hintergrundwissen aus der Filmwelt sorgten für einen spannenden Abend, der sicher bald in die dritte Runde gehen wird. □



Die Drehbuch-Autoren von der HFF: David Benke, Maya Duftschmid, Josef Zeller und Jakob Grahl (v.l.n.r.) präsentierten ihre Filme. Ganz rechts Dozent Tim Moeck.

Mittags im Schloss

Franz Maget

Referent bei der ersten Veranstaltung der neuen Reihe „Mittags im Schloss“ in der Katholischen Akademie Bayern war am 18. November 2016 der SPD-Politiker Franz Maget, der – nach einer langen Karriere in der bayerischen Landespolitik – seit Anfang des Jahres als Sozialreferent in der Deutschen Botschaft in Tunis arbeitet. Franz Maget berichtete bei seinem Gespräch mit Akademie-

direktor Dr. Florian Schuller unheim lebendig und anschaulich über seine Tätigkeit an der Botschaft und die politische und soziale Situation in Tunesien. Fast 70 Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft, Wirtschaft und Kirche waren ins Schloss Suresnes gekommen und nutzten die Gelegenheit auch für intensive Gespräche untereinander.

Florian Schuller: Herr Maget, Sie haben im Vorgespräch gesagt, nach nur zwei Stunden Flugzeit von München sei man in Tunis, das gilt aber doch auch für einen Flug nach Athen.

Franz Maget: Und trotzdem sind Sie, wenn Sie in Tunis aussteigen, in einer anderen Welt. Was ich als erstes gespürt habe, ist, dass das Mittelmeer historisch immer gemeinsamer Handelsraum, gemeinsamer Kulturraum, eben das „mare nostrum“ gewesen ist, heute aber so etwas wie eine Systemgrenze zwischen Europa und Nordafrika darstellt. Wenn man dort ankommt, spürt man das. Man weiß es vorher natürlich auch schon, aber man spürt es, man ist kulturell in einem anderen Leben angekommen. Tunesien ist ein islamisches Land, 99 Prozent der Bevölkerung sind Sunniten...

Florian Schuller: ... also keine Schiiten ...

Franz Maget: ... nein, keine Schiiten. Der Vorteil ist, dass es eine große Homogenität und keine religiösen Konflikte gibt. Was es aber gibt, ist eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Laizismus und religiöser Orientierung. Tunesien ist ein französisch geprägtes Land: bis 1956 Kolonialstaat der Franzosen, 1956 unabhängig geworden. Der Staatsgründer Habib Bourguiba hatte an der französischen Orientierung in der Verwaltung, im Bildungswesen, im Staatsaufbau festgehalten. Gleichzeitig ist es aber eben auch ein islamisches Land, und in den letzten Jahren ist das wieder stärker zu Tage getreten. Solange Tunesien ein Einparteiensstaat war unter Bourguiba und seinem Nachfolger Ben Ali, wurden die religiösen Kräfte im Land unterdrückt. Religiöse Symbole in öffentlichen Gebäuden waren verpönt, Frauen mit Kopftuch eher die Ausnahme. Es gibt Sequenzen im Fernsehen, die den Staatsgründer dabei zeigen, wie er während des Ramadans ein Glas Orangensaft vor laufender Kamera getrunken hat, um deutlich zu machen: Der wirtschaftliche Erfolg, die Entwicklung des Landes sind wichtiger als religiöse Gesetze. Das hat sich mit der Revolution 2010 geändert. Wir erleben im Augenblick eine heftige Auseinandersetzung über den zukünftigen Weg des Landes, von der niemand weiß, wie sie letztendlich ausgeht.

Florian Schuller: Der Ministerpräsident ist im Sommer zurückgetreten.

Franz Maget: Der Staatspräsident hat ihm das mehr oder weniger nahe gelegt. Wir haben jetzt schon die elfte Regierung seit der Revolution 2010/2011. Das spricht nicht für politische Stabilität. Die Parteien sind Neugründungen und die Politiker oft nicht vertraut mit den Abläufen und Gepflogenheiten in parlamentarischen Demokratien.

Tunesien ist ein kleines Land. Elf Millionen Einwohner, das sind weniger als in Bayern leben. Es umfasst ungefähr die Fläche von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, wobei den südlichen Teil

die Sahara bildet, mit langen Grenzen zu Libyen und Algerien. Das ist auch eines der größeren Probleme Tunesiens. Die sicherheitspolitische Lage würde ich im Augenblick als sehr viel besser einschätzen als sie schon einmal war, aber die Grenzen sind schwer zu sichern. Im Süden die Sahara, im Osten Libyen, im Westen Algerien. Im sogenannten „Islamischen Staat“ kämpfen angeblich 3.000 bis 6.000 Tunesier, und je schwächer der IS wird und je mehr er verdrängt wird aus Libyen oder auch aus Syrien, umso mehr befürchten die Sicherheitskräfte in Tunesien, dass diese Kämpfer wieder zurückkommen. Entsprechend intensiv ist die Sicherheitspartnerschaft zwischen Deutschland und Tunesien ausgebaut worden. Man versucht die Grenzen besser zu sichern als in der Vergangenheit, und wir haben, Gott sei Dank, in Tunesien seit einem Jahr keinen terroristischen Anschlag mehr.

Tunesien hat sich auf den Weg zur Demokratie gemacht, und das muss für uns in Europa ein ganz wichtiger Punkt sein. Die Zahl der Demokratien ist während der letzten Jahre nicht größer geworden. Schauen Sie sich die Entwicklungen in Polen oder in Ungarn. Nicht überall mehr ist unsere Vorstellung von Demokratie das Maß aller Dinge. Eine einzige Demokratie ist dazugekommen in den letzten Jahren, und das ist Tunesien: mit einem Mehrparteiensystem, mit einer Verfassung, deren Inhalte unseren Vorstellungen weitestgehend entspricht. Tunesien ist die einzige Demokratie in der islamischen und in der arabischen Welt! Deutschland versteht es als einen politischen Auftrag, alles zu unternehmen, um dieses Experiment zu stützen. Es wäre eine Niederlage, wenn die Demokratie in Tunesien scheiterte.

Florian Schuller: Noch eine Rückfrage: Einer der Gegner des Präsidenten hat formuliert, der Kampf gegen den Terror sei einfacher als der Kampf gegen die Korruption.

Franz Maget: Die drei größten Probleme Tunesiens sind aktuell die Arbeitslosigkeit, die Terrorgefahr und in der Tat auch die Korruption, die wirklich weit verbreitet ist. Es gibt aber mittlerweile eine Antikorruptionsbehörde, und man stellt sich dem Thema. Das ist überhaupt das Positive an Tunesien: Es gibt Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, eine wachsende, aktive Zivilgesellschaft, und man bringt auch kritische Themen auf die Tagesordnung. Sie lesen zum Beispiel in den Zeitungen täglich über Gewalt gegen Frauen, das war früher ein Tabuthema. Sie lesen über Terrorismus, über Attacken auf Sicherheitsbehörden, über Korruption, über Homosexualität.

Florian Schuller: Der Sozialreferent einer westlichen Botschaft arbeitet dann in dieser Richtung mit? Sozialreferent klingt zunächst nach Sozialpädagogik oder etwas Ähnlichem. Warum, seit wann und wo gibt es in deutschen Botschaften diese Stelle, und was tut ein solcher Sozialreferent im Allgemeinen, was in Tunesien im Besonderen?

Franz Maget: Sozialreferenten gibt es an ungefähr 25 Botschaften weltweit, also bei weitem nicht an jeder, in Afrika zum Beispiel nur bei uns in Tunis und in Südafrika. Die spezielle Aufgabe ist, das Beurteilungsvermögen der Auslandsvertretung auf dem sozialpolitischen Feld zu verstärken und zu verbessern. Ich bringe einmal ein Beispiel: Die Arabische Revolution hat niemand an der Deutschen Botschaft vorhergesehen...

Florian Schuller: ... auch die Geheimdienste nicht ...

Franz Maget: ... auch die Geheimdienste nicht. Niemand hat damit gerechnet, dass sich ein junger Gemüsehändler in Sidi Bouzid, einem Provinzkaff im Süden Tunesiens, anzündet und verbrennt, und damit eine Revolution in der gesamten arabischen Welt auslösen könnte. Warum hat das niemand auf dem Schirm gehabt? Wir haben an jeder



Rund eine halbe Stunde unterhielten sich Franz Maget (li.) und Akademie-direktor Dr. Florian Schuller.



Ministerialdirigent German Denneborg, Leiter der Abteilung VI „Berufliche Schulen“ im Bayerischen Bildungsministerium (li.),

und Dr. Gunther Bös von der Personalleitung der Audi AG, Mitglied im Allgemeinen Rat der Akademie.



Dr. Karl Eder, Geschäftsführer des Landeskomitees der Katholiken in Bayern (li.), tauschte sich intensiv mit Prälat Walter Wakenhut aus, dem ehem. Militärgeneralvikar.



Jahrzehntelang mit der Akademie verbunden: Verlegerin Elisabeth Pustet aus Regensburg und Prof. Dr. Willibald Folz, Vorsitzender des Vereins der Freunde und Gönner.

Botschaft einen Wirtschaftsreferenten. Wir sind gut in der Kulturarbeit, wir haben das Goethe-Institut im Schlepptau und viele andere Institutionen. Wir wissen schon viel über die Länder, haben viele Sicherheitskräfte, auch in Tunis an der Botschaft Polizei, Verteidigungsministerium, Bundesnachrichtendienst. Aber an der Basis der Gesellschaft, in den sozialen Institutionen, bei den Gewerkschaften, da schauen wir nicht hinein. Und deswegen wird man oft von sozialen Unruhen völlig überrascht.

Darum sind wir auch überrascht worden von der Wahl Donald Trumps, weil wir immer an der Oberfläche kratzen, und das, was die Menschen zum Teil wirklich bewegen könnte, übersehen. Genau das ist mehr oder weniger unsere Aufgabe als Sozialreferenten, den Blick zu weiten für die soziale Lage in den jeweiligen Ländern. Meine spezielle Aufgabe ist die Kooperation mit den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden, den politischen Stiftungen, die dort allesamt gut vertreten sind, und mit den sozialen Institutionen Tunesiens. Ich begleite das deutsch-tunesische Sozialversicherungsabkommen, habe also mit Krankenkassen zu tun, mit deutschen und tunesischen, und mit Rentnerfragen. Es gibt immer noch deutsche Rentner, die ihre Rente in Tunesien genießen, und die rufen dann beim Sozialreferenten an.

Florian Schuller: Was sind denn das für Rentner?

Franz Maget: Auf Djerba ist es jetzt wunderschön. Ich kann Ihnen Tunesien nur empfehlen. Es ist ein wunderbares Land.

Florian Schuller: Und die Sicherheit ist im Moment einigermaßen stabil. Es gab die schlimmen Attentate, und daraufhin ist der Tourismus eingebrochen.

Franz Maget: Ja, das letzte Jahr war ganz furchtbar für Tunesien. Drei ganz schlimme Attentate, auf das Bardo-Museum, gezielt natürlich auf einen Touristenmagneten, dann auf ein Hotel in Sousse, wo 35 Touristen ermordet wurden, und dann noch einen Anschlag auf den Bus der Präsidentengarde. Das war verheerend für Tunesien. In der Tat, der Tourismus ist eingebrochen. In diesem Sommer waren die Russen da und haben die ausgebliebenen deutschen und englischen Touristen, ich will nicht sagen, ersetzt, aber irgendwie waren sie halt da, und es kommen auch Algerier,

die Ferien machen. Denn Tunesien ist ein wunderbares Urlaubsland.

Florian Schuller: Und jenseits von Tourismus, wo sind die großen wirtschaftlichen Möglichkeiten von Tunesien?

Franz Maget: Die wirtschaftliche Situation Tunesiens ist relativ schwach. Das ist eines der großen Probleme im Augenblick. Viele Bürgerinnen und Bürger erkennen keinen Fortschritt seit der Revolution. Wir haben eine Arbeitslosigkeit von offiziell 16 bis 17 Prozent, aber das ist nur die offizielle Zahl. Bei den jungen Leuten sind es mit Sicherheit 35 oder sogar 40 Prozent, vor allem bei den jungen Menschen mit Diplom. Für sie gibt es keine Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch der Staat kann niemanden mehr einstellen, weil die öffentliche Verwaltung ohnehin schon deutlich überbesetzt und ineffizient ist – und deshalb viel zu teuer.

Wichtig sind Phosphatabbau und wenige andere Rohstoffe, aber auch das hat abgenommen in letzter Zeit. Schließlich gibt es noch Automobilzulieferer und ganz einfache, halbindustrielle Fertigung. Wenn Sie einen Stecker in Ihrem Haushaltsgerät betätigen, können Sie ziemlich sicher sein, dass der in Tunesien gefertigt wurde. Wenn Sie in einen BMW, Volkswagen, Audi oder Mercedes einsteigen, ist der Kabelbaum mit großer Wahrscheinlichkeit aus Tunesien. Aber das sind einfachere Tätigkeiten, die vor allem schlecht bezahlt sind. Man verdient im Schnitt in der Industrie 300 Euro pro Monat. Das sind chinesische Verhältnisse. Der Mindestlohn liegt bei 150 Euro im Monat.

Florian Schuller: Zu den Flüchtlingen aus Schwarzafrika: Wie ist deren Situation an den Küsten?

Franz Maget: Es kommen Schwarzafrikaner nach Tunesien, aber nicht viele, denn Tunesien hat kein Asylrecht, keine Asylgesetzgebung und kennt keine materiellen oder monetären Hilfen für Flüchtlinge und Migranten. Die Schwarzafrikanerinnen und Schwarzafrikaner, die ins Land kommen, verschwinden illegal entweder in der Gastronomie oder in Privathaushalten. Die Sicherheitsbehörden werden nicht tätig und dulden das. Ich schätze, dass sich im Augenblick vielleicht 50.000 Menschen aus Schwarzafrika in Tunesien aufhalten, die dann aber nicht weiter-



Mit Dr. Christoph Strötz war einer von Bayerns obersten Richtern zu Gast im Schloss: Der Präsident des Oberlandesgerichts Nürnberg unterhielt sich

eingehend mit Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kulturgemeinde München.



Zusammengerechnet amtierten sie 33 Jahre als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München:
Dr. Hans-Jochen Vogel (1960 bis 1972)
– Christian Ude (1993 bis 2014).



Charlotte Knobloch und Münchens früherer Oberbürgermeister Christian Ude, der die Erläuterungen seines Parteifreundes Franz Maget aufmerksam verfolgte.



Dr. Hildegard Kronawitter ist Mitglied der Akademieleitung und sitzt im Bildungsausschuss der Akademie, der auch die Katholische Erwachsenenbildung berät. Ihr Gesprächspartner

Dr. Christian Hörmann ist Leiter der Landesstelle der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) Bayern.



Die Gerichtspräsidenten Peter Küspert (li.) (Bayerischer Verfassungsgerichtshof) und Stephan Kersten (Bayerischer Verwaltungsgerichtshof) im Gespräch.



Peter Küspert und seine Vor-Vorgängerin als Präsidentin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Edda Huther, die heute Mitglied der Akademieleitung ist.



Ein Stelldichein auch des Bayerischen Rundfunks: Ernest Lang, lange Jahre Chefreporter Bayern (li.), Hörfunkdirektor Martin Wagner und Daniela Philippi.

Die kürzlich ausgeschiedene Sprecherin von Ministerpräsident Horst Seehofer war früher ebenfalls Redakteurin beim Bayerischen Rundfunk.



Die Zuhörer saßen im Rondell des Schlosses Suresnes, das noch während der Umbauarbeiten in den oberen Stockwerken für das Mittagsgespräch

geöffnet wurde. Auch die zukünftigen Veranstaltungen der Reihe „Mittags im Schloss“ werden dort stattfinden.



Es ging sicher um Erwachsenenbildung: Ordinariatsrätin Dr. Anneliese Mayer, die bischöfliche Beauftragte für Erwachsenenbildung im Erzbistum

München und Freising, und Karl Heinz Eisfeld, ehem. Vorsitzender des Bayerischen Volkshochschulverbandes.



Dr. Johanna Gebrande, wissenschaftliche Referentin in der Landesstelle der Katholischen Erwachsenenbildung Bayern (li.), und Dr. Judith Müller, Leiterin des Fachbereichs Externe

Organisationsentwicklung und Gemeindeberatung im Erzbischöflichen Ordinariat München, fanden auch ein gemeinsames Thema.

kommen, weil die Küsten dicht sind. Die tunesische Küstenwache sichert die Außengrenzen. Wenn mal ein Flüchtlingsboot abgeht, wird es von der Küstenwache mit großer Wahrscheinlichkeit abgefangen. Nach offiziellen Angaben sind 2016 in Italien schätzungsweise 1.000 Menschen aus Tunesien angelandet.

Wer nach Europa kommen will, wählt nicht den Weg über Tunesien, sondern über Libyen, weil es in Libyen keine Staatsgewalt gibt. Dort kontrollieren einzelne Warlords oder Clans die Gebiete. Wenn Sie als Flüchtling nach Europa wollen, bezahlen Sie abschnittsweise in Libyen für die nächste Wegstrecke. Da gibt es jemanden, der Sie sicher 200, 300 Kilometer weiterleitet, und dann kommen Sie zum nächsten Schleuser, den Sie wieder bezahlen müssen. Irgendwo an der libyschen Grenze geht dann ein Boot Richtung Europa, meistens ein schlecht ausgestattetes und überladenes Schlauchboot, oft in der Hoffnung, dass die Frontex-Schiffe möglichst nah an die Küste kommen und die Flüchtlinge auf sammeln, ehe das Boot kentert und untergeht.

Tunesien ist also kein Flüchtlingszielort und kein Herkunftsort. Es gab 2016 Gespräche zwischen Innenminister Thomas de Maizière und der tunesischen Regierung, bei denen Tunesien nochmal der Europäischen Union versichert hat, keine illegale Auswanderung aus Tunesien zu unterstützen. Gleichzeitig erwartet Tunesien aber von Europa mehr Entgegenkommen bei der legalen Auswanderung. Wir müssen im Jahr ungefähr 25.000 Visa-Anträge bearbeiten. Nicht für Europa, nur für Deutschland. Die Zahl ist stark gestiegen. Überwiegend junge Leute, die in Deutschland studieren möchten oder auch arbeiten oder einfach der Perspektivlosigkeit entfliehen.

Florian Schuller: Und wie viele bekommen ein Visum von Ihnen?

Franz Maget: Wir lehnen nicht allzu viele ab. Das ist sozusagen das Entgegenkommen: Wir sind großzügig in der Visa-Politik, und dafür macht Tunesien die Grenze dicht. Was es auch gibt: Rückführung von Flüchtlingen. Wir hatten in diesem Jahr fünf Sonderflüge aus Deutschland nach Enfidha mit ausreise-



Franz Maget nahm sich nach dem Interview noch viel Zeit für Einzelgespräche: hier mit Domkapitular Dr. Josef Zerndl aus Bayreuth.



Bei der Begrüßung in der ersten Reihe: Franz Maget, Bundesminister a. D. Dr. Hans-Jochen Vogel und der Unternehmer Randolf Rodenstock (v. l. n. r.). In

der zweiten Reihe sieht man Dr. Hildegard Kronawitter (li.) und die SPD-Landtagsabgeordnete Isabell Zacharias.

pflichtigen tunesischen Staatsbürgern. Das läuft nicht so ganz erfreulich, weil es einen großen Aufwand bedeutet, die Landeerlaubnis zu bekommen. Die Polizei muss organisiert werden, die nehmen ja dann die tunesischen Bürger in Empfang. Deutschland kündigt regelmäßig eine weit größere Zahl von Flüchtlingen an, die zurückgeführt werden, als dann tatsächlich im Flugzeug sitzen. Meistens werden 30 oder 40 angemeldet und es sitzen nur neun im Flugzeug...

Florian Schuller: ... weil die anderen verschwunden sind bei uns...

Franz Maget: ... weil die deutschen Behörden offensichtlich nicht in der Lage sind, diese Rückführung so durchzuführen, wie sie es vorhatten, aus welchen Gründen auch immer. Die tunesische Seite sagt dann: Na, so groß scheint das Problem bei euch ja nicht zu sein.

Florian Schuller: Welche Chancen sehen Sie für Tunesien, was sollte das Ziel der deutschen und der europäischen Politik sein?

Franz Maget: Erstens, unsere gesamte Arbeit in Tunesien wird in letzter Zeit unter dem Aspekt der Bekämpfung der Fluchtursachen gesehen. Natürlich ist es gut, dass man Fluchtursachen bekämpft und die Lebensbedingungen der Menschen in Afrika verbessert. Aber wenn man die Arbeit mit einem Partnerland unter diesen Schwerpunkt stellt, führt das zu einem Problem; denn das heißt ja nichts anderes als – ich übertreibe –, ihr seid uns egal, so lange die Leute bei euch bleiben. Wenn aber aus eurem Land die Menschen fliehen, dann müssen wir etwas tun. So kommt das in Tunesien, in Marokko und in Algerien an. Deswegen würde ich dafür werben, die Länder Nordafrikas wieder stärker als kulturelle und wirtschaftliche Partner in den Blick zu nehmen.

Es kann nicht gut gehen, wenn wir im Süden Europas – Luftlinie Tunis-Sizilien 200 km –, mit diesen Ländern keinerlei kulturelle Beziehungen haben. Die arabische Welt war einmal etwas ganz Großes. Im Jahr 800 war Bagdad die größte Stadt der Welt, in den arabischen Bibliotheken wurde das gesamte Wissen der damaligen Zeit versammelt. Es gab ein fruchtbares Zusammenleben von Juden, Christen und Muslimen. Ich wünsche mir, dass wir wieder mehr zu-



Berichtete viel Interessantes aus Tunesien: Franz Maget.

sammenkommen und kulturelle Brücken partnerschaftlicher Art bauen. Als ich nach Tunesien gegangen bin im Januar 2016, kurz nach dieser Kölner Silvesternacht, haben viele gesagt: Gut, dass du da hingehst, und halt uns die Flüchtlinge vom Hals! Ich kann das nicht, und es ist auch nicht die Aufgabe der Deutschen Botschaft.

Und das Zweite, eine Schlüsselfrage: Wie geht es mit dem politischen Islam weiter? Es gibt in Tunesien eine einzige Partei, die unseren organisatorischen Anforderungen an eine Partei irgendwie entsprechen würde, das ist die muslimisch-konservative Partei Ennahda. Muslim-Brüder, verkürzt gesagt. Die haben die erste Wahl nach der Revolution gewonnen, wie in Ägypten. Diesen Wahlausgang hat man im Westen auch nicht vermutet. Gewählt haben die Ägypter diejenigen, von denen sie sich etwas erwartet haben, und das waren eben die Muslim-Brüder. Von denen bekam man Nahrungsmittel, die waren in den Moscheen präsent. In Tunesien ist das eben die Ennahda. Die nennen sich neuerdings, beraten von einer amerikanischen Kommunikationsagentur und



Daniela Philippi und Bernhard Remmers: Der journalistische Direktor der katholischen Journalistenschule „ifp“, die ihren Sitz in München hat.



Anita Unterluggauer – wie auch die anderen Damen der Hauswirtschaft der Katholischen Akademie – sorgte sich um das leibliche Wohl der rund 70 Gäste im Schloss.



Die CSU-Bundestagsabgeordnete Julia Obermeier aus München und Prof. Dr. Klaus Herbers, Professor für Mittelalterliche Geschichte an der Universität

Erlangen-Nürnberg und Vorsitzender des dortigen Hochschulkreises der Katholischen Akademie, kennen sich aus dem Allgemeinen Rat.



Franz Maget bedankte sich für das Geburtstagsständchen, das Akademie-Studienleiter Dr. Johannes Schießl für ihn dirigierte. Die Gäste sangen kräftig

mit und bedankten sich auch damit dafür, dass der Referent trotz seines Ehrentages zur Veranstaltung gekommen war.



Kommune und Freistaat: Dr. Michael Stephan, Direktor des Münchner Stadtarchivs, mit Ministerialrätin Sibylle Lux, Referatsleiterin Öffentlichkeitsarbeit des Bayerischen Landtags.



Das Ehepaar Strötgen: Der frühere Vorstandsvorsitzende der Münchner Stadtparkasse Harald Strötgen wurde von seiner Frau Sabine Gold-Strötgen begleitet.

finanziert aus Katar, die „Muslim-Demokraten“. Kommt Ihnen der Begriff bekannt vor?

Die sagen, ihr habt doch sowas auch in Deutschland, eine Partei mit einer religiösen Herkunft, die das auch in ihrem Namen zum Ausdruck bringt, die aber lupenreine Demokraten sind. Wir kommen aus dem Islam. Daraus machen wir kein Geheimnis, das ist unsere Wertorientierung, aber wir sind Demokraten, und deswegen nennen wir uns jetzt auch so: die „Muslim-Demokraten“.

Die einen in Tunesien sagen, das sind Wölfe im Schafspelz; die tun nur demokratisch. Wenn die könnten, wie sie wollten, würden die aus Tunesien einen islamischen Staat machen und Elemente der Scharia in Verfassung und Gesetzgebung einfließen lassen. Solange sie das nicht können, tun sie ganz harmlos und demokratisch. Aber ohne sie, die ja mindestens ein Drittel der Bevölkerung bei Wahlen hinter sich haben, kann nichts gelingen. Bei den nächsten Kommunalwahlen, die für Ende 2017 geplant sind, wird diese Partei höchst wahrscheinlich gewinnen. Das sind übrigens die ersten Kommunalwahlen, die in Tunesien je stattfinden werden, sie sind schon zweimal verschoben worden. Es gibt bisher in Tunesien keine gewählten Bürgermeister, keine Stadträte, Gemeindeparlamente.

Und jetzt die ganz spannende Frage für uns im Westen: Wie gehen wir um mit dem politischen Islam? Die Bedeutung dieses Experiments reicht weit über Tunesien hinaus, nämlich zu prüfen, ob eine demokratische Gesellschaftsordnung nach unseren Vorstellungen in einem islamischen Land möglich ist. Im Augenblick gibt es nur ein einziges Beispiel, wo das sozusagen wie in einem Experimentierfeld passiert, nämlich Tunesien. Ägypten ist ein autoritärer Militärstaat, Libyen existiert faktisch nicht mehr und wird auch so schnell nicht auf die Beine kommen, die Lage in Algerien hängt von einem alten kranken Mann ab, Marokko ist eine Monarchie, die mit dem König nicht schlecht fährt, aber eben keine Demokratie. Über die Golfstaaten brauchen wir gar nicht reden. Jordanien ist eine Monarchie, Syrien zerfällt. Die Türkei rutscht ab in einen autoritären Staat, der mit demokratischen Vorstellungen nicht mehr so viel zu tun haben wird. Irak, da weiß auch keiner, wie es weiter geht, und Iran kennen Sie alle. Es gibt zwei Demokratien in dieser Region, Israel und das kleine, winzige

Tunesien. Das Gelingen dieses Experiments hängt entscheidend davon ab, ob der politische Islam demokratiefähig ist, und auch daran arbeiten wir im Augenblick.

Florian Schuller: Was hat Tunesien mit Ihnen persönlich in diesem Dreivierteljahr angestellt? Ich vermute, über Fernsehen können Sie den Weg von 1860 weiterhin ...

Franz Maget: ... bedauerlicherweise ...

Florian Schuller: ... verfolgen. Aber was haben all die neuen Erfahrungen nicht nur in Ihrem Kopf, sondern vor allem in Ihrem Herzen verändert?

Franz Maget: Ich hatte schon immer im Herzen den Wunsch, einmal für längere Zeit im Ausland leben zu dürfen und dort zu arbeiten. Das war bisher nicht möglich oder hat sich so nicht ergeben. Und dann kam der Gedanke, es gibt doch diese Sozialreferenten, da musst du nicht in der hierarchischen Struktur des diplomatischen Dienstes gearbeitet haben, sondern die werden von außen vorgeschlagen. Dann bin ich zum Auswärtigen Amt gegangen, und der Staatssekretär sagt zu mir, willst du dir das wirklich antun? Genieß doch deine Pension! Ich habe geantwortet: Nein, ich will noch was tun. Ich wurde trotz meines Alters genommen, und vier Wochen später ruft er an und sagt: Moskau wird frei. Dann habe ich geantwortet: So groß ist die Not auch wieder nicht. Schließlich kam das Angebot Tunis. Der Posten wurde verlegt von Kairo nach Tunis, weil man in Kairo nicht mehr vernünftig arbeiten kann.

Florian Schuller: Sie sind auch zuständig für Ägypten?

Franz Maget: Ja. Ganz schlimm. Gottseidank lebe ich in Tunis. Die ersten Wochen dort habe ich mir gedacht: Was hast du da gemacht? Ich habe wie bei der Bundeswehr gezählt, zwei Jahre sind 740 Tage. Warum sitzt du jetzt nicht beim Cappuccino-Trinken und liest die Süddeutsche Zeitung? Mittlerweile weiß ich, dass es die richtige Entscheidung war. Meine Frau ist im Mai nachgekommen, wir leben jetzt dort mit Hauptwohnsitz, ich bin „résident de Tunis“. Wir wohnen sehr, sehr schön am Meer. Von meiner Terrasse schaue ich direkt auf das Mittelmeer...

Florian Schuller: ...in einem Sicherheitsgebiet, oder ...

Franz Maget: ... nein, ich habe ein eisernes Tor, aber ...

Florian Schuller: ... da steht ein Polizist davor ...

Franz Maget: ... na ja, wir haben einen Hausmeister, der ein bisserl mit aufpasst. Ich habe aber nie eine Sekunde Sicherheitsbedenken gehabt. In diesem Ort ist es herrlich. Dort lebt die westliche Community, man könnte auch sagen: die nicht integrationswillige Parallelgesellschaft. Die hat dort Restaurants, wo du Wein und Bier trinken kannst, alles möglich ...

Florian Schuller: ... auch im Ramadan?

Franz Maget: Ja, auch im Ramadan, aber eingeschränkt. Ich habe zu Beginn gesagt: Die Gesellschaft ist religiöser geworden, als sie unter Ben-Ali war. Die Leute sagen: Früher hättest du kaum ein Kopftuch gesehen. Heute tragen 70 bis 80 Prozent der Frauen Kopftuch, nicht in Tunis, aber auf dem Land alle, obwohl die Stellung der Frau sehr gut ist. Man kann wirklich von einer Gleichstellung der Frau sprechen. Das gibt es in keinem anderen arabischen Land. Das Personenstandsgesetz von Bourguiba ist vorbildlich. Das Scheidungsrecht ist so gut, wie es Hans-Jochen Vogel in Deutschland erst in den 1970er Jahren durchsetzen konnte.

Aber das Land ist konservativer geworden, und der Ramadan wird eingehalten. Ich habe zum Beispiel eine junge Mitarbeiterin, Tunesierin, eine ganz schicke junge Frau, lange Haare, hübsch, sie kleidet sich total westlich. Die würde hier problemlos als Europäerin durchgehen, aber den Ramadan hält sie ein. Es ist oft mehr ein kulturelles Erleben als Religiosität. Man ist mit der Familie zusammen und freut sich gemeinsam auf das abendliche Fastenbrechen. Es ist der Monat, in dem der Familienzusammenhalt wieder gestärkt wird. Im Ramadan geht es deshalb der westlichen nicht integrationswilligen Parallelgesellschaft nicht ganz so gut, weil viele Kaffeehäuser einfach zu haben. Manche Stellen, an denen Alkohol ausgeschenkt wird, schließen aus Sicherheitsgründen. Man würde auch nicht mehr in der Öffentlichkeit mit der Wasserflasche herumrennen.

Deutschland spielt eine große Rolle in Tunesien. Wir haben allerhöchstes Ansehen. Das genieße auch ich. Wenn du irgendwo hinkommst und sagst, du bist Deutscher, stehen dir alle Türen offen, ein Leuchten in den Augen. Es ist ganz anders als den Franzosen gegenüber zum Beispiel, die dort natürlich immer noch die Nummer eins sind, der wichtigste Wirtschaftspartner, kulturellsprachlich die entscheidende Nation. Wir sind wirtschaftlich die Nummer drei. Wir tun wahnsinnig viel, und das genießt auch ein kleiner Sozialreferent, dass er gemocht wird als Deutscher. Deutsche Autos, deutscher Fußball.

Die deutsche Kriegsgeschichte ist übrigens ebenfalls präsent. Ich war am letzten Sonntag, am Volkstrauertag, auf dem deutschen Soldatenfriedhof, 8.500 Gräber, in der Nähe von Hamman-Lif bei Tunis. Dort fanden Weltkriegsschlachten statt. Viele Tunesier wissen davon, und wenn dann der Abend ein bisschen länger wird, sagen sie dann gelegentlich zu mir, ihr hättet den Krieg gewinnen müssen! Und wenn es dann noch schlimmer wird, – bitte nicht erschrecken, ich tue es regelmäßig – Hitler, das war noch einer! Das muss man wissen in der arabischen Welt.

Auch der Antisemitismus ist, für mich total überraschend, präsent. Wenn Sie durch den jüdischen Friedhof gehen in Tunis, sehen Sie wie riesig der ist. Das war einst eine große und wichtige Gemeinschaft. Auch der katholische Friedhof in Tunis ist riesig. Überwiegend italienische Gräber, Sie kennen diese Grabhäuser in Süditalien, die findet man in Tunis massenhaft. Tunis war eine pulsierende, weltoffene Stadt mit einem großen Judenviertel. Es gibt Synagogen, es gibt alles noch, aber keine jüdischen Bürgerinnen und Bürger mehr. Was es gibt, ist der Antisemitismus, und bei jeder politischen Rede, die gehalten wird, egal worum es geht, rennt irgendeiner auf die Bühne, pflanzt die palästinensische Fahne auf, und der Redner muss die Freundschaft mit den palästinensischen Brüdern und Schwestern beschwören. Wenn er das nicht macht, ist die Rede nicht vollständig. Auch das gibt es, und auch mit diesen Dingen muss man sich natürlich kulturell auseinandersetzen. Alles ist für mich eine große Lernerfahrung. □

Zauberstab oder Teufelszeug?

Die „Gen-Schere“ CRISPR/Cas-9

Eine spannende Diskussion mit überraschenden Gedanken zu einem hochkomplexen Problem: Das fand am Abend des 12. Oktobers 2016 in der Katholischen Akademie Bayern statt, als über die „Gen-Schere“ diskutiert wurde. „CRISPR/Cas-9“ heißt das revolutionäre Verfahren, mit dem es möglich ist, DNA-Bausteine gezielt zu verändern. Nach einem Impulsreferat von Prof. Dr. Michael Sendtner,

Professor am Institut für Klinische Neurobiologie der Universität Würzburg, folgte ein hochkarätig besetztes Podiumsgespräch.

Auch ein Beitrag unserer Reihe „alpha-lógos“ entstand. Einen Link zum Bayerischen Rundfunk, wo Sie den 45-Minüter als Podcast sehen können, finden Sie in unserer Mediathek: mediathek.kath-akademie-bayern.de/logs/revolution-in-der-gentechnik

CRISPR/Cas-9, Genome Editing. Wissenschaftlicher Hintergrund, Probleme, Chancen

Michael Sendtner

1987 wurden im Genom von *Escherichia coli*-Bakterien kurze, sich wiederholende DNA-Abschnitte entdeckt, die von variablen Regionen unterbrochen wurden. Die Funktion dieser Elemente war damals noch unbekannt. 2002 wurde erstmalig der Begriff „Clustered Regulatory Interspaced Short Palindromic Repeats“, kurz CRISPR, für diese Elemente verwendet. Im Jahr 2007 fand Rodolphe Barrangou zusammen mit seinen Kollegen von der Firma Danisco, Madison, USA, heraus, dass die CRISPR-Sequenzen bei Bakterien der Abwehr von Infektionen mit Viren dienen. Dazu bauen die Bakterien Teile der Fremd-DNA als kurze Zwischenstücke in die CRISPR-Bereiche ihres Genoms ein. 2012 hat die Arbeitsgruppe um Emanuelle Charpentier und Jennifer Doudna dann die Funktionsweise dieses Abwehrsystems aufgeklärt. Die nach Erstinfektion eingebauten Teile der Virus-DNA werden in kleine RNA-Stücke, sogenannte cr-RNAs abgelesen. Diese cr-RNAs werden dann von Proteinen des Cas-Systems gebunden. Cas steht für CRISPR-assoziierte Sequenzen. Die kodierende DNA für diese Cas-Proteine ist nahe an der CRISPR-Genregion lokalisiert. Wenn diese kurzen cr-RNA-Stücke an Cas Proteine assoziieren, können sie im Bakterium sehr effizient Viren abwehren. Die Nukleinsäure des Virus wird durch die cr-RNA erkannt, und das assoziierte Cas-Enzym spaltet dann die virale DNA oder RNA. Über die CRISPR Region wird also ein Gedächtnis an den Virus gebildet, das auch dann nicht verloren geht, wenn sich die Bakterien teilen. Die crRNA, zusammen mit den Nucleasen des Cas-Systems, können dann virale Nucleinsäure schnell und zuverlässig erkennen und inaktivieren.

Schon ein Jahr nach der Veröffentlichung der Arbeitsgruppe um Emanuelle Charpentier und Jennifer Doudna im



Professor Michael Sendtner hielt ein Impulsreferat.

Juni 2012 folgten bis Sommer 2013 mehrere Dutzend Arbeiten in allen großen wissenschaftlichen Zeitschriften, die zeigten, dass diese Methode auch angewandt werden kann, um DNA in eukaryotischen Zellen zu verändern, Zellen der Maus oder DNA in menschlichen Zellen. Der erste Bericht stammte aus der Arbeitsgruppe von Feng Zhang vom Broad Institut am MIT im Februar 2013. Für die Anwendung bei Zellen der Maus oder des Menschen musste die kurze komplementäre cr-RNA so modifiziert werden, dass sie entsprechende Zielgene in eukaryotischen Zellen erkennt. Durch den Austausch der cr-RNA gegen eine künstlich hergestellte RNA jeglicher Sequenz können alle erdenklichen Zielsequenzen angesteuert werden,

daher der Name „guide RNA, abgekürzt gRNA“, also einer kurzen komplementären RNA Sequenz, die relativ einfach hergestellt werden kann, und die die Cas-9-Nuklease zur potenziellen Schnittstelle im Genom der Zelle führt.

In einer solchen Zielsequenz wird der DNA-Strang durch das Cas-9 Enzym gespalten, und man kann in den darauf folgenden Reparaturprozess eingreifen, indem man entweder ein neues DNA-Stück einbaut oder eine Mutation erzeugt. Diese nicht homologe Verknüpfung der DNA-Enden wird häufig benutzt, um im Labor in kultivierten Zellen Gene zu modifizieren, die für Krebsentstehung, für neurodegenerative Erkrankungen und andere wichtige medizinische Fragestellungen relevant sind. Sie wird auch benutzt, um genetisch modifizierte Modellorganismen herzustellen, zum Beispiel veränderte Fruchtfliegen, Mäuse, sogar genetisch veränderte Rhesusaffen. Nicht nur im biomedizinischen Sektor ist die Zahl der Publikationen zu CRISPR/Cas-9 in den letzten Jahren exponentiell gestiegen, ebenso die Zahl der Anwendungen und Patente aus den Bereichen Pflanzenforschung, Medikamentenproduktion und anderen technischen Anwendungsbereichen wie zum Beispiel der Entwicklung einer Xylose (Holzzucker) abbauenden Hefe mit dem Ziel der Biotreibstoffproduktion.

Mit einer solchen potenten Technik sind natürlich auch Probleme verbunden. Eine chinesische Arbeitsgruppe um Junjiu Huang, Sun Yat-sen Universität Guangzhou, hat im April letzten Jahres berichtet, sie hätte die CRISPR/Cas-9-Technik angewandt, um bei menschlichen Embryonen zu testen, ob das Gen für Betaglobin modifiziert werden kann, das bei der Thalassämie, einer in südlichen Ländern weit verbreiteten Blutkrankheit, mutiert ist. Die Arbeit wurde in der Zeitschrift *Protein Cell* publiziert (*Protein Cell* 6: 363-372, 2015), deren Büro in Peking liegt. Sie war zuvor bei den weltweit führenden Wissenschaftsmagazinen „Nature“ und „Science“ eingereicht worden, dort aber nicht publiziert worden. In verschiedenen Blogs und Stellungnahmen von Wissenschaftlern wurde das begrüßt: 1. Der Erkenntniswert der Arbeit sei zu gering, die dort gezeigten Ergebnisse hätte man aufgrund bereits bekannter Ergebnisse vorhersagen können, 2. die CRISPR/Cas-9-Technik in dieser Studie sei nicht auf dem neuesten Stand gewesen, 3. die Ergebnisse hätten keine praktische Bedeutung für eine Umsetzung, und darüber hinaus sei das Experiment ethisch problematisch.

Dem letzten Punkt haben die Autoren widersprochen. Sie hätten tripronukleäre Zygoten verwendet, die ohnehin kein Entwicklungspotenzial haben. Diese tripronukleären Zygoten wären in den chinesischen Kliniken für Reproduktionsmedizin, in denen sie gesammelt wurden, ohnehin vernichtet worden. Tripronukleäre Zygoten entstehen, wenn eine weibliche Eizelle nicht nur von einem Spermium, sondern von zwei Spermien gleichzeitig befruchtet wird, sodass der durch Fusion entstehende Embryo nicht zwei, sondern drei halbe Chromosomensätze enthält. Tatsächlich kommt das bei der künstlichen Befruchtung in zwei bis fünf Prozent der Fälle vor. Die nach Fusion der drei Vorkerne entstehenden Embryonen entwickeln sich in der Regel nicht weiter, nur selten bis zur Blastozyste, und erreichen damit nicht das Stadium, in dem sie sich in die Gebärmutter einnisten.

Was haben die Forscher nun mit diesen tripronukleären Zygoten gefunden? Die CRISPR-gRNA für Betaglobin und Cas-9 wurde in 86 Embryonen injiziert. Nach 48 Stunden hatten 71 Embryonen überlebt, 54 konnten genetisch getestet werden. Nur bei 28 Embryonen hatte

Cas-9 im Betaglobin-Gen geschnitten, die meisten dieser Embryonen zeigten nur Mosaikmuster: Die Cas-9-Nuklease hatte also nicht im befruchteten Einzellstadium, sondern erst in den nachkommenden Generationen der Zellen geschnitten. Ein sich theoretisch daraus entwickelnder Embryo hätte dann sowohl kranke als auch gesunde Zellen. Die modellhafte Reparatur des Betaglobin-Gens war nur in vier der 86 Fälle überhaupt nachweisbar. Darüber hinaus fand sich bei praktisch allen getesteten Embryonen eine hohe Zahl von off-target-Mutationen: Die gRNA hatte vermutlich unspezifisch an andere Bereiche des Genoms gebunden, dort die DNA geschnitten und verändert.

Die Reaktionen auf diesen Artikel waren vehement, nicht nur in der Wissenschaft, auch in der allgemeinen Presse. Wissenschaftliche Organisationen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina reagierten mit entsprechenden Stellungnahmen. Aber auch in anderen Ländern war dieser Bericht Anlass für sehr umfassende Stellungnahmen zur Ethik von Genome Editing, zum Beispiel durch das Nuffield Council on Bioethics in Großbritannien.

Auch andere Wissenschaftler meldeten sich zu Wort. So forderte der Nobelpreisträger David Baltimore zusammen mit einer Reihe prominenter Kollegen und Kolleginnen ein weltweites Verbot zur Anwendung von CRISPR/Cas-9 für die Modifikationen der menschlichen Keimbahn. Ähnlich war auch die Diskussion in der weltweiten Presse. Ein Zitat von Rudolf Jaenisch, einem weltweit führenden Molekularbiologen und Stammzellforscher am MIT in Harvard, USA, aus einem Artikel der *New York Times* bringt die Meinung vieler Wissenschaftler genau auf den Punkt, warum diese Studie zumindest aus wissenschaftlicher Sicht bedeutungslos ist:

“A pressing question, said Rudolf Jaenisch, an M.I.T. biology professor, is why anyone would want to edit the genes of human embryos to prevent disease. Even in the most severe cases, involving diseases like Huntington’s in which a single copy of a mutated gene inherited from either parent is enough to cause the disease with 100 percent certainty, editing poses ethical problems. Because of the way genes are distributed in embryos, when one parent has the gene, only half of the parent’s embryos will inherit it. With gene editing, the cutting and pasting has to start immediately, in a fertilized egg, before it is possible to know if an embryo has the Huntington’s gene. That means half the embryos that were edited would have been normal – their DNA would have been forever altered for no reason. “It is unacceptable to mutate normal embryos,” Dr. Jaenisch said. “For me, that means there is no application.”

[Wenn man sich theoretisch die Anwendung von CRISPR/Cas-9 bei einer Erkrankung wie Morbus Huntington vorstellt, bei der im Alter von 30 bis 40 Jahren jeder Mutationsträger mit praktisch 100 Prozent Wahrscheinlichkeit erkranken würde, ergäbe sich folgende Problematik: Von den Nachkommen wären nur 50 Prozent von diesem Gendefekt betroffen, und da man nicht weiß, welche Embryonen betroffen sind, würden unnötig 50 Prozent gesunde Embryonen mit CRISPR/Cas-9 behandelt. Und dann ist die Technik nicht so effizient, dass sie das Gen in allen Zellen rekombinieren und reparieren kann. Eine Anwendung macht unter diesen Umständen keinen Sinn und ist inakzeptabel. Deutscher Text: MS]

In Deutschland verbietet das Em-



Moderiert von Akademiedirektor Dr. Florian Schuller diskutierten der Würzburger Neurobiologe Prof. Dr. Michael Sendtner, der Freiburger

Moraltheologe Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff, langjähriges Mitglied im Deutschen Ethikrat, die Humangenetikerin Prof. Dr. Brigitte Schlegelberger

aus Hannover und der Mannheimer Jurist Prof. Dr. Jochen Taupitz, bis 2016 stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Ethikrats (v.l.n.r.).

bryonenschutzgesetz von 1990 jede Forschung an Embryonen. Die publizierte Studie würde unter Paragraph 2 „Ebenso wird bestraft, wer zu einem anderen Zweck als der Herbeiführung einer Schwangerschaft bewirkt, dass sich ein menschlicher Embryo extrakorporal weiterentwickelt“ und Paragraph 5 des Embryonenschutzgesetzes fallen: „Wer die Erbinformation einer menschlichen Keimbahnzelle künstlich verändert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren bestraft.“ Die Anwendung der CRISPR/Cas-9 Technik zur Veränderung der Keimbahn des Menschen wäre also in Deutschland verboten.

Im Gegensatz dazu wird die CRISPR/Cas-9-Technik außerhalb des Wirkungsbereichs des Embryonenschutzgesetzes mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Anwendungen führen. Dazu drei Beispiele, wie diese Technik in verschiedene Anwendungsrichtungen weiterverfolgt werden kann.

1. Anwendungen in der somatischen Gentherapie, also ein Einsatz der CRISPR/Cas-9-Technik, um Mutationen in erkrankten Zellen zu behandeln. Ziel der somatischen Gentherapie sind also nicht Keimbahnzellen, sondern beispielsweise Krebszellen oder von einer Krankheit betroffene Zellen, in denen eine defekte Genfunktion wiederhergestellt werden soll. Die genetische Veränderung ist also auf diese Zellen beschränkt und wird nicht an die Nachkommen weitergegeben.
2. Anwendungen im Bereich der Landwirtschaft und der Biotechnologie.
3. Anwendungen in „gene drive“-Verfahren, die man bei der Bekämpfung der Übertragung von Malaria durch Anopheles-Mücken einsetzen könnte. Diese Anwendungen bedürfen am dringendsten einer Diskussion zur Ethik und zur Nutzen/Schaden-Abwägung.

Die Spinale Muskelatrophie ist ein gutes Beispiel für eine mögliche Anwendung im Bereich Somatische Gentherapie. Diese Erkrankung ist die häufigste Form einer neurodegenerativen Motoneuronenerkrankung im Kindesalter. Weltweit ist eines von rund 5.000 Neugeborenen betroffen. Bei der schwersten Verlaufsform, die relativ häufig ist, führt die Erkrankung innerhalb von wenigen Jahren zum Tod. Die Kinder lernen nie zu

sitzen oder zu laufen, sie sind zu schwach und sterben in der Regel an Infektionen und Atemlähmung, weil auch die Muskulatur für die Atmung betroffen ist.

Das Krankheitsgen wurde 1995 entdeckt. Fast 95 Prozent aller Erkrankungsfälle basieren auf einem Gendefekt im SMN-1-Gen. Die Erkrankung tritt auf, obwohl es beim Menschen auch ein zweites SMN-Gen gibt, von dem das SMN-Protein gebildet werden könnte. Das zweite SMN-Gen beim Menschen unterscheidet sich nur in wenigen Nukleotiden. Davon ist nur ein Nukleotidaustausch relevant, der für den Unterschied zwischen dem SMN-1- und SMN-2-Gen sorgt, ein C->T-Basenaustausch. Dadurch wird eine splice acceptor site verändert, so dass 90 Prozent der mRNA-Kopien dieses Gens die von Exon-7 kodierten Sequenzen nicht enthalten. Das daraus resultierende Protein ist deshalb verkürzt und

Im Gegensatz dazu wird die CRISPR/Cas-9-Technik außerhalb des Wirkungsbereichs des Embryonenschutzgesetzes mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Anwendungen führen.

biologisch inaktiv. Nur 10 Prozent der Kopien sind vollständig, und diese reichen nicht, um die Entwicklung und Funktion von Motoneuronen aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grund hat sich die Therapieentwicklung bei dieser Erkrankung seit 10 Jahren darauf konzentriert, kurze synthetische DNA-Stücke zu entwickeln, sogenannte Oligonukleotide, die inzwischen in klinischen Studien auf ihre Wirksamkeit hin getestet werden. Diese Oligonukleotide werden bei den betroffenen Kindern in das Rückenmarkwasser appliziert. Dort werden sie von motorischen Nervenzellen aufgenommen, gelangen in den Zellkern, und so wird nun diese Nukleotidaustauschstelle, die dafür verantwortlich ist, dass die von diesem Chromosomenabschnitt Exon-7 kodierten Sequenzen übersehen werden, wieder erkannt, und es kann nun mehr funktionelles SMN Protein gebildet werden. Erste erfolgversprechende Ergebnisse gibt es bereits, und so ist es naheliegend, dass inzwischen darüber gesprochen wird, CRISPR/Cas-

Ansätze für die Behandlung dieser Erkrankung zu entwickeln, mit denen dieser Basenaustausch im SMN-2-Gen in den motorischen Nervenzellen nicht nur transient, sondern auf Dauer bewerkstelligt werden soll.

Im Vergleich zu einer Rekombination in frühen Embryonen lägen die Vorteile auf der Hand. Die Therapie wird erst dann begonnen, wenn auch die Krankheit als solche diagnostiziert wird. Ziel ist, die fortschreitende Degeneration der motorischen Nervenzellen aufzuhalten. Und selbst wenn es nicht gelingt, das SMN-2-Gen in allen Motoneurone zu rekombinieren, wäre es möglich, bereits dann eine Verbesserung oder Verlangsamung der Erkrankung zu erreichen, wenn nur wenige motorische Nervenzellen funktionell wiederhergestellt würden. Auch hier gibt es Risiken wie unerwünschte off-target-Effekte, die die Zellen noch mehr schädigen könnten, oder unerwünschte Effekte in anderen Zellen, wenn es nicht gelingt, die Konstrukte ausschließlich nur in motorische Nervenzellen einzuschleusen oder nur dort zur Wirkung kommen zu lassen. Es ist aber vorstellbar, dass Betroffene und die Eltern betroffener Kinder diese Risiken in Kauf nehmen und sich mit Nachdruck für eine Anwendung aussprechen.

Weitere Anwendungen von CRISPR/Cas-9 zeichnen sich ab in der Biotechnologie und in der Pflanzenzucht. Im Juni 2015 wurde berichtet, wie mit der CRISPR/Cas-9-Technik Hefestämme so verändert werden können, dass sie aus Xylose Biotreibstoff herstellen. Denkbar sind weitere Entwicklungen bei Hefen und anderen Zellen für die Herstellung von Medikamenten und technischen Stoffen, aus denen zum Beispiel Energie gewonnen werden kann.

Eine weitere Entwicklung ist die Anwendung in der Pflanzenzucht. Als Beispiel ein Bericht aus dem Jahr 2014, wie durch gleichzeitige Mutation von drei Genen im Saatgut ein mehltoleranter Weizen hergestellt werden konnte.

Auch die „gene-drive“-Methode beruht auf der CRISPR/Cas-9-Technik. Sie ist vor allem für einen Einsatz bei Infektionskrankheiten im Gespräch, die durch Insekten übertragen werden. Es war zwar bisher auch mit konventionellen Techniken möglich, das Genom von Insekten zu verändern. Es wurde auch schon angedacht, so genetisch mutierte Anopheles-Mücken herzustellen, die nicht mehr in der Lage sind, den Malaria-Erreger zu übertragen. Aber diese

Mücken würden diese Eigenschaft nur auf die Hälfte ihrer Nachkommen übertragen, und das reicht nicht aus, um die Population nachhaltig zu verändern. Ganz anders, wenn das CRISPR/Cas-9-System eingesetzt würde. Dazu müsste man die genetische Information für die gRNA und für Cas-9 im Genom der Mücke verankern: Die Rekombinase könnte dann auf beide Allele wirken, auch bei den Nachkommen. Die veränderte Eigenschaft würde so auf alle Nachkommen übertragen, die Mutation würde sich in der Gesamtpopulation der Mücken ausbreiten, und die mutanten Mücken wären nicht mehr in der Lage, den Malaria-Erreger zu übertragen.

Eine Reihe von Wissenschaftlern hat angemahnt, dass eine Debatte zu diesem Thema notwendig ist, um auf internationaler Ebene klare Regelungen zu schaffen, unter denen solche Eingriffe in die Umwelt erlaubt beziehungsweise verboten werden. Das bedarf natürlich einer breit geführten öffentlichen und sachlichen Diskussion, die erst geführt werden muss. □

Presse

Deutschlandfunk

18. Oktober 2016 – Krankheiten bekämpfen, Epidemien verhindern – das erhoffen sich die Befürworter einer neuen gentechnischen Methode. Ihr kryptischer Name: CRISPR/Cas-9. Dabei handelt es sich um eine so genannte „Gen-Schere“, die es ermöglicht, einzelne DNA-Bausteine gezielt zu verändern. Viele Wissenschaftler jubeln. Kritiker sind beunruhigt (...), erklärt Eberhard Schockenhoff, Professor für Moraltheologie an der Universität Freiburg: „Die Keimbahnintervention, das ist eine Reise ins Ungewisse. So wie wenn Sie in einen Zug steigen, und Sie wissen nur, Sie kommen nie wieder zurück an den Punkt, an dem Sie eingestiegen sind, aber Sie wissen nicht, wo das hinführt.“

Burkard Schäfers

Podiumsgespräch

Im Anschluss an das Eingangsstatement von Michael Sendtner diskutierten vier ausgewiesene Experten über das Thema. Prof. Dr. Brigitte Schlegelberger, Direktorin des Instituts für Humangenetik der Medizinischen Hochschule Hannover, Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff, Professor für Moraltheologie an der Universität Freiburg im Breisgau, Prof. Dr. Michael Sendtner selbst, er ist Professor am Institut für Klinische Neurobiologie der Universität Würzburg, sowie Prof. Dr. Jochen Taupitz, Professor für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Mannheim. Die Diskussionsleitung hatte Akademiedirektor Dr. Florian Schuller.

Florian Schuller: Zunächst, gibt es Rückmeldungen zum Statement von Prof. Sendtner?

Brigitte Schlegelberger: Herr Sendtner, Sie haben einen informativen Vortrag gehalten. Ich kann bestenfalls noch Beispiele anderer Erbkrankheiten hinzufügen. Aber die Aussage, dass diese neue Technologie für die Grundlagenforschung und mit ihren Anwendungsmöglichkeiten enormes Potential hat, teile ich voll und ganz.

Jochen Taupitz: Als Jurist glaube ich Ihnen nicht, dass es keine Einsatzmöglichkeiten, bezogen auf die Keimbahnveränderungen beim Menschen, geben sollte, und dass wir deshalb in der Gesellschaft nicht darüber nachdenken müssen, wo denn die Grenzen einer solchen Keimbahnveränderung beim Menschen liegen. Wenn zum Beispiel beide Eltern einen bestimmten genetischen Defekt in sich tragen, dann ist die Wahrscheinlichkeit ja sehr hoch, dass auch das Kind diesen Defekt in sich tragen wird. Warum ist es dann nicht positiv, wenn man rechtzeitig Ei und Samenzelle genetisch verändert, mit Hilfe von CRSPR/Cas-9 oder anderen Verfahren, diesen genetischen Defekt eliminiert, herauschneidet, und dann eine Ei- und eine Samenzelle hat, die durch künstliche Befruchtung zu einem letztlich nicht genetisch geschädigten Kind führen. Bei monogenetischen Erkrankungen müsste das doch möglich sein.

Und um gleich das Schreckensszenario an die Wand zu malen: Was ist eigentlich mit anderen Veränderungen, also mit dem berühmten „Enhancement“, bei dem man den Menschen nur verbessern und nicht eine Erbkrankheit verhindern möchte. Vorstellen kann man sich, dass ein solches Verfahren eingesetzt wird, damit ein Mensch schneller laufen kann, dass er größer wird, dass er vielleicht, wenn man irgendwann einmal die Zusammenhänge erkannt hat, intelligenter werden kann. Heute ist das alles noch Zukunftsmusik, heute muss man sich sicherlich auf einzelne genetische Veränderungen beschränken. Aber gibt es da nicht wirklich doch Anwendungsmöglichkeiten, die realistisch sind?

Florian Schuller: Das war eine Steilvorlage für den Theologen!

Eberhard Schockenhoff: Ich möchte zunächst einmal festhalten, dass man grundsätzlich diesen großen Fortschritt in der Grundlagenforschung nur begrüßen kann. Wenn es also eine Möglichkeit gibt, zum Beispiel Mukoviszidose in einer somatischen Gentherapie zu heilen, dann ist das um der betroffenen Menschen willen nur zu unterstützen. Das einzige ethische Bedenken bleibt, ob auch tatsächlich die Verfahrenssicherheit ausreichend ist, dass die Abwägung von Risiken und erhofften Vorteilen zugunsten des Patienten verantwortlich geschehen kann.

Jetzt zur Keimbahnintervention: In der ersten Runde der ethischen Diskussion während der 1970er, 1980er Jahre gab es zunächst den Konsens, dass ein Handeln nicht in Frage kam, wenn man die Folgen, die man riskierte, nicht sicher abschätzen konnte. In einer zweiten Phase hat man diskutiert: Reicht das für ein kategorisches Verbot, oder ist das ein hypothetisches Verbot, solange wir die Folgen nicht sicher abschätzen und voraussagen und dann auch tatsächlich begrenzen können? Wenn es solche „off target“-Effekte gibt und wir die Wirkungsketten nicht sicher vorhersagen können, dann war klar, dass der Grundsatz der Folgenverantwortung gegen diesen Einsatz sprach, sollten die Ziele noch so hochrangig sein.

Aber das ist jetzt ja nicht mehr so eindeutig. Wenn es möglich ist, eine klar definierbare Erbkrankheit auszuschalten, und wenn man hinreichende Gewissheit darüber hat, dass es auch nur dieser eine Defekt ist, den man behebt, dann sehe ich nicht, welches ethische Bedenken es dabei gäbe.

Florian Schuller: Auch bei Eingriffen in die Keimbahn?

Eberhard Schockenhoff: Auch bei Eingriffen in die Keimbahn, sofern das mit der hinreichenden Sicherheit der Fall ist. Das ist nämlich bei der Keimbahn das größere Problem: Der Eingriff ist irreversibel, man kann ihn nicht zurückholen, und das Ganze betrifft nicht nur ein Individuum, das von einer Erkrankung betroffen ist. Bei einem individuellen Einzelfall könnte man sagen, jeder hat das Recht, wenn er sich einen großen gesundheitlichen Nutzen erhofft und bereit ist, dafür ein höheres Risiko einzugehen. Aber niemand hat das Recht, zulasten Dritter möglicherweise davon Betroffener eine so riskante Risikoabwägung vorzunehmen. Deshalb muss man sehr, sehr hohe Sicherheitsstandards zugrunde legen, wenn es überhaupt möglich sein soll, und das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht der Fall. Alle seriösen Wissenschaftler und Forschungsinstitutionen, die daran beteiligt sind, sagen, im Augenblick benötigen wir ein Moratorium.

Aber das ist kein kategorisches ethisches Argument dagegen. Ein solches gibt es aus meiner Sicht allerdings bei der Grenze zu den „Enhancement“-Anwendungen, also Verbesserungen der menschlichen Natur. Und zwar ist das deshalb für mich eine grundsätzlich andere ethische Bewertungslage, weil sich die Frage stellt, welche kompetente Instanz in einer freiheitlichen Gesellschaft verbindlich festlegen könnte, was erwünschte Merkmale des Menschseins sind, und was nicht. Bei einem engen normativen Krankheitsbegriff kann man unterstellen, dass es niemanden gibt, der ein Interesse an dieser Krankheit hat.

Aber im Blick auf erwünschte Eigenschaften des Menschseins oder eine Optimierung, die irreversibel ist, die die

menschliche Lebensform als ganze betreffen: Wer soll eigentlich hier die Deutungshoheit besitzen? Das ist im Ansatz mit einer freiheitlichen Gesellschaft nicht vereinbar. Das ist auch nicht die Kompetenz der Wissenschaft. Das ist eine sehr persönliche Entscheidung; da geht es um die Frage nach dem guten Leben und dessen Voraussetzungen, und die ist in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht normativ für alle zu beantworten, weder durch die Kirche noch durch den Staat noch durch die Wissenschaft. Hans Jonas hat einmal in einer frühen Phase der Diskussion gesagt, und das ist immer noch die richtige Antwort: Bei diesem Punkt müssen wir nicht das gelegentliche Versagen einer Technik befürchten, sondern das komplette Gelingen, weil es dann eben keine Freiheitspielräume mehr gäbe.

Brigitte Schlegelberger: Ich finde das als ein enormes Statement eines Theologen, das ich in solcher Klarheit noch nie gehört habe, nämlich dass Eingriffe in die Keimbahn per se nicht verwerflich sind, wenn die Technik stimmt. Das nehme ich mit. Ich denke an meine Zeit als junge Humangenetikerin, da hat mich die Frage von Philosophen, ob man Eltern eine Keimbahn-Gentherapie vorenthalten darf – vorausgesetzt die Technik funktioniert zu 100 Prozent – total überfordert. Jetzt habe ich heute eine überraschend gute Antwort gefunden.

Florian Schuller: Allein deshalb hat sich schon die Teilnahme hier rentiert.

Brigitte Schlegelberger: Total. Trotzdem bin ich der Meinung, dass es heute extrem wenige echte Anwendungsmöglichkeiten gibt. Monogen erbliche Erkrankungen sind sehr, sehr selten. Rein statistisch ist die Wahrscheinlichkeit, dass zwei Menschen mit derselben Erbkrankheit, die auch noch auf dem gleichen Gendefekt beruht, Kinder haben, sehr, sehr, sehr selten. Es kann natürlich

sein, dass aus anderen Gründen, zum Beispiel zwei taube Menschen, zwei Menschen mit einer autosomal-rezessiven Erkrankung, aufeinandertreffen. Aber die genetische Heterogenität, zum Beispiel bei Taubheit, ist extrem hoch, und so gibt es eine Prüfungsfrage, die dann heißt: Wieso bekommen zwei Menschen mit einer autosomal-rezessiven Taubheit miteinander hörende Kinder?

Also, das sind so extrem seltene Fälle, dass ich zu bezweifeln wage, ob wir dafür anfangen sollten, wirklich diese Techniken zu entwickeln, mit all dem wahnsinnigen Aufwand. Bisher ist es ja so, dass wir immer *in vitro* sowohl normale als auch genetisch veränderte Embryonen haben, und man fragt sich natürlich: Warum transferieren wir bei einer künstlichen Befruchtung dann nicht den normalen Embryo zurück und entwickeln daraus die Schwangerschaften?

Jochen Taupitz: Das heißt, wenn man Ihr Statement auf den Punkt bringt und die vorherige Diskussion: Es gibt nur sehr wenige Fälle, in denen es sinnvoll und ethisch vertretbar ist, aber es gibt die große Gefahr des „Enhancement“. Deswegen müssen wir darüber sprechen, ob diese Technik an der menschlichen Keimbahn angewendet werden darf. Da bin ich mit Eberhard Schockenhoff im Grunde einig. Aber wir wollen ja hier nicht miteinander singen, sondern miteinander diskutieren. Insofern stelle ich einfach einmal eine ketzerische Frage an Eberhard Schockenhoff: Du hast gefragt, wer die moralische Autorität hat festzulegen, was für ein zukünftiges Individuum gut oder schlecht ist. Diese Autorität haben die Eltern, die auch in anderen Zusammenhängen sagen können, was für ihr Kind gut ist. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die Eltern heute für das schon geborene Kind festlegen dürfen, was für ihr Kind gut oder schlecht ist, zum Beispiel welche Ausbildung es zu durchlaufen hat. Sie haben natürlich zum Wohl des Kin-



Brigitte Schlegelberger: „Wenn wir zum Beispiel das Erythropoietin-Gen verändern, schneller laufen können, einen höheren Hämoglobin-Wert haben, dann könnte es ja sein, dass wir Thrombosen bekommen.“

des zu handeln, aber dieses Wohl dürfen sie in einem sehr, sehr großen Umfang selbst definieren. Wo ist nun der kategoriale Unterschied, wenn die Eltern für ein *nicht* geborenes Kind festlegen, was für dieses zukünftige Kind am besten ist?

Michael Sendtner: Das Thema „Enhancement“ ist für den Neurobiologen immer ein schwieriges Thema, weil man nicht genau weiß, welche Gene man modifizieren müsste, um die Intelligenz zu erhöhen. Man ist sogar an anderen Punkten noch wesentlich weiter zurück. Über die Forschung an Stammzellen hat man gelernt, dass nicht nur die DNA-Sequenz als solche, sondern auch die DNA-Struktur eine ganz wichtige Rolle spielt, sodass selbst dann, wenn nur ein einziges Nukleotid verändert wird, in der Folge die Struktur so verändert wird, dass völlig unvorhersehbare Effekte passieren können. Das heißt für den vorgestellten Fall einer seltenen Erkrankung mit zwei betroffenen Eltern mit demselben Gendefekt: Wahrscheinlich würde jeder vernünftige Forscher die Finger davon lassen, weil selbst wenn eine sehr effiziente CRISPR/Cas-Technik zur Verfügung stünde, immer noch unvorhersagbar bleibt, was durch den Eingriff epigenetisch passiert. Es kann sein, dass das Kind unvorhersehbare Schäden hat, die keiner verantworten möchte. Das ist meiner Meinung nach der Grund, weshalb die Anwendung der CRISPR/Cas-Technik, und da sehe ich mich im Konsens mit sehr vielen Forscherkollegen, in den nächsten Jahren, vielleicht sogar Jahrzehnten, für den Eingriff in die Keimbahn überhaupt nicht spruchreif werden wird.

Eberhard Schockenhoff: Ich habe auch ein grundsätzliches ethisches Argument dagegen, dass Eltern das Recht hätten, Eigenschaften ihrer Kinder über genetische Interventionen zu bestimmen, und zwar deshalb, weil dann zwischen Eltern und Kindern, also zwischen den biologischen Erzeugern und den von ihnen gemachten oder erzeugten Men-

schen später keine symmetrische Beziehung bestehen würde. Die einen wären bis in ihre genetische Identität hinein von den anderen gemacht, und das wäre ein Herrschaftsgefälle.

Es ist auch ein Unterschied, ob ich in die genetische Konstitution eines Menschen eingreife, oder ob ich andere für seine Biographie wichtige Vorentscheidungen treffe, zum Beispiel welchen Schultyp er oder sie besuchen soll. Letzteres ist eine grundsätzlich revidierbare Entscheidung. Über den Erziehungsstil der Eltern wird zwar auch für das künftige Kind vorweg bestimmt, aber damit kann es sich kritisch auseinandersetzen, davon kann es sich später, wenn auch in einem schwierigen Prozess, befreien. Hier herrscht keine unaufhebbare Asymmetrie, sondern eine, die mit zunehmendem Alter sich verändert und in eine Beziehung auf Augenhöhe übergeführt werden kann.

Aber das ist eben nicht mehr möglich, wenn Eltern für ihre Kinder eine Vorentscheidung gefällt haben, die deren genetische Disposition betrifft, und die gilt dann ja auch nicht nur für die einmalige Eltern-Kind-Beziehung, sondern betrifft alle Nachkommen in allen weiteren Generationen. Damit wird aber eine Herrschaft der jetzt Geborenen ausgeübt über die Künftigen, und dieses Recht steht niemandem zu.

Brigitte Schlegelberger: Ich wollte zum „Enhancement“ sagen, dass es wenige Genveränderungen gibt, die ausschließlich positive Effekte haben. Wenn wir zum Beispiel daran denken, ein ganz bekanntes Krebs-Gen auszuschalten, TP53, das am allerhäufigsten in menschlichen Tumorzellen verändert ist, dann wäre das natürlich eine wunderbare Sache. Solche Versuche hat es gegeben, im Maus-System. Der Effekt war aber, dass diese Mäuse vorzeitig gealtert sind. Also die Frage: Wollen wir uns vor Krebs schützen, indem wir dann sehr früh altern? Es gibt viele andere Beispiele.

Wenn wir zum Beispiel das Erythropoietin-Gen verändern, schneller laufen können, vielleicht einen höheren Hämoglobin-Wert haben, dann könnte es ja sein, dass wir Thrombosen bekommen. Wie Sie auch gesagt haben, Herr Sendtner, Gene wirken nicht isoliert, sondern in großen regulatorischen Netzwerken.

globin-Wert haben, dann könnte es ja sein, dass wir Thrombosen bekommen. Wie Sie auch gesagt haben, Herr Sendtner, Gene wirken nicht isoliert, sondern in großen regulatorischen Netzwerken.

Florian Schuller: Mal eine kurze Zwischenfrage. Ist das nur mein Vorurteil, wenn ich mir Sorgen mache, warum in China unwahrscheinlich viel in diesem Bereich geforscht wird – in einem Land, das einerseits autoritär regiert wird, und in dem andererseits die Wirtschaft und die wirtschaftliche Wertbarkeit eine große Rolle spielt?

Brigitte Schlegelberger: China ist sehr ehrgeizig, in der Wissenschaft voranzukommen. Natürlich gibt es spektakuläre Ergebnisse, die weltweit diskutiert werden, und es ist ganz sicher auch so, dass man mit dieser Technologie auch wirtschaftlich Erfolg haben kann.

Michael Sendtner: Man muss im Auge behalten, dass China ein sehr großes Land ist. Da gibt es sehr viele unterschiedliche Einstellungen, und auch Wissenschaftler, die sehr unterschiedliche Meinungen vertreten. Man muss aber auch ganz objektiv eingestehen: Die haben diesen Versuch mit ihrer Ethik-Kommission abgesprochen, und zwar durch alle Instanzen, in denen sehr ausführlich diskutiert worden ist. Das war vor ein paar Monaten auch ein Thema in Washington bei einer internationalen Konferenz; dort wurde gesagt, es sei international juristisch dagegen nichts einzuwenden.

Florian Schuller: Aber das ist doch jener Versuch, der von „Nature“ und

„Science“ nicht veröffentlicht worden ist. Dann stellt sich doch die Frage, wie diese Ethik-Kommissionen arbeiten.

Michael Sendtner: Der wirkliche Grund war, dass „Nature“ und „Science“ sagten, was ihr da herausgefunden habt, das wussten wir vorher schon, es ist wissenschaftlich nicht neu; man könnte das Experiment auch mit irgendwelchen Zellen machen, die jedes Labor hat, HEK293-Zellen, damit würde man wahrscheinlich genau dasselbe herausfinden, dazu braucht man keine Embryonen. Aber im Januar dieses Jahres wurde nach sehr langer Debatte in Großbritannien ein Antrag auf ein Projekt zur Forschung an menschlichen Embryonen genehmigt. Es handelt sich um ein Projekt in London am Francis Crick Institute, bei dem die Remodulierung von epigenetischen Strukturen durch CRISPR-Cas untersucht werden soll, und zwar ganz explizit an menschlichen Embryonen. Die Erlaubnis wurde unter sehr strengen Auflagen erteilt, für maximal zehn Tage. Sie wissen ja, dass es in Großbritannien andere Regelungen für die Forschung an menschlichen Embryonen gibt.

Es bleibt ein Zwiespalt in der Wissenschaft, wie das zu bewerten ist. Auch fragt man sich, ob es nicht andere Methoden gibt, mit denen man die gleichen Ergebnisse erzielen könnte. Ich bin mir selbst nicht sicher, welche Antwort richtig ist. Auf der einen Seite ist die Biologie des Menschen wirklich anders als jene von Tieren. Aber vielleicht könnte man, wenn man das Gleiche an Mauszellen oder an Zellen von Primaten untersucht, 95 Prozent der Erkenntnisse auch so gewinnen.



Jochen Taupitz: „Es gibt eine ganze Reihe von Rechtswissenschaftlern, die sagen, dass ein Embryo, der kein Potential hat, sich bis zur Nidation, also bis zur Einnistung im Mutterleib, zu entwickeln, kein taugliches Schutzobjekt des Embryonenschutzgesetzes ist.“



Griff in die Diskussion ein: Prof. Dr. Hermann Hepp, Professor em. für Gynäkologie und Geburtshilfe an der Universität München und langjähriger Direktor der Frauenklinik Großhadern. Professor Hepp war auch viele Jahre Mitglied des Wissenschaftlichen Rates der Akademie.

Jochen Taupitz: Zu Ihrer empörten Frage, Herr Schuller, wie arbeiten diese Ethik-Kommissionen, zwei Bemerkungen. Erstens, in vielen Ländern, auch in vielen zivilisierten Ländern, gibt es eine 14-Tage-Grenze, das heißt, sehr frühe Embryonen dürfen bis zum 14. Tag ihrer Entwicklung für Forschungszwecke verwendet werden. Jene Embryonen, mit denen die chinesischen Forscher gearbeitet haben, hatten diese 14-Tage-Grenze nicht überschritten. Also, auch in England, in Amerika, in vielen anderen westlichen Ländern wären solche Versuche zugelassen gewesen. Und jetzt kommt das für Sie sicherlich Überraschende: Es ist völlig unklar, ob diese Experimente nicht auch in Deutschland erlaubt gewesen wären, weil offen ist, ob diese nicht überlebenden Embryonen, die nach wenigen Tagen biologisch absterben mussten, überhaupt von unserem deutschen Embryonenschutzgesetz geschützt sind.

Es gibt eine ganze Reihe von Rechtswissenschaftlern, die sagen, dass ein Embryo, der kein Potential hat, sich bis zur Nidation, also bis zur Einnistung im Mutterleib, zu entwickeln, kein taugliches Schutzobjekt des Embryonenschutzgesetzes ist. Deswegen sollten wir nicht so empört sein, wenn in anderen Ländern Versuche gemacht werden, bei denen sich uns im ersten Moment zugegebenermaßen die Haare sträuben, aber wenn man die Hintergründe näher kennt, vielleicht doch sagen muss, okay, wenn hier ein wissenschaftlicher Fortschritt erzielt werden kann, dann sollten diese Versuche durchgeführt werden. Ob das wissenschaftlich sinnvoll ist, ist eine ganz andere Frage, zu der ich als Jurist nichts sagen kann.

Florian Schuller: Mir ging es darum, über das große staatliche Interesse nachzudenken, warum gerade in China diese Forschung unwahrscheinlich intensiv vorangetrieben wird.

Eberhard Schockenhoff: Ich möchte doch noch etwas zu dieser 14-Tage-Regelung sagen. Die gilt etwa in England unabhängig davon, ob es sich um Embryonen handelt, die sich bis zur Totipotenz oder Nidationsfähigkeit entwickeln können oder nicht. Dahinter steht die Überlegung, dass, wenn man mit einem menschlichen Embryo geforscht und möglicherweise Effekte erzielt hat, die ihn verändert haben, vielleicht auch in negativer Hinsicht, man sagt, er wird sich aber auf keinen Fall länger als bis zum 14. Tag weiterentwickeln können. Dann scheint das zunächst in ethischer Hinsicht entwarnend zu sein; denn es wird ja später kein erwachsenes Individuum geben, das unter diesen möglicherweise ungewollten Nebeneffekten leiden wird. Das ist richtig.

Aber das eigentliche ethische Bedenken zielt auf das Verfahren selbst, nämlich dass ein Embryo zu einem anderen Zweck erzeugt wurde als dem, mit ihm eine Schwangerschaft einzuleiten, und dass er zu einem fremdnützigen Zweck herangezogen wird. Dieses Bedenken bleibt auch dann bestehen, wenn er im 14. Lebenstag an seiner Weiterentwicklung gehindert wird. Wenn man ernst nimmt, dass er nicht fremdnützig gebraucht werden und nur um seiner eigenen Existenz willen erzeugt werden darf, dann müsste man ihm auf jeden Fall eine Lebenschance geben. Sonst wird er in seiner Selbstzwecklichkeit missachtet.

Jochen Taupitz: In der Tat geht es erst einmal um die grundsätzliche Frage, ob mit sehr frühen Embryonen geforscht werden darf. Nehmen wir zunächst die Embryonen, die zum Zweck der Fortpflanzung erzeugt worden sind, die dann aber, aus welchen Gründen auch immer, nicht für Fortpflanzungszwecke verwen-

det wurden: weil die Frau gestorben ist, weil die Frau gesagt hat, ich will jetzt kein Kind mehr haben, weil die Frau krank geworden ist, oder weil die Embryonen im Rahmen einer Präimplantationsdiagnostik untersucht wurden und man festgestellt hat, dass dieser und jener Embryo genetisch defekt ist, und dann die Frau entscheidet, dass sie sich den Embryo, der einen genetischen Defekt hat, nicht auf sich übertragen lassen will.

Es gibt also eine ganze Reihe von Situationen, in denen Embryonen überzählig sind, weil sie zwar für Fortpflanzungszwecke erzeugt wurden, aber jetzt nicht mehr für diesen Zweck verwendet werden können. In England dürfen diese Embryonen, die, wie man auch sehr plastisch sagen kann, todgeweiht sind, in der Forschung eingesetzt werden. Da stellt sich die Frage, ob diese Embryonen nicht doch bis zum 14. Tag für Forschungszwecke verwendet werden dürfen, anstatt dass man sie nur wegwirft. Das ist die grundlegende Frage. Und dann kommt nachrangig die Frage, ob man denn gezielt Embryonen für Forschungszwecke erzeugen darf.

Michael Sendtner: Ich bin im Konsens mit allem, was bisher gesagt wurde. Die CRISPR/Cas-9-Technik wird sich, was die wissenschaftliche Anwendung am Menschen angeht, in Richtung der somatischen Gentherapie bei ganz ausgewählten Erkrankungen wie der Spinalen Muskelatrophie, vielleicht auch der Mukoviszidose, hinbewegen. Da wird es auch wenige Probleme bei der ethischen Bewertung geben.

Florian Schuller: In dem Punkt war Professor Schockenhoff auch einverstanden, wenn ich das vorhin richtig verstanden habe.

Michael Sendtner: Genau. Ich fand sehr wichtig: Würde man Menschen in der Keimbahn genetisch verändern, wäre das für Generationen später nicht mehr steuerbar. Das trifft aber auch auf andere Anwendungen, zum Beispiel auf die grüne Gentechnik zu. Ich frage mich, ob man bei der ethischen Bewertung solcher Situationen die gleichen Denkschienen verwendet, oder ob man sagt, da ist doch etwas anderes. Das ist eine Frage an den Theologen.

Eberhard Schockenhoff: Das ist eben das Besondere, dass der Mensch ein individuelles Freiheitswesen ist und ein Recht hat, so zu existieren, wie er von sich aus existiert, und nicht durch einen anderen. Auch wenn Eltern lange Zeit Entscheidungen stellvertretend für ihr Kind treffen müssen, tun sie das immer unter dem Vorbehalt, dass das Kind sich später dazu einmal verhalten und diese Entscheidungen gutheißen oder sie in einem gewissen Rahmen autonom revidieren kann. Diese Möglichkeit sehe ich in Gefahr durch Interventionen in die Keimbahn mit dem Ziel einer Verbesserung bestimmter Anlagen, die sich dann auswirken in der menschlichen Lebensform, im Charakter, in den Stimmungen, in den Fähigkeiten, die dieses Kind hat.

Dann müsste es eben existieren mit bestimmten Fähigkeiten, die aus der Sicht seiner Eltern vorzugswürdig waren, während es die Aufgabe eines jeden Menschen ist, sich zu dem zu verhalten, was ihm die biologische Lotterie des Lebens mitgegeben hat. Damit muss er sich zurechtfinden, aus dem muss er das Beste machen. Aber wenn es nun geplante Grenzen sind, die andere gezogen haben, dann richtet sich das gegen die grundlegende Ebenbürtigkeit der Menschen und lässt sich auch nicht mehr korrigieren durch eigene autonome Entscheidungen. Deshalb sehe ich

in der Keimbahnintervention mit dem Ziel einer Verbesserung menschlicher Anlagen ein grundsätzliches ethisches Problem.

Jochen Taupitz: Zwei Bemerkungen: Erstens, noch einmal, ich bin gefühlsmäßig auch gegen ein „Enhancement“ über eine Keimbahnintervention, aber ich habe immer noch Probleme mit der triftigen Begründung und vor allem mit der richtigen Grenzziehung. Wie viele Eltern leben ein Herrschaftsgefälle über ihre Kinder aus! Der despotische Vater will, dass sein Sohn die Firma oder die Anwaltskanzlei übernimmt. Da kann der Sohn in seiner Entwicklung viel mehr geschädigt werden, als wenn durch eine Keimbahnveränderung frühzeitig eine bestimmte genetische Veränderung herbeigeführt wird.

Zweitens bin ich ein wenig überrascht über Sie als Medizinerin und Naturwissenschaftlerin, Frau Schlegelberger, dass Sie so stark auf den Jetzt-Zustand blicken und sagen, wir können jetzt noch nicht erkennen, welche Veränderungen wir herbeiführen. Das mag doch in relativ naher Zukunft ganz anders sein, erst einmal bei monogenen Eingriffen, die also nur auf ein Gen wirken. Da gehen die Fortschritte doch immer weiter. Natürlich wissen wir heute noch nicht, wie das alles zusammenspielt und welche Rolle der Epigenetik zukommt. Aber wir müssen doch in die Zukunft blicken, damit nicht immer wieder der Vorwurf erhoben werden kann, die Ethik und das Recht hinkten der Naturwissenschaft hinterher und die Ethiker und die Juristen würden erst dann, wenn die Naturwissenschaftler eine Technik gefunden haben, aufmerk-

sam und würden sagen: Um Gottes willen, jetzt müssen wir reagieren.

Nein, wir müssen rechtzeitig die Diskussion führen und uns auf den Standpunkt stellen, bei bestimmten genetischen Eingriffen in die Keimbahn sei hinreichend genau prognostizierbar, was sie anrichten. Und dann stellt sich die Frage, sollten wir als Gesellschaft das den Naturwissenschaftlern erlauben oder verbieten. Und über diese Grenzen müssen wir diskutieren, natürlich unter dem Vorbehalt, dass man es erst tut, wenn es sicher prognostizierbar ist.

Brigitte Schlegelberger: Und da kann ich Ihnen nur sagen, dass wir jeden Tag weniger wissen, und die Sicherheit der Vorhersage mit jedem Tag geringer wird, je mehr wir in der Genetik lernen. Das, was ich meinen Studenten vor 20 Jahren völlig klar als monogen erbliche Erkrankung erklärt habe, ist heute längst nicht mehr so gesichert. Denn wir haben Menschen, die den gleichen Gendefekt tragen und trotzdem vollkommen unterschiedliche oder schwere oder weniger schwere Verlaufsformen haben. Es ist eben nicht nur dieser eine Gendefekt, sondern es sind viele zusätzliche Effekte, die eine Rolle spielen und die wir noch lange, lange nicht verstanden haben.

Meine Antwort auf Sie wäre: Das Wichtigste ist, dass wir Wissenschaftler davon abhalten, zu große Heilsversprechen zu machen, mit dem Einbringen dieser oder jener Genvariante würden sie bei Ihrem Kind dies oder jenes bewirken.

Florian Schuller: Kommen wir vom Human-„Enhancement“ zum Pflanzen-„Enhancement“, wie man das auch nen-



Eberhard Schockenhoff: „Das ist eben das Besondere, dass der Mensch ein individuelles Freiheitswesen ist und ein Recht hat, so zu existieren, wie er von sich aus existiert, und nicht durch einen anderen.“



Michael Sendtner: „Würde man Menschen in der Keimbahn genetisch verändern, wäre das für Generationen später nicht mehr steuerbar.“

nen könnte. Gentechnik wird bei uns in Deutschland mit sehr kritischen Augen betrachtet. Was da pflanzentechnisch passiert, kann man das auch als Gentechnik bezeichnen oder ist das etwas grundsätzlich anderes? Wie würden Sie eine „grüne Gen-Schere“ im Vergleich zu dem sehen, was wir bisher diskutiert haben?

Michael Sendtner: Der Begriff Gentechnik ist sehr breit und reicht von der naturwissenschaftlichen Forschung bis beispielsweise zur Gewinnung von Antibiotika aus gentechnisch veränderten Hefen. Da gibt es keine Probleme. Ich habe noch nie gehört, diese Form der Arzneimittelgewinnung müsste verboten werden. Problematisch wird es dann, wenn man Nutzpflanzen gentechnisch verändert, beispielsweise eine gegen Mehltau resistente Weizensorte. Man kann eine solche Pflanze sowohl auf einem konventionellen Weg gewinnen, den wir schon besser kennen, man kann aber auch beim Weizengenom die neue Technik einsetzen. Die Frage bleibt, ob man nicht schon aus Angst vor dem, was passieren könnte, die Forschung, mit der man die Antwort geben kann, verbietet und behindert.

Florian Schuller: Stimmt es, dass die mit der Gen-Schere veränderten Pflanzen nicht mehr von anderen Pflanzen zu unterscheiden sind, im Gegensatz zu bisher gentechnisch veränderten Pflanzen?

Michael Sendtner: Das ist richtig. Die Gen-Schere schneidet ja nur ein einziges oder mehrere Nukleotide heraus; es bleibt keine Spur übrig, an der man erkennen könnte, dass die Zelle oder der behandelte Organismus genetisch verändert ist. Und hier passiert so gar etwas sehr Erstaunliches. Man hat ja schon früher mit ineffizienteren Gen-

Scheren, zum Beispiel TALEN, also von Transkriptionsfaktoren abgeleiteten Proteinen, Pflanzen verändert. Damals sagte das Deutsche Bundesamt für Risikobewertung, diese veränderten Pflanzen seien nicht als gentechnisch verändert anzusehen.

Ich habe mich gewundert, dass damals die Politik nicht sofort reagiert hat. Es wurde zur Kenntnis genommen, und kaum ein Mensch hat darüber gesprochen. Das würde bedeuten, wenn diese konsequente Haltung weiter eingehalten wird, dass es aufgrund unserer Gesetzgebung kein Problem gibt, die Technik bei Pflanzen und Tieren zu verwenden.

Florian Schuller: Ich vermute, Sie, Professor Taupitz, haben da auch kein Problem.

Jochen Taupitz: Doch, ich habe ein Problem damit, denn hier wird eine Pflanze gentechnisch verändert, aber das gilt nicht als gentechnische Veränderung im Sinne des Gentechnikrechts. Das wird bisher nicht reguliert, es gibt keine Kennzeichnung für die Verbraucher. Die Politiker sind allerdings schon aufmerksam geworden, und auf europäischer Ebene wird intensiv darüber nachgedacht, wie man das Gentechnikrecht auf eine neue Basis stellen kann, indem man nicht mehr danach schaut, ob eine Fremd-DNA in die Pflanze eingeführt wurde, sondern indem man auf das Ergebnis blickt und fragt: Ist das wirklich gefährlich, was jetzt entstanden ist?

Was hat man nämlich herkömmlich gemacht? Man hat Pflanzen mit Röntgenstrahlen bestrahlt, dabei sind Mutationen entstanden, und dann hat man geschaut, ob diese Mutationen positiv oder negativ sind. Waren sie negativ, hat man die Pflanzen weggeworfen, und die positiven hat man weitergezüchtet, frei

nach dem Prinzip „trial and error“. Zum Beispiel sind die Nektarinen, die wir alle essen, durch eine solche Methode entstanden: Pfirsiche wurden mit anderer DNA versehen, sodass sie jetzt nicht mehr diese pelzige Haut haben.

Durch die neuen Verfahren kommt jetzt eben das Problem, dass die herkömmlichen Züchtungsverfahren vom Gentechnikrecht nicht verboten werden sollten. Nur, wenn eine künstliche Veränderung nachweisbar ist, indem fremde DNA eingeführt wurde, dann ist das des Teufels, muss gekennzeichnet und darf nicht freigesetzt werden. Diese Position wird man in Zukunft verändern und stärker auf die Risiken abstellen müssen. Dann stellt sich aber die große Frage: Wer muss jetzt eigentlich was nachweisen? Muss der Produzent nachweisen, dass seine Tomaten, die er gentechnisch verändert hergestellt hat, gesund sind für die Verbraucher, oder muss irgendjemand dem Pflanzenzüchter nachweisen, dass das, was er erzielt hat, doch risikoreich, möglicherweise krebs-erzeugend ist? Es gibt mittlerweile in Amerika durch CRISPR/Cas hergestellte Pilze, die nicht mehr braun werden im Laufe der Zeit.

Eberhard Schockenhoff: Die Diskussion über die grüne Gentechnik verläuft in Deutschland genau spiegelbildlich umgekehrt zu der über die rote Gentechnik. Die Hoffnungen bei der roten Gentechnik, die Gesundheit zu erhalten und zu fördern, Krankheiten zu vermeiden zu können, schlagen bei der grünen Gentechnik manchmal in etwas unkontrollierte Ängste um. Grundsätzlich ist grüne Gentechnik kein Teufelswerk, genauso wenig wie die rote Gentechnik. Die Frage ist, ob der hohe Standard an Nahrungsmittelsicherheit in Deutschland, auch im Vergleich mit anderen Ländern, erhaltenswert ist. Diesen Anspruch sollten wir schon haben. Man muss möglicherweise die Kennzeichnungspflicht verändern, damit der Verbraucher selber eine Entscheidung fällen kann. Bisher hat man ja gesagt, man kann nicht

marginale Spurenelemente an gentechnisch veränderten Anteilen an der Nahrung in die Kennzeichnungspflicht aufnehmen.

Ich persönlich habe an dem Punkt keine so furchtbar große Angst. Ich würde auch ein gentechnisch verändertes Nahrungsmittel zu mir nehmen. Mir wäre es wichtiger, dass es geschmackvoll ist. Das heißt aber nicht, dass ich völlige ethische Entwarnung gebe. Die eigentlichen ethischen Probleme der grünen Gentechnik sind einmal die Patente, und dann gibt es immer wieder das Argument, dass man ohne grüne Gentechnik die Nahrungsmittelversorgung einer wachsenden Weltbevölkerung nicht sicherstellen könnte. Aber gleichzeitig führt dies zu einer Abhängigkeit von den großen, weltweit agierenden Nahrungsmittelkonzernen, und die lokalen Erzeugerbetriebe vor Ort, die bislang mit Subsistenzwirtschaft durchaus existieren können, verlieren ihre Existenzbasis.

Das ist unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten ein erhebliches ethisches Gegenargument. Man kann eben die Welt-ernährung nicht nur als ein technisches Erzeugerproblem begreifen: Sie ist vielmehr auch Frage der sozialen Strukturen und einer gerechten Gesellschaft. Das ist ein größeres ethisches Problem als die Frage, die wir in Deutschland etwas angstbesetzt diskutieren.

Brigitte Schlegelberger: Absolut richtig. Ich würde die grüne Gentechnik genau an diesen Punkten diskutieren. Zum Beispiel, wenn man sieht, dass – im Fall Monsanto – man mit gentechnisch verändertem Mais zusätzlich auch noch das entsprechende Pestizid einkaufen muss. Umgekehrt gibt es aber viele gute Anwendungen, und durchaus auch in der Dritten Welt, in Kenia zum Beispiel, kümmern sich große Institutionen um die Entwicklung neuer, gentechnisch modifizierter Pflanzen.

Florian Schuller: Wir danken für das Gespräch. □

Richtigstellung

In der Ausgabe 7/2016 unserer Zeitschrift „zur Debatte“ haben wir auf den Seiten 37 ff. den Vortrag von Professor Dr. Michael-Thomas Liske, „Zu Leibniz' religionsphilosophischem Ansatz“, abgedruckt, den er anlässlich unserer Veranstaltung zum 300. Todestag von Gottfried Wilhelm Leibniz am 10. November 2016 gehalten hat.

Mit großem Bedauern haben wir festgestellt, dass durch die Bearbeitung durch die Redaktion Fehler in das Manuskript gerieten. Dafür entschuldigen wir uns bei Herrn Professor Liske sowie bei allen unseren Leserinnen und Lesern. Im Nachfolgenden finden Sie nun die korrekten Formulierungen:

Auf Seite 38 heißt der erste Satz im dritten Absatz, erste Spalte, richtig: „Leibniz' Argument besagt im Kern: Wenn es um die Letztbegründung der gesamten Abfolge der kontingenten

Dinge, ihren Ursprung aus der Wurzel („*originatio radicalis*“) geht, wenn also zu klären ist, warum überhaupt etwas und nicht vielmehr nichts existiert, dann lässt sich als Grundlage der Erklärung kein wirklich Seiendes ansetzen – eine *Petitio principii*, sondern nur Mögliches.“

Der vorletzte Satz im ersten Abschnitt der zweiten Spalte muss korrekt lauten: „Das Notwendige ist nämlich als das definiert, das **nicht nicht-sein** kann, zu dem alle Alternativen ausgeschlossen sind.“

Entsprechend muss so auch das blau kursivierte Textzitat auf der gleichen Seite lauten.

Und das griechische Wort auf Seite 40, rechte Spalte, lautet korrekt: *δημιουργός*.

Glaube und Atheismus

450 interessierte Menschen kamen am Montag, 24. Oktober 2016, in die Katholische Akademie Bayern zur Veranstaltung „Glaube und Atheismus“ und konnten einer interessanten Diskussion zwischen zwei tiefgläubigen Menschen und einem dezidierten Atheisten folgen. Das Gespräch zwischen P. Dr. Anselm Grün OSB, Prof. Dr. Tomáš Halík und Dr. Dr. Joachim

Kahl moderierte Akademiedirektor Dr. Florian Schuller, der auch eine kurze Einführung vorausschickte. In der Mediathek der Katholischen Akademie Bayern finden Sie unter <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/video/glaube-und-atheismus.html> ein kurzes Video mit den wichtigsten Statements.

Einleitung

2015 machte ein historischer Roman Furore, der letzte Band einer Trilogie über den römischen Politiker, Redner, Philosophen Marcus Tullius Cicero. Robert Harris, einer der großen Erfolgsautoren unserer Zeit, stellte seinem Werk ein Zitat Gustav Flauberts voran: „Gerade als die Götter schon nicht mehr waren und Christus noch nicht gekommen, gab es diesen einzigartigen Augenblick in der Geschichte von Cicero bis Marc Aurel, da stand der Mensch allein. Nirgends sonst finde ich diese besondere Majestät.“

Dieser Satz lässt mich nicht los. Vielleicht zeigt sich heute eine ähnliche Situation, allerdings mit vertauschten Rollen. Um sie zu verdeutlichen, greift zum Beispiel der Schweizer Schriftsteller Thomas Hürlimann den antiken Schreckensruf auf: „Der alte Pan ist tot“ und wendet ihn auf unsere christliche Geschichte. Was aber kommen wird in der kulturell-religiösen Mehrheitsprägung der westlichen Gesellschaften, das wissen wir noch nicht. In solcher Zwischenphase – nicht mehr und noch nicht –, da stand der Mensch allein, meinte Flaubert zu den circa hundert Jahren im Kreis um Christi Geburt. Auch heute steht der Mensch allein. Der christlich Glaubende muss sich immer neu seiner Position vergewissern, im zeitgenössischen Hexenkessel der Relativierung aller Überzeugungen, Weltanschauungen, Philosophien, Glaubensrichtungen, Religionen, genauso wie alle anders Glaubenden und wie alle Nichtglaubenden. Nirgends sonst finde ich diese besondere Majestät, rühmte Flaubert jene Epoche. Es ist die besondere Majestät, die auch unser leidenschaftliches Suchen nach der Wahrheit von Welt und Mensch und Gott auszeichnet.

Deshalb ist der heutige Abend mit seinem Thema nicht einer unter vielen, sondern es geht um den Kern unserer Existenz, um dessen Deutung und Sinn. Ich freue mich über die Zusagen der drei Gesprächspartner auf dem Podium. In diesem Jahr hat der Vier-Türme-Verlag der Abtei Münsterschwarzach das Buch herausgebracht „Gott los werden. Wenn Glaube und Unglaube sich umarmen“. Die Idee dazu hatte Winfried Nonhoff, ich begrüße Sie sehr herzlich und mit Ihnen Bruder Linus, den Verlagsleiter aus Münsterschwarzach. Winfried Nonhoff hatte die Idee, zwei, um es einmal so zu sagen, Großkaliber theologisch-spirituelle Literatur für einen Austausch zusammenzuführen, Pater Anselm Grün und Professor Tomáš Halík.

Die Grundidee des Buches „Gott los werden. Wenn Glaube und Unglaube sich umarmen“ wollen wir am heutigen Abend weiterführen, und zwar durch den Dialog auch mit einem entschiedenen Vertreter des Nichtglaubens. Und für diesen Part haben wir Dr. Joachim Kahl eingeladen. Seine Position wird wohl am besten deutlich durch zwei seiner Bücher: Bekannt wurde er durch sein programmatisches Jugendwerk von 1968 aus linksstudentisch bewegten Zeiten „Das Elend des Christentums: oder, Plädoyer für eine Humanität ohne Gott“. Es folgte 2005: „Weltlicher Humanismus. Eine Philosophie für unsere Zeit“.

Florian Schuller: Pater Anselm, in der „Regula Sancti Benedicti“ steht unter der Nummer 72: „Die Mönche sollen ihre körperlichen und charakterlichen Schwächen mit unerschöpflicher Geduld ertragen.“ Und unter der Nummer 27: „Der Abt sei sich bewusst, dass er die Sorge für gebrechliche Menschen übernommen hat, nicht die Gewaltherrschaft über Gesunde.“ Wie gesund und stark, oder wie gebrechlich war Ihr Glaube, als Sie ins Kloster eingetreten sind, und welchen gesunden Glauben erwarteten der Abt oder Novizenmeister beziehungsweise welchen gebrechlichen akzeptierten sie?

P. Anselm: Als ich eingetreten bin mit 19 Jahren, war ich natürlich begeistert und voller Euphorie. Ich wollte in die Mission, nach Asien. Und erst im Studium und danach kamen persönliche Krisen. Da musste ich überlegen: Warum bleibe ich, ist dafür mein Glaube eine stabile Grundlage? Aber ich habe mich durchgerungen – es sind ja viele damals ausgetreten –, eben nicht, weil es bequemer war, sondern weil ich das Gefühl hatte, das stimmt für mich, das hält mich lebendig. Auch heute ist der Glaube für mich immer wieder eine neue Frage: Was glaube ich wirklich, was trägt mich wirklich? Ich lebe den Glauben, aber hinterfrage ihn natürlich immer wieder.

Florian Schuller: War Ihr Glaube damals beim Eintritt stärker oder schwächer, als er jetzt ist?

P. Anselm: Damals war er ohne Zweifel. Heute ist er mit Zweifeln durchtränkt, aber die Zweifel klären ihn und machen ihn menschlicher.

Florian Schuller: Dr. Kahl, für Sie habe ich ein Zitat von Günther Anders: „Die neue jugoslawische Putzfrau, zum ersten Mal meine kleine Bibliothek erblickend: ‚So viel Buch!‘ Sie schlug die Hände über dem Kopf zusammen. ‚Du

nicht glauben Gott!‘. Jedes Buch war in ihren Augen vermutlich eine Gegen-Bibel, mindestens eine Nicht-Bibel.“ Sie haben Evangelische Theologie studiert, sind dann nach der Promotion aus der Kirche ausgetreten. Waren dafür zunächst eher intellektuelle Gründe ausschlaggebend?

Joachim Kahl: So ist es. Ich bin durch mein Theologiestudium Atheist geworden. Ich entstamme einem liberalprotestantischen Elternhaus aus Köln, wollte mit aller Redlichkeit, vermutlich ähnlich motiviert wie meine Nachbarn auf dem Podium, das Evangelium verkünden.

Florian Schuller: Aber protestantisch und Köln ist ja sowieso schon ein Gegensatz ...

Joachim Kahl: ... zwar kein Gegensatz, aber doch eine Diaspora-Situation. Ich habe dann nach allen Regeln der akademischen Theologie studiert, in Bonn, in Zürich und vor allem in Marburg, wo ich noch Rudolf Bultmann erlebt habe, und bin dann doch durch das tiefe Eindringen in die Eingeweide der christlichen Religion zu der Erkenntnis gekommen, an der ich seither auch nicht mehr gezweifelt habe, dass das Christentum bodenlos, substanzlos, gehaltlos ist, und dass es sich nicht lohnt, sein Leben intellektuell oder gar noch mehr dieser Botschaft zu widmen. So war es, ohne große Probleme mit kirchlicher Obrigkeit, kein Zölibatsproblem, keine sonstigen Konflikte, sondern durch eigenes intellektuelles Eindringen, freilich motiviert auch durch Kommilitonen, die weiter waren als ich.

Florian Schuller: Professor Halík, Sie entstammen einer großbürgerlichen Prager Intellektuellenfamilie, sind zwar als Kind getauft worden, wurden aber erst im Untergrund während der kommunistischen Zeit zu einem überzeugten



Akademiedirektor Dr. Florian Schuller (2. v. l.) moderierte das Gespräch zwischen Prof. Dr. Tomáš Halík, Dr. Dr. Joachim Kahl und P. Dr. Anselm Grün OSB (v. l. n. r.).



Joachim Kahl: „Ich habe mich abgefunden mit der antiken vor- und außerchristlichen stoisch-epikureischen Einsicht, dass wir Sterbliche sind.“

Christen, erhielten in Erfurt geheim die Priesterweihe. Aus der Zeit meines Studiums habe ich noch ein Buch mit vielen Anstreichungen, und zwar von Karl Kosík: „Die Dialektik des Konkreten“. Sie sind ihm, dem Vertreter eines „Marxismus mit menschlichem Antlitz“, noch als Kollegen an der Prager Karlsuniversität begegnet, als er nach 1989 wieder Vorlesungen halten durfte. Aus seinem Buch ein Zitat: „Der Glaube an transzendente Werte von überhistorischem Charakter ist ein Zeichen dafür, dass

die konkreten Werte aus der realen Welt verschwunden sind, dass die Welt entleert und entwertet worden ist.“ Professor Halík, welche konkreten Werte waren aus Ihrer Welt verschwunden, dass die transzendenten an Bedeutung gewinnen konnten?

Tomáš Halík: Es freut mich zunächst, dass Professor Kahl ein protestantischer Atheist ist. Ein Freund von mir wohnte einmal in Irland bei einer Familie, und beim Abendessen hat ihn der Vater ge-

fragt: Sind Sie ein Protestant oder ein Katholik? Er sagte, nein, nichts, ich bin Atheist. Es gab ein langes Schweigen, und dann kam die Frage: Sind Sie ein katholischer Atheist oder ein protestantischer Atheist?

Zur Frage. Ja, Kosík war einer von meinen Lehrern. Ich bin überzeugt, dass das Christentum gerade Annahme des Konkreten ist, also der Menschlichkeit, weil Gott sich in der Menschlichkeit Christi darstellt, und auch in unserer Menschlichkeit. Ja, das ist etwas, ganz konkret. Das ist der Sinn der historischen konkreten leiblichen Inkarnation.

Florian Schuller: P. Anselm, wie kommt man auf die Idee, ein Buch mit dem Untertitel zu schreiben „Wo Glaube und Unglaube sich umarmen“?

P. Anselm: Aus der eigenen Erfahrung gehören Glaube und Zweifel oder auch Glaube und Unglaube zusammen. Jeder Mensch hat immer zwei Pole. Ich komme von der Jung'schen Psychologie, und der spricht ja immer von Polarität. Wenn ich den Unglauben umarme, zulasse, dann reinigt er den Glauben. Dann ist er eine Herausforderung, immer wieder zu fragen: Was glaube ich denn wirklich, was meine ich, wenn ich von Gott spreche, was ist das Geheimnis von Menschwerdung? Der Unglaube ist die Herausforderung, den Glauben in immer neuen Bildern zu bringen. Und: Der Unglaube macht mich toleranter, weil ich dann auch den anderen verstehen kann. Der Ungläubige spricht eine Seite in mir an, die ich mit ihm gemeinsam habe, aber ich werde natürlich auch den Ungläubigen in Frage stellen.

Tomáš Halík: Auch wir Gläubige sind manchmal mit dem Geheimnis Gottes, mit seiner Verborgenheit und seinem Schweigen konfrontiert. Für viele Athe-

isten gilt das Schweigen Gottes als Beweis für die Nicht-Existenz Gottes. Aber die Erfahrung mit der Verborgenheit Gottes bedeutet für uns Gläubigen die Prüfung der Geduld und braucht Einfühlung in diese stille Musik des Schweigens Gottes. Für mich sind Glauben, Hoffnung und Liebe drei Wege, wie man sich mit diesem Schweigen Gottes konfrontieren kann.

Ich habe einmal geschrieben, dass Nietzsche und die Heilige Theresia von Lisieux in gewissem Sinne geistliche Zwillinge sind. Beide waren konfrontiert mit der Verborgenheit Gottes, und beide haben „Nein“ gesagt zu einer oberflächlichen, süßen Frömmigkeit des 19. Jahrhunderts. Viele Menschen wie Theresia von Lisieux und andere, auch Mutter Teresa, haben diese Nacht des Glaubens erfahren. Dieses Stück des Weges ist sehr wichtig für das Reifen des Glaubens. Wenn man nicht mit diesem Karfreitag des Glaubens konfrontiert wird, ist der Glaube oberflächlich, dann kann man nicht wirklich die Auferstehung verstehen. Diesen Typ von „Atheismus“ können wir als eine religiöse Erfahrung interpretieren und ernst nehmen, ihn umarmen und integrieren in unseren Weg des Glaubens. Solchen Atheisten sagen wir, auch wir kennen diese Momente, sie sind ein Stück der Geschichte des Evangeliums. Aber für uns ist das nicht das Ende, der Weg geht weiter.

Florian Schuller: Dr. Kahl, wollen Sie sich vom Glauben umarmen lassen?

Joachim Kahl: Nein. Ich finde diesen Untertitel unmöglich. Der Haupttitel, da kann man drüber reden, „Gott los werden“, obwohl diese Frage aus meiner Sicht gegenstandslos ist, denn wir sind ohnehin alle Gott los, weil es ihn nicht gibt. Aber wenn Glaube und Unglaube sich umarmen, ist das im Grunde nur eine innerreligiöse Position. Korrekt aus meiner Sicht wäre die Formulierung: Wenn Glaube und Unglaube sich begegnen. Aber ich will nicht von einem Gläubigen virtuell oder real umarmt werden, wobei ich den Glaubens- und Unglaubensbegriff ohnehin für gegenstandslos halte. Mein reflektierter Blick, der sich aus vielen Quellen der abendländischen und auch asiatischen Tradition speist, lässt sich nicht auf diese Alternative reduzieren, sondern steht oberhalb ihrer. Klar, im Einzelfall stehe ich auf der Seite der Ungläubigen, aber nur, weil mir diese Begrifflichkeit oktroyiert wird.

Noch ein Wort zum tschechischen Kontrahenten und seinem Bonmot „katholischer oder evangelischer Atheist“. Das ist witzig und tief sinnig zugleich, es gibt tatsächlich auch, religionssoziologisch untersucht, diese Unterscheidung. Ich bin in der Tat ein klassisch exprotestantischer Atheist. Denn ich bin nicht ekklesiogen geschädigt, ich habe in Köln in einem liberalen Milieu den Protestantismus der 1950er und 1960er Jahre kennengelernt, auch mit Distanz zur übermächtigen katholischen Kirche. Insofern ist das also eine gute Formulierung.

Florian Schuller: Dr. Kahl findet den Titel unmöglich. P. Anselm, Professor Halík, wenn Sie vom Atheismus im Glauben sprechen, setzen sie da Zweifel und Atheismus oder Nichtwissen und Atheismus gleich? Wir müssen wohl noch genauer bestimmen: Was ist Zweifel, was ist Atheismus, was ist eine „theologia negativa“, also die große Tradition christlicher Überlieferung, dass wir vor dem Geheimnis Gottes stehen, dass Gott „mysterium strictissime dictum“ ist?

P. Anselm: Glaube ist Deutung des Lebens, und ich kann die Deutung mit Gott oder ohne Gott machen. Die Deutung hat aber immer eine Geschichte, und ich muss mich auch als Atheist



Rund 450 Interessierte waren am Abend zur Diskussion zwischen Glaube und Unglaube in die Akademie gekommen.



Tomáš Halík: „Glaube und Zweifel, kritische Fragen, sind zwei Schwestern. Glaube ohne kritische Fragen kann zum Fanatismus werden.“

fragen: Warum deute ich die Wirklichkeit so? Für mich ist Glauben eine Deutung, die dem Menschen gut tut, mit der ich das Geheimnis meines Menschseins leben kann. Wenn Sie von Unglauben sprechen und den Glauben als obsolet bezeichnen, dann frage ich: Was verstehen Sie unter Glauben? Wir sprechen ja ständig von Glauben oder Nichtglauben: Ich glaube dem Menschen, ich traue dem Menschen, ich traue dem Leben.

Tomáš Halík: Es gibt viele Arten und Weisen des Atheismus ebenso wie Arten und Weisen des Glaubens. Aber für mich ist Atheismus nicht ein Gegenteil des Glaubens oder ein Gegner Gottes, sondern Gegner eines gewissen Typs von Theismus. Theismus ist eine menschliche theologische Interpretation. Wir können über Gott nur in einer menschlichen Sprache sprechen, voll von Symbolen und Paradoxen, und das ist eine geschichtlich begrenzte und kulturell begrenzte Sprache. Wenn Atheismus eine kritische Korrektur dieser zu menschlichen Sprache ist, hilft uns das, in die Tiefe zu gehen, und dann sind wir in der Nähe der negativen Theologie, für mich die tiefste Tradition im Christentum.

Das Gegenteil des Glaubens ist für mich Idolatrie, eine Absolutierung des Relativen. Ich stehe nur im Kampf gegen den Atheismus, der sich selbst verabsolutiert, wenn er eine Ersatzreligion wird wie der marxistische Atheismus. Dazu muss der Glaube „Nein“ sagen. Aber wenn der Atheismus eine kritische Reinigung von allzu menschlichen Vorstellungen über Gott wird, kann er ein sehr guter und wichtiger Partner für den Glauben sein. Zum Beispiel ist die Theologie des Kreuzes von Martin Luther auch eine Reflexion dieser Nacht des Glaubens. Der Katholizismus hatte immer die Kraft der Integration; deshalb möchte ich auch das Stück der Wahrheit im Atheismus integrieren. Ich verstehe, dass der Atheist damit nicht ganz zufrieden ist.

Joachim Kahl: Ich finde in Ihrem Buch auch schade, dass nur auf Friedrich Nietzsche und den berühmten Text vom „tollen Menschen“, Gott sei tot, Bezug genommen wird. Gott ist nicht tot. Er hat nie gelebt. Wenn Sie nur vom Schweigen Gottes reden, so ist das aus meiner Sicht eine Beschönigung, sozusagen nur ein Trick, sich die Nichtexistenz Gottes irgendwie zurechtzulegen.

Ich hätte in einem Buch über Atheismus einen anderen Text gewählt, nämlich Jean Pauls „Rede des toten Christus vom Weltgebäude herab, dass kein Gott sei“. Dieser Text ist ebenso genial, aber viel treffender als der Text Friedrich Nietzsches, der behauptet, wir hätten Gott getötet. Aber das setzt ja voraus, er hätte einmal gelebt. Eine atheistische Position ist die, da oben gab es nie einen Thron, und da hat auch nie ein Gott draufgesessen. Das hat Friedrich Nietzsche sich nur so zurechtgelegt, wie Lou Andreas-Salomé bissig formulierte: Er hat Gott vom Thron entfernt, damit er sich selber auf diesen Thron Gottes, den vermeintlichen, setzen konnte.

Insofern also: Das Buch ist aus meiner Sicht nicht wirklich weiterführend. Es ist für eine bestimmte innerchristliche, innerkatholische Debatte vielleicht hilfreich, aber auch nur deshalb, weil hier der eigene Zweifel in eine heilsfördernde Position gerückt wird. Ich zweifle übrigens, seit ich Atheist geworden bin, nicht wirklich fundamental an dieser Position. Ich sage freilich, es gibt das agnostische Element darin. Die atheistische Position ist eine notwendige Hypothese metaphysischer Art. Sie kann nie bewiesen werden, wie Gott auch umgekehrt nicht bewiesen werden kann.

Florian Schuller: P. Anselm, Sie sind sehr aktiv in der spirituellen Begleitung von Menschen. Rennen Sie da ins offene Messer von Dr. Kahl, dass der Glaube etwas ist, was Menschen gut tut, auch wenn es ihn nicht gibt?

P. Anselm: Wenn ich sage, Gott gibt es nicht, bleibt die Frage: Welchen Gott gibt es nicht? Wenn Sie sagen, der Thron Gottes ist leer, dann haben Sie ein ganz bestimmtes Bild von Gott, ein zu konkretes. Für Karl Rahner ist Gott absolutes Geheimnis; auch für einen Atheisten gibt es ein Geheimnis, das uns umgibt. Ich sehe es wie Tomáš Halík, dass der Atheismus die Gottesbilder zerbricht. Wir brauchen natürlich Bilder, weil wir ohne Bilder nicht über Gott sprechen können, aber zugleich müssen wir wissen, dass Gott jenseits aller Bilder ist. Diese Offenheit gehört zu jedem Menschen.

Wenn ich Menschen begleite, und sie sagen, sie könnten nicht an Gott glauben, frage ich immer, an welchen Gott nicht, oder an welche Sätze des Glaubensbekenntnisses nicht. Denn die Dogmatik ist

die Kunst, das Geheimnis offen zu halten. Allerdings gibt es auch Christen, für die alles klar ist. Das ist mir oft zu plakativ und selbstherrlich. Das ist manchmal eine Flucht in die Grandiosität, wenn ich so von Gott schwärme, um der Realität aus dem Weg zu gehen. Da ist der Atheismus eine ständige Anfrage, Gott mitten im Alltag zu suchen.

Florian Schuller: Professor Halík, wie gehen Sie mit der Position um, dass es eine Ausflucht sei, den Atheismus nur als eine Ablehnung von bestimmten Vorstellungen Gottes, aber nicht von dessen Existenz zu verstehen? Also mit der Radikalität der Aussage, es gibt Gott nicht, egal, welche Bilder ich mir von Gott mache?

Tomáš Halík: Wenn ein Atheist meint, Gott sei eine metaphysische Hypothese, eine naturwissenschaftliche Hypothese oder ein Gegenstand zwischen anderen Gegenständen, dann stimme ich dem ganz zu und sage, ja, dieser Gott existiert wirklich nicht. Ich glaube nicht an einen Gott, der von einem Atheisten verneint werden kann. Negiert werden kann nur ein Gott, der ein Gegenstand ist. Gott aber ist für mich absolutes Geheimnis, Tiefe des Lebens, Tiefe des Seins, und darüber kann ich nicht sagen, das existiere nicht. Leben hat Tiefe, Wirklichkeit hat Tiefe, und es geht um die Interpretation dieser Tiefe. Ist das etwas Anonymes, oder kann ich es ansprechen, kann ich mit ihm im Gebet kommunizieren?

Möglich ist es allerdings, eine existentielle Hypothese aufzustellen, mit ihr zu leben. Denn wir könnten versuchen, so zu leben, als ob es Gott gäbe. Das können wir anbieten, auch den Leuten, die nicht wissen, ob Gott existiert oder nicht. Auch diese Sehnsucht nach Gott bringt uns dem Geheimnis näher. Ich weiß nicht, aber ich habe Durst nach etwas. In diesem Durst ist man vielleicht offener für das Geheimnis als jemand, der ganz sicher ist, es gibt so etwas wie Gott. Meister Eckart hat gesagt: Den Gott, den es gibt, den gibt es nicht. Und Bonhoeffer hat das auch wiederholt.

Florian Schuller: Sie, Professor Halík, haben von der Sehnsucht gesprochen, die nicht stillbar ist, die wach bleibt, von dieser Sehnsucht nach dem ganz Anderen.

Sie, Dr. Kahl, haben vorhin gerade gesagt, Sie seien sich ihrer atheistischen Position ziemlich sicher. Ist das wirklich so, dass Sie nie an Ihrem Atheismus gezweifelt haben? Und wohin geht Ihre Sehnsucht des Lebens, die ganz tiefe Sehnsucht?

Joachim Kahl: Also, es gibt die Ursehnsucht, aber sie muss sich nicht auf Gott, wie auch immer man ihn verstehen und deuten mag, beziehen, sondern ist adressatenlos, wie es auch Dankbarkeit gibt, die adressatenlos ist. Ich habe allmählich zu leben gelernt, dass man Dinge nicht unbedingt auf ein übermenschliches Du zurückführen müsse. Ich habe zum Beispiel diese Sehnsucht, unsterblich zu sein, nicht mehr. Ich habe mich abgefunden mit der antiken vor- und außerchristlichen stoisch-epikureischen Einsicht, dass wir Sterbliche sind. Und es ist ein metaphysischer Größenwahn, sich anzumaßen, wir müssten unbedingt ewig leben. Weit gefehlt. Die Kunst des Lebens besteht darin, die kurze Frist, die wir haben, auszufüllen mit sinnvollen Tätigkeiten, wobei ich davon ausgehe, dass die Welt als ganze sinnlos ist – sinnlos ist nicht gleich sinnlos oder absurd –, dass aber die Aufgabe von uns Menschen darin besteht, sie mit Sinn zu füllen, soweit das menschenmöglich ist. Und da benutze ich gerne den Begriff der Sinninsel. Aber dazu brauche ich keine Ewigkeit. Diese Veranstaltung heute Abend, das sei in aller Dankbarkeit gesagt, ist eine hochsinnvolle Veranstaltung, eine Sinninsel in einer sonst so sinnwidrigen kulturellen Landschaft.

Florian Schuller: P. Anselm, eine adressatenlose Sehnsucht oder eine adressatenlose Dankbarkeit im Leben, der begegnen Sie sicher sehr häufig bei der geistlichen Begleitung.

P. Anselm: Zunächst möchte ich noch einmal den Gedanken von Tomáš Halík aufgreifen: Schon Thomas von Aquin sagt, Gott ist kein „ens“, kein Seiendes, sondern „esse“, Sein. Das ist etwas anderes als wenn ich sage: Gott gibt es, Gott ist etwas Seiendes; denn dann kommt die Frage: Wie interpretiere ich das Seiende?

Die Sache mit der Dankbarkeit: In dieser Haltung steckt aber schon auch die Frage: Wem bin ich dankbar?



P. Anselm Grün: „Für mich ist nicht die Frage entscheidend, ob jemand gläubig oder ungläubig ist, sondern ob er offen ist für etwas, das größer ist als er.“



Die Veranstaltung fand auch sehr großes mediales Interesse. Hier interviewt Georg Walser vom Sankt-Michaelsbund Professor Tomáš Halík für die Münchner Kirchennachrichten.

Adressatenlos kann ich mir Dankbarkeit nicht vorstellen. Natürlich, als Adressaten dürfen wir uns nicht immer diesen Gott als Du so vorstellen, als ob das jemand wäre, den wir genau sehen können.

Zum Thema ewiges Leben: Ich halte es da immer mit Jung, der sagt: Als Psychologe kann ich sowieso nicht beweisen, ob es ein Leben im Tod gibt oder nach dem Tod, ob es eine Vollendung gibt. Aber als Psychologe weiß ich um die Weisheit der Seele, und als Psychologe weiß ich, wenn ich gegen die Weisheit der Seele verstoße, werde ich ruhelos, rastlos. Deswegen traut er der Weisheit. Natürlich kann man sagen: Die Weisheit der Seele ist ein Trick der Seele, um zu überleben. Aber ich traue auch der Weisheit der Seele, und denke, die Seele weiß darum, dass es etwas gibt, was mehr ist als der Mensch, und dass der Tod nicht einfach nur ein Aus ist, sondern dass wir eine Ahnung haben. Jung meint ja, ab der Lebensmitte bleibt nur der lebendig, der zu sterben bereit ist,

der den Tod auch als ein Ziel sieht. Das ist für ihn auch psychologisch durchaus heilsam.

Tomáš Halík: Eine meiner Bekannten erzählte mir einmal, dass sie in der Nacht nach der Geburt ihres ersten Kindes eine spezielle Erfahrung hatte. Das Kind ist neues Leben, und sie wollte Dank sagen, aber wem? Dem Ehemann oder dem Chef der Geburtsklinik oder „Mutter Natur“? Das war ihre anonyme Dankbarkeit. Sie war damals noch Atheistin, aber die innere Notwendigkeit, zu danken, Dankbarkeit zu äußern, war ihr erstes Gebet. Für mich heißt im Glauben leben, im Dialog leben. Wirklicher Unglaube ist eine monologische Existenz, ohne „Du“, ohne ein unbegrenztes Du. Für mich heißt Glauben, dass auch die Erfahrungen meines Lebens eine Sprache Gottes sind, und dass die Erfahrungen meines Lebens, also die Ereignisse, etwas Tieferes in sich haben: einen Impuls zum Nachdenken, zum Denken, oder eine Warnung. Und das braucht

auch meine Antwort. Ich höre und will antworten. Dieser Dialog ist für mich Gebet, nicht nur eine Rezitation. Leben ist dialogische Erfahrung. Glaube ist für mich dialogische Existenz. Allerdings nicht mit jemandem, der hinter den Kulissen der Natur und der Welt sitzt. Aber er ist eine Tiefe des Lebens, ein Kern des Lebens, und er äußert sich in den Ereignissen, denen ich nachhören kann. Es braucht aber eine Kunst, diese Chiffren des Sinnes in den Ereignissen des Lebens zu dechiffrieren.

Florian Schuller: Dieser Punkt führt wirklich in die Mitte. Als Christen glauben wir, Gott ist das „mysterium strictissime dictum“, das Geheimnis schlechthin, angesichts dessen es kein größeres Geheimnis geben kann. Aber andererseits reden wir sehr viel über Gott. Wie gehen wir als Christinnen und Christen mit dieser Grundspannung des Glaubens um?

P. Anselm: Ich habe vorhin schon gesagt, wir brauchen Bilder und Worte, um überhaupt sprechen zu können, und zugleich müssen wir wissen, dass Gott jenseits aller Bilder ist. Gott ist die Wahrheit, wir sind auf dem Weg zu ihm, wir haben eine Ahnung. Aber für mich ist wichtig, was du gesagt hast, Tomáš: die Tiefendimension des Lebens. Was schaue ich, wenn ich Schönheit schaue, was höre ich, wenn ich Mozart, sein Klariettenkonzert höre, den zweiten Satz, was klingt da an? Das ist für mich auch ein Geheimnis, das mich tief bewegt. Oder Rilke sagt: Schau den Torso an; du mußt dich ändern. Überall dort, wo mich etwas anspricht, bewegt, unbedingt angeht, da ist eine Ahnung von Gott. Und das, glaube ich, macht den Menschen menschlich, dass er nicht eben selber auf dem Thron sitzt, sondern sich ansprechen lässt, anrühren lässt, angehen lässt, betreffen lässt.

Tomáš Halík: Wenn Gott ein unaussprechliches Geheimnis ist, und das glauben wir ja, dann können wir keine Gewissheit und Sicherheit der Kenntnis über Gott haben. Es muss hinter unseren religiösen Kenntnissen auch ein Raum sein für eine stille Anbetung des Geheimnisses, aber auch für kritische Fragen. Glaube und Zweifel, kritische Fragen, sind zwei Schwestern. Glaube ohne kritische Fragen kann zum Fanatismus werden. Aber der Zweifel, der nicht den Mut hat, an sich selbst zu zweifeln, kann auch zum Zynismus werden. Ich habe mich vom Agnostizismus meiner Familie zum Glauben durchgezweifelt. Ich habe dabei so viel gezweifelt, dass ich dann auch an meinen Zweifeln gezweifelt habe, und das war die offene Tür für das Geheimnis des Glaubens.

Florian Schuller: Sie zweifeln nicht, Dr. Kahl?

Joachim Kahl: Ich zweifle natürlich auch, aber anders und an anderen Dingen oder Themen. Ich finde, man muss unterscheiden zwischen Geheimnis und Geheimniskrämerei und Hineingeheimnissen. Was Sie hier mit klassischen Texten der katholischen Tradition, die ähnlich natürlich auch im Protestantismus vorhanden sind, das unaussprechliche, unergründliche Geheimnis Gottes nennen, widerspricht zunächst der Behauptung, Gott hat sich ein für allemal für alle Menschen erkennbar in Jesus Christus geoffenbart. Das ist schon einmal eine erkennbare Widersprüchlichkeit, die sich freilich daraus ergibt, dass es unbeschadet der behaupteten endgültigen Offenbarung in Jesus Christus ebenso viele unerklärliche Dinge in unserem alltäglichen Leben gibt. Ich spiele auf die Theodizee-Problematik an, die nicht so oberflächlich abgetan werden darf. Das

mögen Sie mir bitte jetzt nicht übel nehmen, ich meine das auch nicht frivol, sondern drücke nur drastisch aus, was ich tatsächlich denke.

Ich will jetzt noch auf einen Punkt des tschechischen Teilnehmers Bezug nehmen, nämlich, dass der Glaube eine dialogische Existenzform sei. Ich habe jetzt die Seite in Ihrem Buch aufgeschlagen. Sie sagen hier: Der Glaube ist eine dialogische Form, weil er im ständigen Dialog mit Gott besteht. Dann heißt es aber, in Bezug auf den Ungläubigen: „Wenn ein Mensch nur sich selbst ernst nimmt, es ihm um die Durchsetzung seines Ichs und um Selbstverwirklichung geht, und nicht bereit und fähig ist, anderen zuzuhören und sie zu verstehen, von seinen vorschnellen Urteilen abzuweichen, einen tieferen Sinn der Geschehnisse zu suchen oder sich selbst in Frage zu stellen.“ Dann kommt der Gipfel: „Der Unglaube lebt in einem Leben auf der Sandbank, in seichtem Wasser, an der Oberfläche, und er liebt das Seichte und Oberflächliche.“

Das finde ich, ehrlich gesagt, frech, einfach den Ungläubigen, nämlich den hoch reflektierten Atheisten, zu unterstellen, dass sie keine Dialogfähigkeit hätten. Meine Gegenposition ist ja, dass Sie sich ständig in einem fiktiven Dialog mit einem nicht existenten Phantom bewegen, das sich leicht erklären lässt mit Hilfe der Medikamente, die gar keine Wirkstoffe haben, aber trotzdem wirken. Das Placebo-Problem: Das gibt es, dass eben Medikamente tatsächlich wirken, x-fach bewiesen, obwohl sie gar keinen Wirkstoff haben. Das heißt, es gibt die wirksame Illusion, und in solchen illusionären Dialogfunktionen bewegen Sie sich und unterstellen dann, dass derjenige, der diese Illusion abgestreift hat, ein Leben auf der Sandbank in seichtem Wasser an der Oberfläche führt.

Tomáš Halík: Ich finde, was ich geschrieben habe, nicht frech, sondern provozierend und bin froh, dass wir damit das theologisch-protestantische Erbe Ihres Atheismus provoziert haben. Sie haben gesprochen von der Offenbarung in Jesus Christus; es ist gut, dass etwas von Ihrem protestantischen Erbe aufgetaucht ist. Für uns Katholiken gibt es aber ein katholisches Prinzip: „nicht nur, sondern auch“, „et – et“, nicht das reine „sola“. Ja, Gott ist auf einer Seite jenes unerschöpfbare Geheimnis, aber er spricht auch zu uns durch Jesus Christus in dessen Menschlichkeit, und in der Menschlichkeit des Menschen. Origenes hat einmal geschrieben, Gott ist eine ungeschaffene Freiheit, und der Mensch als sein Bild ist eine geschaffene Freiheit. Die Wurzel dieser Freiheit zu reflektieren ist eine große theologische Aufgabe. Die Freiheit in der Liebe ist eine Selbsttranszendenz, und diese Selbsttranszendenz, diese Selbstüberwindung, ist eine Kehre vom oberflächlichen selbstsicheren Leben zum Kern, zum Du der Menschen.

Aber Martin Buber hat schon gezeigt, dass wir durch dieses Du des Menschen auch anfanghaft die Strahlung des absoluten Du empfinden können. Glaube ist für mich Sensibilität gegenüber diesem absoluten Du. Ich respektiere die Menschen, die für diese Ausstrahlung eines Absoluten keine Sensibilität haben, aber muss gestehen, ich kenne viele Menschen, die Sensibilität gegenüber diesem Strahl des Absoluten haben.

Florian Schuller: Und der Atheist auf der Sandbank, der hat nur die Beziehung zum menschlichen Du?

Tomáš Halík: Also, das war kein Urteil über jeden Ungläubigen, sondern über einen gewissen Typ von Atheismus, den Atheismus, der sich wirklich mit der Oberfläche begnügt. Ich habe von den massenhaften Konsum-Atheisten



Auch jüngere Menschen interessierten sich für das Thema.

gesprochen. Nicht alle Atheisten bleiben auf der Oberfläche, das weiß ich sehr gut. Die tragischen Aspekte der Existenz, die sie meditieren, lassen sie teilhaben am Geheimnis des Kreuzes. Das sind die tief sinnigen Atheisten, und diese Atheisten respektiere ich.

P. Anselm: Zunächst verstehe ich Ihre Bemerkung, dass Gott, das große Geheimnis, sich in Jesus Christus geoffenbart hat, als typische Barth'sche Theologie: Gott, das Wort, kommt direkt von oben. Aber die Frage bleibt: Was heißt das, dass in diesem Menschen etwas von Gott aufsteigt? Jedes Wort ist offen für mehr. Ich halte immer wieder Kurse für Trauernde. Da kommt stets die Frage: Was ist da geschehen und warum, was ist das Leben? Das kann man nicht vollständig erklären.

Was ich mit Geheimnis meine: Für mich ist nicht die Frage entscheidend, ob jemand gläubig oder ungläubig ist, sondern ob er offen ist für etwas, das größer ist als er. Der alte Spruch, ich weiß, dass ich nichts weiß, gehört für mich fundamental zur Weisheit des Menschen.

Florian Schuller: Wahrscheinlich können wir uns sehr schnell einigen über die Position, die Simone Weil „athéisme purificateur“ nennt, also den reinigenden Atheismus. Die großen Denker dachten immer in dieser Richtung. „Si comprehendis, non est deus“, wenn du meinst, ihn zu verstehen, dann ist es nicht Gott, ein klassischer Satz aus dem Mittelalter. Ich habe bei Ihnen, Dr. Kahl, eine Dreiteilung gefunden: der nostalgische Atheismus, der bilderstürmerische Atheismus und der reife Atheismus. Der reife Atheismus sei natürlich der, den Sie vertreten. Der bilderstürmerische Atheismus, da werden wir uns auch sehr schnell einig sein.

Mich interessiert der von Ihnen so bezeichnete nostalgische Atheismus. Damit meinen Sie einen Atheismus, der zur Erkenntnis gekommen ist, es gibt Gott nicht, es hat ihn nie gegeben, und gleichzeitig ist dieser Mensch wehmütig, weil ihm klar wird, was die Menschheit oder was er selber dadurch verliert, dass Gott nicht existiert. Für mich ist der Begriff nostalgischer Atheismus in dem Punkt etwas zu negativ formuliert. Ich würde das eher als einen wehmütigen Atheismus bezeichnen.

Joachim Kahl: Ich habe mich tatsächlich in die Rubrik des reifen Atheismus eingruppiert. Ich bin Atheist, aber kein Antitheist. Der Antitheismus meint, ein Phantom bekämpfen zu müssen, und zeigt deshalb oft fundamentalistische Züge der Selbstverhärtung und der Selbstdogmatisierung. Diesen Antitheismus hat es wiederholt in der europäischen Theoriesgeschichte gegeben. Ich nenne zum Beispiel den berühmten Alphonse de Sade, nach dem der Sadismus benannt ist, der militant darauf bestanden hat, auf den religiösen Gefühlen der Menschen herumzutampeln, um sie ihres Aberglaubens zu überführen.

Der Atheist, so wie ich ihn verstehe, ist auch kein bekennender Atheist. Ich werde oft so vorgestellt. Das ist heute ein gängiges Adjektiv, man ist bekennender Vegetarier, bekennender Schwuler; alles kann als Bekenntnis präsentiert werden. Ich korrigiere das dann immer und sage, ich bin ein waschechter Atheist, bei Bedarf auch ein militanter, aber immer dialogbereiter Atheist. Bekenntnis hat für mich immer schon einen religiösen Beiklang, und es ist kein Bekenntnis, sondern eine fundierte Einsicht, dass es keinen Gott gibt, selbst wenn es eine hypothetische Einsicht ist.

Insofern lehne ich auch Blasphemie ab. Ich hatte nie irgendwelche blasphemischen Anwendungen, im Unterschied etwa zu Michael Schmidt-Salomon oder den anderen modernen Atheisten. Blasphemie ist selbst noch antireligiös fixiert, nämlich, das ist die Enttäuschung dessen, der einst an Gott geglaubt hat.

Florian Schuller: Professor Halík, Sie kommen aus jener Gegend Europas, wo es neben Ostdeutschland die meisten bekennenden oder faktischen Atheisten gibt. Sie können aus reicher Erfahrung schöpfen. Sie haben mehr als 1.000 Menschen getauft in Ihrer bisherigen Zeit als Hochschulpfarrer.

Tomáš Halík: Nach dem, was Dr. Kahl jetzt gesagt hat, lieber Bruder, diesen Atheismus umarme ich.

Florian Schuller: Er wollte das nicht vorhin ...

Tomáš Halík: Mit allem Respekt, weil das kein dogmatischer Atheismus ist. Kardinal Tomáš Špidlík, der tschechische Theologe in Rom, wurde einmal gefragt: Was sagen Sie zu den Atheisten? Und er sagte: Nichts dagegen; wir Christen waren 400 Jahre lang Atheisten, als solche wurden wir von den Römern betrachtet. Ich habe sogar Verständnis für einen gewissen militanten Atheismus, denn dahinter steckt manchmal eine Hassliebe. Das ist bei Nietzsche absolut so; er ist fasziniert von Gott, kreist immer wie ein Planet um die Sonne. Sogar der ikonoklastische, bilderstürmende Atheismus kann eine Hilfe für uns sein.

Der Feind des Glaubens ist nur der dogmatische Atheismus, der ist in der Wirklichkeit kein Atheismus, sondern eine Ersatzreligion, wie der Marx-Leninismus.

Heute erleben wir etwas neues: Die Leute sind apathisch – nicht nur gegenüber den Antworten des Glaubens, sondern selbst gegenüber den Fragen. Mit den Suchenden, auch mit den militanten Atheisten können wir einen Dialog führen, aber dieser „Apatheismus“ ist heute stärker verbreitet als der Atheismus. In unserem Land gibt es etwas, was ich „Etwasismus“ nenne: Ich glaube nicht an Gott, aber „etwas muss es geben“, etwas muss sein. Und dann gibt es auch einen religiösen „Analphabetismus“: Die Leute sind ganz überzeugt von ihren Ansichten über Glauben und Kirche und Gott, aber sie wissen gar nichts darüber.

P. Anselm: Ich erlebe natürlich viele, die sagen, ich kann nicht glauben, vor allem auch Künstler sagen so etwas oft. Ich will sie nicht überzeugen, sondern spreche mit ihnen einfach über das, was sie empfinden, wenn sie Kunst machen, wenn sie Musik machen. Dabei ist mir, was Tomáš auch sagt, die Achtung vor der Erfahrung des anderen wichtig. Über Argumente sollten wir nicht streiten, sondern die Erfahrungen austauschen; die kann man verschieden deuten, und man kann die verschiedenen Deutungen auch stehen lassen.

Das ist viel hilfreicher als dieser Drang, glauben zu müssen. Ich erlebe manche Menschen, die zu direkt missionarisch sind; die wollen ihren eigenen Unglauben nicht wahrnehmen, deswegen müssen sie alle überzeugen, den gleichen Glauben zu haben. Das ist keine Basis von Toleranz und von Dialog.

Joachim Kahl: Zum nostalgischen Atheismus: Ich wäre gerne bereit, statt nostalgisch – einen Begriff, den Sie vielleicht als etwas zu negativ empfunden haben – elegischer Atheismus zu sagen. Aber ich will jetzt noch zu dem etwas sagen, was Herr Halík als „Etwasismus“ bezeichnet. Etwas Höheres müsse es ja



Dr. Joachim Kahl (li.), obwohl entschiedener Atheist, fühlte sich in der Katholischen Akademie sehr wohl und fand viele Gesprächspartner.

angeblich doch geben. In der Tat, es gibt etwas Höheres, die Natur als Ganzes. Das ist jetzt ein Argument in der Tradition Spinozas, der speziell Gott und die Natur vorübergehend gleichgesetzt hat. Wer sich die großen Gewalten der Natur vorstellt oder weiß, dass es sie gibt, dass alles viel größer und höher ist als wir, der kann vor der Natur nur in Demut vielleicht niederknien, zumindest gedanklich niederknien. In dem Fall benutze ich auch den Begriff des Geheimnisses und auch des Wunders. Es ist zwar alles im Einzelnen inzwischen erklärbar und nachvollziehbar, aber das Leben entstanden ist und dass dieser Planet, auf dem wir leben, so privilegiert ist und sich hier Leben herausgebildet hat, das ist das Höhere, an das ich jetzt nicht glaube, aber das ich geistig als aufgeklärter Mensch zur Kenntnis nehme.

Noch ein letzter Begriff: Es gibt auch atheistisches Banausentum, das muss man mal so hart sagen. In den deutschen ehemaligen DDR-Gebieten und in Tschechien ist der höchste Säkularisierungsgrad auf der ganzen Erde erreicht, charakteristischerweise in den Kernlanden des Protestantismus, worüber man viel nachdenken müsste, und dort hat sich tatsächlich eine Form der Ignoranz über Grundaussagen der christlichen Religion ausgebreitet, die mich erschreckt. Das ist zugleich meine Antwort auf die Frage: Wie gehen wir mit der Religion, sofern sie entzaubert ist, um? Antwort mit Ernst Bloch: Das ist religiöses Kulturerbe, und ich kann es bewundern, auch wenn es mich nicht zum erneuten Glauben bringt.

Tomáš Halík: Luther hat gesagt, Gott ist dem Menschen das, was das Wichtigste für ihn ist. Der Relativismus ist ein nützliches intellektuelles Spiel, aber der absolute Relativismus kann in den existentiellen Dingen nicht bestehen. Wenn es für Sie etwas Heiliges und Höchstes gibt, wenn das die Natur ist, dann verstehe ich das. Aber ich unterscheide: Es gibt eine christliche Mystik der Natur, die franziskanische Spiritualität. Es gibt jedoch auch die Gefahr, die Natur zu vergöttlichen. Deshalb hat die biblische Tradition die Natur entzaubert. Sie ist für uns die Sprache Gottes, aber wenn sie das Höchste ist, dann verabsolutieren, vergöttlichen wir die Natur. Sie öffnet die Tür zu etwas Größerem, ist ein Symbol. Wenn die nicht das Letzte ist, befreit das den Menschen.

Florian Schuller: Der Sprung in die Überzeugung hinein, von der ich getragen bin, mit der ich das Leben deute, wodurch erhält der seine Kraft? Geht dem Sprung in den Atheismus ein Austausch mit Menschen voraus, seien sie nun Gläubende oder Atheisten, Agnostiker? Sind es zunächst eher intellektuelle, rationale Schwierigkeiten, über die ich dann nicht hinwegkomme? Oder sind es eher Herzensfragen?

P. Anselm: Meine Erfahrung ist, dass der Sprung in den Atheismus, also in den Nichtglauben, meistens aufgrund von Enttäuschungen geschieht, Enttäuschungen über Gott, weil ein lieber Mensch gestorben ist, Enttäuschung über die Kirche, über die Predigt, die nicht stimmt oder die sich als nicht authentisch erwiesen hat. Da schüttet man meistens das Kind mit dem Bade aus.

Tomáš Halík: Ich bin überzeugt, dass in jedem Gläubigen auch ein Atheist steckt, und in jedem Ungläubigen auch ein Gläubiger. Manchmal überschatten, unterdrücken wir diesen zweiten in uns: Wir brauchen wirklich eine große Synthese. Die katholische Tradition ist offen für die Immanenz Gottes – in der Natur, in Sakramenten und so weiter. Aber das Andere ist diese protestantische Faszination von der Transzendenz Gottes, von dem Geheimnis Gottes. Ihr Atheismus, Dr. Kahl, ist wirklich ein Erbe dieser protestantischen Tradition, die ich sehr hoch schätze.

Das Besondere ist, dass heute viele Menschen „simul fideles et infideles“ sind. Glaube und Unglaube kämpfen innerhalb (des Menschen miteinander). Und das bedeutet: nicht nur kämpfen, sondern wirklich einen Dialog führen. Für mich ist das Christentum meine Religion, weil es dort auch das Moment der Nacht gibt. Chesterton hat gesagt, wenn ein Atheist eine Religion sucht, sollte er das Christentum wählen, weil dort Gott selbst eine Weile lang ein Atheist war, als Christus schrie: Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen? Das ist für mich ein entscheidendes Argument für das Christentum: Es kann integrieren, einen Platz haben für diese Erfahrung des Geheimnisses, des Dunkels, die Wahrheit der Nacht, auch die Wahrnehmung des Tragischen. Auf der Erde erleben wir manchmal mehr den Karfreitag, und die Auferstehung ist für uns meistens eine Sache der Hoffnung, der Erwartung.

Von Zeit zu Zeit haben wir ein wenig von der Erfahrung des Lichtes auf dem Berg Tabor; aber dann werden die drei Apostel vom Berg Tabor auch in die Dunkelheit von Gethsemane geführt. Ohne diese Tiefe im christlichen Glauben, ohne diese Aspekte des Kreuzes, kann ich nicht an die Auferstehung glauben.

Florian Schuller: Dr. Kahl, Ihre Dimensionen des Sprungs in den Atheismus?

Joachim Kahl: Ich bin nicht in den Atheismus gesprungen, sondern das hat sich bei mir kontinuierlich entwickelt. Im damaligen studentischen Milieu der Universitätsstadt Marburg, wo Wolfgang Abendroth lehrte, und es kritische studentische Gruppierungen gab, denen ich mit meinem Restchristentum wenig Neues zu bieten hatte, die mich fragten, wozu brauche es dann das Christentum noch, wenn es auf Humanität hinausläuft. Insofern also hat es sich bei mir nicht durch einen Sprung ereignet, der eine wichtige Kategorie bei Kierkegaard ist. Da befürchte ich immer, dass mit diesem Sprung in den Glauben ein Opfer des Verstandes verbunden ist, ein „sacrificium intellectus“. Sprung ist natürlich eine wichtige Kategorie, um das Leben zu verstehen. Es gibt viele Sprünge und auch Brüche in Biographien, eingeräumt, aber man kann sich auch ganz kontinuierlich durch religionskritische Reflexion, durch auch verkürzte Aneignung der Theoriegeschichte des Atheismus und der Religionsgeschichte selbst aufklären. In der Gestalt des Epikur oder des Demokrit waren schon viele religionskritische Gesichtspunkte vor der Entstehung des Christentums präsent. Von daher war das Christentum, um es pointiert zu sagen, schon in Gestalt des Epikur widerlegt, bevor es überhaupt auf den Erdboden trat.

Herr Halík hat mich vorhin als „Bruder im Glauben“ bezeichnet. Das weise ich zurück, aber wenn Sie sagen „Bruder im Menschsein“, akzeptiere ich das sofort. Es gibt – unbeschadet der Differenzen, über die wir hier reden – nämlich Glaube und Unglaube, doch viele Schnittmengen. Wir sind alle Angehörige des gleichen Menschengeschlechtes, haben ähnliche Interessen und Vorlieben und gemeinsame Güter, Werte, unbeschadet religiöser Differenzen. Das ist für mich das Entscheidende.

Florian Schuller: Man könnte beim Thema eines säkularen Humanismus die Diskussion weiterführen, fragen, wie viele christliche Elemente darin weitergeben werden, bewusst oder unbewusst, zugegeben oder verneint. Auch die These von Paul Nolte drängt sich auf; er hat von der Religionsbedürftigkeit der Moderne gesprochen. Schließlich auch die persönliche Erfahrung, wie jeder von uns hier auf dem Podium innerhalb seiner jeweiligen eigenen Community wahrgenommen würde. Aber wir müssen zum Schluss kommen. Professor Eberhard Tiefensee aus Erfurt, früherer Studentenfarrer, spricht von einer „Ökumene der dritten Art“: nach der Ökumene der ersten Art zwischen den christlichen Konfessionen und der Ökumene der zweiten Art zwischen Christentum und Judentum nun die Ökumene der dritten Art zwischen glaubenden und nichtglaubenden Zeitgenossinnen und Zeitgenossen. Und so etwas haben wir heute Abend sicher erlebt. Zum Abschluss dieser Ökumene der dritten Art wieder drei Zitate mit der Bitte, jeweils darauf kurz zu antworten.

Professor Halík, Sie haben einmal auf Chesterton verwiesen. Da haben Sie auch bei mir eine große Liebe angesprochen. In seinem Buch „Heretics“ steht ein Satz, an den ich denken musste, als Sie von ihm sprachen, unsere Bilder von

Gott müssten immer wieder neu überwunden werden. Chesterton schreibt: „Das Ungute an der modernen Vorstellung vom geistigen Fortschritt besteht darin, dass dieser durchweg mit dem Sprengen von Fesseln, dem Beseitigen von Schranken, dem Abschaffen von Dogmen assoziiert wird. Wenn es irgendwie aber geistige Entwicklung geben soll, dann muss sie Entwicklung zu immer mehr festen Überzeugungen, zu immer mehr Dogmen meinen.“ Was sagen Sie da dazu?

Tomáš Halík: Das hängt daran, was wir unter Dogmen verstehen. Dogma ist ein Drama. Und wenn das Dogma ein Drama ist, nicht ein Stopp für das Denken, sondern ein Impuls für die Interpretation, warum nicht? Aber im allgemeinen Sinne ist Dogma etwas Festes. Wir müssen den dynamischen Aspekt des Glaubens entdecken, den Weg in die Tiefe. In der Zukunft wird Glaube mehr als Weg und nicht als Besitz gelten, ein Weg in die Tiefe der Wahrheit. Aber Wahrheit ist das Buch, das niemand zu Ende gelesen hat. Also müssen wir offen sein für die eschatologische Dimension der Wahrheit. Hier sehen wir alles nur wie im Spiegel, in Rätseln, hat der heilige Paulus gesagt.

Florian Schuller: Dr. Kahl, für Sie habe ich einen Satz Ihres Lehrers Theodor Wiesengrund Adorno aus den „Minima moralia“, die Nummer 4. Da schreibt er: „Wenn von einem Menschen fortgeschrittenen Alters gerühmt wird, er sei besonders abgeklärt, so ist anzunehmen, dass sein Leben eine Folge von Schandtaten darstellt. Aufregung hat er sich abgewöhnt.“ Über was können Sie sich noch aufregen?

Joachim Kahl: Ich habe tatsächlich bei Adorno studiert, aber in diesem emphatischen Sinne würde ich ihn jetzt nicht als meinen Lehrer bezeichnen. Das nur als Vorspruch. Ich kann mich aufregen in dem Sinne, wie es einmal Gottfried Ephraim Lessing gesagt hat: „Wer über gewisse Dinge den Verstand nicht verliert, der hat keinen zu verlieren.“ Orsina in „Emilia Galotti“. Es gibt so viele Missstände und Schandtaten und Verbrechen in unserer Gegenwart, über die ich mich ganz unideologisch und unmetaphysisch im Einvernehmen mit vielen Gläubigen aufregen kann. Das sind Dinge, die muss ich jetzt im Einzelnen gar nicht benennen, jeder hat da seine Vorstellung, und da kann ich nur sagen, das ist übergreifend, weltanschauungs- und religionsübergreifend.

Wenn ich jetzt meinerseits eine Art Schlusswort sagen dürfte, dann mit Ihrer freundlichen Genehmigung: „Carpe diem“, nutze den Tag, „memento mori“, gedenke, dass du sterblich bist, und als Drittes auch ein lateinisches Zitat, von Lukrez, dem römischen Dichter: „mors immortalis“, der Tod allein ist unsterblich.

Florian Schuller: Bei den ersten beiden könnten wir einverstanden sein. Für Pater Anselm habe ich ein Zitat aus dem 12. Jahrhundert, dem „Buch der 24 Philosophen“, wo 24 verschiedene Bilder, Definitionen ist zu viel gesagt, von Gott reflektiert werden. Ich habe die Nummer 2 ausgesucht und würde Sie bitten, die existenziell-theologisch zu deuten: „Gott ist die unendliche Kugel, der Mittelpunkt überall und deren Umfang nirgends ist.“ „Deus est sphaera infinita, cuius centrum est ubique, circumferentia nusquam“.

P. Anselm: Das entspricht genau meiner Theologie. Es sind lauter Paradoxe, die nicht logisch vereinbar sind, und unsere Sprache von Gott ist paradox. In dem wir paradox sprechen, sind wir offen

für das Unbekannte, das alles übersteigt. In dieser Definition ist Gott nicht festgelegt, sondern beschrieben wie etwas, das man überhaupt nicht beschreiben kann. Ich habe in den 1960er Jahren studiert; damals war Max Horkheimer der Star der 1968er. Er glaubte nicht an die Wahrheit der Religion, sah aber als Aufgabe der Kirchen, die Sehnsucht nach dem ganz Anderen offen zu halten;

damit würden sie einen wichtigen Beitrag zur Humanisierung der Gesellschaft leisten, weil die ja immer totalitäre Züge annimmt.

In diese Richtung würde ich das Wort verstehen: die Sehnsucht nach dem ganz Anderen. Indem ich paradox spreche und alle Rechthaberei dadurch in Frage stelle, bleibt der Blick für das Ausschauhalten nach dem ganz anderen wach. □

Presse

Die Tagespost

27. Oktober 2016 – In der Auseinandersetzung zwischen Glauben und Atheismus geht es ums Ganze. So auch im Podiumsgespräch zu „Glaube und Atheismus“ zwischen dem Ordenspriester der Benediktinerabtei Münsterschwarzach, Anselm Grün OSB, dem Professor für Soziologie an der Karlsuniversität Prag und Präsident der Tschechischen Christlichen Akademie, Tomáš Halík sowie dem freiberuflichen Philosophen Joachim Kahl, in der katholischen Akademie in München. (...)

Der Unglaube sei eine Herausforderung, den Glauben in eine Form zu bringen, der „Unglaube macht mich toleranter“, sagte Grün. Ganz anders wurde Joachim Kahl durch sein Studium der evangelischen Theologie zum Atheisten. Er sei zu der Erkenntnis gekommen, dass das Christentum „bodenlos, gehaltlos, substanzlos“ ist, ohne dass er jemals Konflikte mit der Kirche gehabt habe, sondern es sei eine Einsicht gewesen, die sich seit dem Doktordiplom nicht mehr verändert habe. Für den tschechischen Theologen Halík war der kommunistische Atheismus in seinem Lang prägend, und so erklärte er versöhnend: „Ich bin überzeugt, dass in jedem Gläubigen ein Atheist steckt und in jedem Ungläubigen ein Gläubiger.“ *Alexander Riebel*

Münchner Kirchenzeitung

30. Oktober 2016 – „Mir ist nicht wichtig, ob jemand das Glaubensbekenntnis runtersagen kann.“ Mit diesem Statement überraschte der Münsterschwarzacher Benediktinermönch Anselm Grün (71) seine Zuhörer in der bis auf den letzten Platz besetzten Katholischen Akademie bei einem Abend zum Thema „Glaube und Atheismus“. Wichtig sei vielmehr, so der derzeit bedeutendste Autor spiritueller Bücher, dass jemand offen sei für das Geheimnis Gott. Diese Gelegenheit zur Gegenrede ließ sich Joachim Kahl (75) nicht entgehen. Sein Part als Atheist war es, die Position der Ungläubigen zu vertreten. Wer davon spreche, dass Gott sich allen Menschen offenbart habe, der könne nicht zugleich diesen Gott als unaussprechliches Geheimnis bezeichnen. *Georg Walser*

Katholisch.de

04. November 2016 – Der eine ist durch sein Theologiestudium zum Atheisten geworden. Der andere fand über die Philosophie zur Religion. Und der dritte, ein bekannter Ordensmann, hat regelmäßig Glaubenszweifel. Beginnen wir mit Letzterem: Anselm Grün, Benediktinerpater und Bestsellerautor aus Münsterschwarzach, gibt offen zu: „Ich kenne in mir Glaube und Unglaube.“

Der Unglaube macht mich toleranter, weil ich dann auch den anderen verstehen kann.“ Das mag manchen überraschen. Muss ein katholischer Ordensmann, noch dazu einer, der mit seinen religiösen Büchern eine Millionenaufgabe erreicht, nicht überzeugt sein vom Glauben – und andere überzeugen? Beide Positionen – Glaube und Atheismus – in sich zu haben, sei ein Vorteil, meint Grün: „So kann ich natürlich auch den Ungläubigen in Frage stellen, ob das alles ist oder er nicht auch eine Ahnung von Glauben hat.“ Grün hat gemeinsam mit dem tschechischen Theologen und Soziologieprofessor Tomas Halík ein neues Buch herausgebracht, das er in der Katholischen Akademie Bayern in München vorstellt.

Burkhard Schäfers

KNA

25. Oktober 2016 – „Das Christentum ist bodenlos, substanzlos, gehaltlos.“ Diese Erkenntnis sei in ihm gereift, je länger er in den „Eingeweideten des Christentums“ geforscht habe, sagt Joachim Kahl. Direkt nach seiner Promotion in evangelischer Theologie ist Kahl aus der Kirche ausgetreten. Am Montagabend sitzt er in der Katholischen Akademie in Bayern in München, um über Gott zu sprechen, als Gegenpart zu Benediktinerpater Anselm Grün und dem tschechischen Priester Tomas Halík, „zwei Großkaliber spiritueller und theologischer Literatur“, wie Akademiedirektor Florian Schuller sie nennt.

Deutschlandfunk

03. November 2016 – Die Welt erlebt eine Wiederkehr der Religion, sie kommt in der Gestalt des Islams ins säkularisierte Europa zurück – sagt der tschechische Soziologe und Religionsphilosoph Tomáš Halík. (...) Der Marburger Philosoph Joachim Kahl sieht keinen Wert in der Aussage, die Religion kehre zurück ins säkularisierte Europa. Für ihn heißt die entscheidendere Frage: Welche Form von Religion kehrt zurück? (...)

In München in der Katholischen Akademie Bayern diskutieren Joachim Kahl und Tomáš Halík auch über die Frage religiöser Indifferenz. Für den Atheisten steht die Frage nach Gott naturgemäß nicht im Vordergrund. Ethik sei viel älter als Religion, so Kahl. Verbindende humanistische Werte entstünden im Zusammenleben der Menschen. Halík hingegen hält es durchaus für notwendig, dass die Menschen sich religiöse Fragen stellen. Er kritisiert den verbreiteten – wie er es nennt – „Apatheismus“.

Burkhard Schäfers

Christen in der Politik

Zwischen Kompromiss und Kompromittierung

Die Kirchen bekennen sich klar zu der Verantwortung, die sie für das demokratische Gemeinwesen tragen. Religion ist keine Privatsache – Christen müssen sich einmischen, wenn es um Nächstenliebe, das Gemeinwohl, Gerechtigkeit und Frieden geht. Und damit haben Christen einen politischen Auftrag. Doch wo stößt das „C“ in der aktuellen politischen Lage an seine Grenzen? Welche Erfahrungen gibt es in der Praxis? Und welche Perspektiven lassen sich für die Zukunft

abzeichnen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Tagung „Christen in der Politik. Zwischen Kompromiss und Kompromittierung“, die die Evangelische Akademie Tutzing zusammen mit der Katholischen Akademie Bayern und der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung am 9. und 10. September 2016 in Tutzing durchführte. Im Anschluss dokumentieren wir die uns vorliegenden Referate und eine Gesprächsrunde mit drei Nachwuchspolitikern.



Das offizielle Begrüßungsfoto: Ministerpräsident a. D. Dr. Günther Beckstein und Kultusminister a. D. Professor Hans Maier mit den Einladenden: Prof. Ursula Männle, Udo Hahn und Dr. Florian Schuller (v.l.n.r.).

Christliche Politik – Ein Streifzug durch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Hans Maier

I.

Christliche Politik – ein gewichtiges Wort. Wann habe ich es zuerst gehört? Das war in meiner Schülerzeit, in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals sprach Leo Wohleb, der spätere badische Staatspräsident, im Kaufhaus in Freiburg über die aktuelle Situation. Seine Rede begann mit folgenden Sätzen: „Das Spiel vom Antichrist ist aus. Es hat geendet, wie es enden musste: Die Teufel sind wieder in der Hölle verschwunden, die Götzen von ihren Sockeln herabgestürzt, und gesiegt hat über die Lüge der wahrhaftige Gott, über Verbrechen und Gewalttaten Gottes Gerechtigkeit, und Not und Elend wird Gottes Barmherzigkeit wenden.“

„Zuviel Pathos!“ – so reagieren wir heute, wenn wir so etwas hören. Aber damals war dieser Ton weit verbreitet. In mehreren der in dieser Zeit entstandenen Landesverfassungen herrscht er vor. So gibt sich Bayern 1946 eine demokratische Verfassung – ich zitiere – „angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat“. Und drei Jahre später beginnt das Grundgesetz wie bekannt mit den Worten: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“.

Also: Abscheu gegenüber der „gottlosen“ Vergangenheit, Besinnung auf Gott, den Schöpfer und Erhalter der Menschheit, Forderungen nach einer christlichen Politik in Gegenwart und Zukunft – das war der politische Grundton in jener Zeit. In der Schrecksekunde nach dem Zusammenbruch erschien Politik aus christlicher Verantwortung als ein Gebot der Stunde. Und



Prof. Dr. Hans Maier, Staatsminister a. D.

diese Stimmung reichte weit über den Kreis der Kirchentreuen, religiös Gebundenen hinaus.

Es blieb nicht bei verbalen Bekenntnissen und Vorsätzen. Man suchte nach konkreten Formen politischer Realisierung des Christlichen. 1945/46 wurden die christlich-demokratische und die christlich-soziale Union gegründet. Ihre Gründung hatte einen doppelten Zweck: Es galt die Weimarer Parteienzersplitterung durch eine Sammlung in der Mitte zu überwinden – und es galt der jahrhundertealten konfessionellen Trennung die politische Zusammenarbeit der Konfessionen entgegenzusetzen.

II.

Die CDU/CSU war eine Nova am deutschen Parteienhimmel. Zum ersten Mal erschien das Wort „christlich“ in einem Parteinamen (wenn man vom evangelischen „Christlich-Sozialen Volksdienst“, einer kleinen Partei der Weimarer Zeit, absieht). Das war neu und sicherlich ein Wagnis. Das Wort „Union“ zielte nicht nur auf die Parteiorganisation, es hatte auch einen ökumenischen Hintergrund. Mein historischer Lehrer Gerhard Ritter, ein evangelischer Christ und Widerstandskämpfer, der 1944/45 mit knapper Not dem Galgen entgangen war, hat uns Studenten oft geschildert, wie sich evangelische und katholische Gefangene in Berlin nach ihrer Befreiung im April 1945 in den Armen lagen: „Das war“, so pflegte er zu sagen, „der Anfang der Union.“

Zwischen den Konfessionen wurde vieles anders nach dem 8. Mai 1945. Die alten geschlossenen Konfessionsgebiete verschwanden, lösten sich auf in der riesigen Wanderungs- und Mischungsbewegung der deutschen Bevölkerung 1944-1947. Das Zeitalter des „Cuius regio eius religio“ ging zu Ende. Wechselseitige Rücksicht zwischen den Kirchen entwickelte sich. Es kam zu interkonfessionellen Initiativen. Sie traten an die Stelle des alten Nebeneinander – oft auch Gegeneinander – der Bekenntnisse. Auch in den Ausdrucks- und Wirkungsformen übernahm man jetzt vieles voneinander: So traten seit 1949 Evangelische Kirchentage neben die schon hundert Jahre alten Katholikentage. Umgekehrt übernahmen die Katholiken von den Evangelischen die Einrichtung kirchlicher Akademien – so ist zum Beispiel die Evangelische Akademie Tutzing ein volles Jahrzehnt älter als die Katholische Akademie in Bayern.

Die neuen Initiativen wurden in den fünfziger Jahren vor allem in der Außenpolitik spürbar. Die europäische Integration wurde zu einem zentralen Kennzeichen, einem Markenzeichen der christlichen Demokratie, in Frankreich, Italien, Deutschland und den Benelux-

ländern. Gemeinsam mit Robert Schuman, Alcide De Gasperi, Joseph Bech, Paul-Henri Spaak unternahm es Konrad Adenauer, den geschlagenen Deutschen eine neue Heimat in der europäischen Gemeinschaft zu geben. Definitiv schlug die deutsche Politik den Weg nach Westen ein; er sollte sich bald als endgültig und unumkehrbar erweisen. Spätere Bundeskanzler haben dann ähnliche Wege nach Osten gebahnt – so Brandt, Scheel und Schmidt. Helmut Kohl gelang schließlich – auf den Spuren Adenauers – die Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands und Hand in Hand damit die offizielle Beendigung des Krieges in Gestalt des 2+4-Vertrages. Wir stehen heute mitten in der – bislang – längsten Friedensperiode unserer Geschichte, ohne Gegner oder gar Feinde an unseren Grenzen – vielmehr, wie man zurecht gesagt hat, „umzingelt von Freunden“.

III.

Ich will hier keinen Abriss der deutschen Nachkriegspolitik geben. Aber ich sehe die Anstöße, die ich in meiner Jugend erlebte, bis heute in der deutschen Politik weiterwirken, auch wenn sich manches im Lauf der Zeit abgeschwächt und routinisiert hat. Die Haltung Deutschlands in der europäischen Flüchtlingsfrage 2015/16, die generelle Offenheit gegenüber Schutz- und Hilfesuchenden, erscheint mir als konsequente Fortsetzung jener Hinwendung zu Europa in den Fünfzigerjahren. Sie macht deutlich, dass für ein geeintes, der Humanität verpflichtetes Europa Freiheit nicht nur im Inneren gilt, sondern auch Wirkungen nach draußen entfaltet. Notabene: Alle diese Anstöße, damals wie heute, gingen und gehen von Politikern aus, die sich als Christen bekennen, die zum mindesten ein persönliches Verhältnis zur christlichen Überlieferung haben. Unter den elf Bundespräsidenten und den acht Bundeskanzlern der Bundesrepublik Deutschland war bisher kein dezidiert Nicht-Christ.



Pfarrer Udo Hahn, Direktor der gastgebenden Evangelischen Akademie Tutzing, begrüßte die Tagungsteilnehmer.

Da ich in der Adenauerzeit politisch geprägt wurde, da ich einer christlich-sozialen Partei angehöre und da ich einen Teil meines Lebenswerkes der Erforschung der christlichen Demokratie gewidmet habe, bin ich auch sensibel, wenn sich Grundsätzliches verändert, wenn Fundamente einbrechen, die lange Zeit als fest, ja unerschütterlich galten. Das betrifft nicht nur das „C“, das Christliche, es betrifft auch das „U“, die Union.

Dass christliche Werte in der Öffentlichkeit schwächer werden, wenn die Kirchen laufend Mitglieder verlieren, ist ein wohl unvermeidlicher Prozess. Er geht eher schleichend als in großen Schüben und Stößen vor sich. Noch umfassen die großen Kirchen annähernd zwei Drittel der Bevölkerung. Noch hat sich unser vom Christentum geprägter Jahres-Festkalender kaum verändert. Feste kirchlichen Ursprungs und christliche Rituale umgeben nach wie vor die „Passagen“ unseres Lebens, wenn auch ihr Einfluss nicht mehr so deutlich spürbar wird wie früher und

vielen inzwischen einfach ein Stück Gewohnheit ist. Aber wir leben noch immer in einer Welt, die vom christlichen Verständnis des Lebens geprägt ist: Nicht nur, dass wir unsere Jahre nach Christi Geburt datieren, wir empfinden auch unser Leben, christlicher Vorstellung folgend, als einen einmaligen, unumkehrbaren, unwiederholbaren Akt, als ein Geschehen, für das wir Verantwortung tragen und das auch unsere unmittelbare Umgebung verpflichtet. Die nachreligiöse Gesellschaft, in die wir uns hineinbewegen, ist keine irreligiöse Gesellschaft; sie hat sich nur von ihren religiösen Ursprüngen entfernt – manchmal so weit, dass sie zwar noch deren Wirkungen wahrnimmt, aber den dahinterliegenden Sinn nicht mehr erkennen und weitervermitteln kann.

IV.

Das schwindende Christliche lässt auch eine Partei nicht unberührt, die sich nach ihm benennt. Trägt es noch



Professor Andreas Lob-Hüdepohl machte sich während der Diskussion eifrig Notizen.

genügend, ist es noch breit und stark genug? Oder ist es nur noch eine verblassende Erinnerung, sollte man also das „C“ ehrlicherweise aus dem Partei-

namen streichen? Ich bin dagegen, dass man es tut. Aber man muss sich bewusst sein, dass die vopolitische Stärke des Christlichen, wie sie unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bestand – als Reaktion auf den „Antichrist“, wie man damals empfand – im Jahr 2016 nicht mehr so unmittelbar und direkt gegeben ist. Also kann man das Christliche nicht mehr, wie früher, einfach voraussetzen. Man muss sich neu darauf besinnen, muss es neu zu formulieren versuchen. Was uns trägt, muss sichtbar gemacht, muss vergegenwärtigt werden. Hier müssen wir unkonventionelle neue Mittel und Wege finden. Steht doch für große Teile Europas ohnehin der Versuch einer Neu-evangelisierung an. Sonst gerät der Kontinent ins Abseits in einer Welt, in der das Religiöse neue, oft verzehrende Kraft gewinnt.

Größere Sorge macht mir im Augenblick die Krise der Union. Es ist eine politische Krise; denn die ökumenische Seite hat ihre Bewährungsprobe längst bestanden; hat doch gerade die Flüchtlingsfrage die beiden Kirchen in Deutschland enger zusammengeführt als je zuvor. Doch der überflüssige Streit zwischen CSU und CDU droht die dringend notwendige Gemeinsamkeit zu erschüttern. Alte Illusionen feiern fröhliche Wiederkehr – so die Meinung, man könne mehr Wähler erreichen, wenn man getrennt statt vereint marschiert. Doch bei Parteien, die sich beide christlich nennen, heißt „getrennt marschieren“ notwendig „gegeneinander marschieren“. Und kein Kampf ist erbitterter als der Kampf um dieselben Wähler.

Überschätze ich den Symbolwert des Wortes Union? Ich meine nicht. Für mich reicht Union über die Parteipolitik hinaus. Es markiert einen geschichtlichen Neuanfang nach vierhundert Jahren konfessioneller Zerklüftung – und es hat Bedeutung auch für den landsmannschaftlichen und politischen Zusammenhalt von Süd und Nord, von bayerischen und außerbayerischen Traditionen. Union, das heißt Gemeinsamkeiten suchen statt Unterschiede zu betonen. Ich hoffe sehr, dass die Vernunft noch vor der nächsten Bundestagswahl zurückkehrt und dass die Kontinuität erhalten bleibt, die Deutschlands politischen Weg in und mit Europa in vielen Nachkriegsjahrzehnten ausgezeichnet hat. □



Das Podium am Samstag moderierte Direktor Udo Hahn (Mi.). Diskutanten waren Professor Andreas Lob-Hüdepohl, die Landtagsabgeordnete Kathi Petersen von der SPD, ihre CSU-Kolle-

gin Petra L. Guttenberger und Prof. Dr. Klaus Tanner, Ordinarius für Systematische Theologie an der Universität Heidelberg.

Junge Christen und Politik

Im Rahmen der Veranstaltung „Christen in der Politik“ äußerten sich auch drei Nachwuchspolitiker unterschiedlicher Parteien zu der Aussage „Zwischen Kompromiss und Kompromittierung“. Dr. Florian Schuller, Direktor der Katholischen Akademie Bayern, sprach mit Arno Logiewa (CSU), Stellvertretender Landesvorsitzender des RCDS in Bayern, Florian Schiffbauer (SPD), Studierendenrat Evangelische Theologie (SETh), und Julian Zuber, Mitglied des Bezirksausschusses Neuhausen-Nymphenburg in München für Bündnis 90/Die Grünen.

Florian Schuller: Herr Logiewa, Sie sind stellvertretender Landesvorsitzender des RCDS und studieren Jura in Bayreuth. Im Internet habe ich Ihr Motto gefunden: „Die Praxis sollte das Ergebnis des Nachdenkens sein, nicht umgekehrt.“ Dieses „sollte“ klingt so, als sei es gegen bestimmte Erfahrungen gerichtet. Warum haben Sie sich dieses Motto ausgesucht?

Arno Logiewa: Zum „sollte“: Es gibt Ausnahmen, die auch einmal erlaubt sind, weil es die Situation erfordert. Grundsätzlich: Ich komme aus dem hochschulpolitischen Bereich. Und da ist es leider oft so, dass man etwas tut, und nachher feststellt, dass es doch nicht so gelaufen ist, wie man es plante. Im Bildungsbereich sehen wir es bei der Diskussion über das G 8: hin und her – zurück und vor, und am Ende weiß keiner mehr, was richtig und gut ist. Hätte man sich vorher genauer Gedanken darüber gemacht, statt vermeintlichen Bevölkerungsmeinungen hinterherzulaufen, hätte man auf jeden Fall eine ruhigere Situation im Bildungssystem.

Florian Schuller: Und außerhalb des Bildungssystems funktioniert das mit dem Vorher-Nachdenken?

Arno Logiewa: Ich würde sagen, in vielen Fällen, aber nicht immer.



Arno Logiewa: „Im Bildungsbereich sehen wir es bei der Diskussion über das G 8: hin und her – zurück und vor, und am Ende weiß keiner mehr, was richtig und gut ist.“

Florian Schuller: Herr Schiffbauer, Sie studieren Evangelische Theologie an der LMU, einer der wenigen Universitäten weltweit, an der Orthodoxe, Evangelische und Katholische Theologie nebeneinander und miteinander studiert werden können. Sie sind dort Fachschaftsvertreter, engagieren sich auch im universitären Bereich, bauten vorher einen Bachelor of Arts in BWL und haben in einer Regionalbank gearbeitet. In einem Artikel vom 20. April 2016 schreiben Sie: „Ohne den Glauben an das Geld wäre unser Finanzsystem nicht denkbar... Der Aussage, dass Geld ein Opferkult unserer Gesellschaft ist, kann ich ohne Einschränkungen zustimmen.“ Zum Thema Geld habe ich zwei Zitate von Martin Luther gefunden. Das eine: „Geld ist des Teufels Wort, wodurch er in der Welt alles erschafft, so wie Gott durch das wahre Wort schafft.“ Und das andere: „Gott will nicht, dass man nicht Geld und Gut haben und nehmen soll, oder dass man es, wenn man es hat, wegwerfen sollte, wie etliche Narren unter den Philosophen und tolle Heilige unter den Christen gelehrt und getan haben.“ Welchem der beiden Zitate würden Sie zustimmen?

Florian Schiffbauer: Dem letzteren, aus Geld wächst Verantwortung. Es ist legitim, nach Geld zu streben. Aber ich muss dann auch an die Ärmsten denken, an jene, die unverschuldet in Leid geraten sind.

Florian Schuller: Herr Zuber, in Berlin und Oxford beschäftigen Sie zwei Professoren als Ihre Doktorväter; Sie waren vorher in Unternehmensberatungen aktiv, können Praktika im Auswärtigen Amt und im Bundestag vorweisen, sind in einem Münchner Bezirksausschuss präsent und Gründungsmitglied von Polis180, einem „Grassroots-Thinktank“, wie er sich selber definiert, für Außen- und Europapolitik. Auf dessen Homepage lese ich zwei interessante Abschnitte. Vom einen nur ein Satz herausgegriffen: „Wir stecken voller Ideale und wir mischen uns ein. Wir sind die nächste Generation der deutschen Außen- und Europapolitik.“ Und im nächsten Abschnitt heißt es dann: „Der Vorstand von Polis180 wird für einen Zeitraum von einem Jahr von der Mitgliederversammlung gewählt. Er setzt sich zusammen aus zwei Präsidenten/innen, einem Schatzmeister oder einer Schatzmeisterin, und bis zu sieben weiteren Mitgliedern. Der Vorstand führt die Geschäfte im Sinne der Satzung und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung; seine Beschlüsse fasst er mit einfacher Mehrheit.“ Da zeigt sich doch eine unwahrscheinliche Spannung zwischen Idealen, die junge Menschen bewegen, und nüchterner Vereinsstruktur. Sehen Sie auch diese Spannung, oder ist das für Sie völlig normal, dass zwei solche Abschnitte hintereinander stehen?



Florian Schiffbauer: „Ich persönlich kann, von meinem Glauben aus gesehen, konkrete Maßnahmen oder Ziele definieren, aber ich würde mir nicht herausnehmen, sie zu generalisieren.“

Julian Zuber: Natürlich gibt es immer die großen Ideale, nach denen alle streben, und dann die nüchterne Umsetzungsarbeit. Das ist überall das Gleiche, auch in der Kommunalpolitik. Da fehlen uns manchmal vielleicht sogar die Ideale, es bleibt nervige Umsetzungsarbeit. Aber es ist so, dass ich sagen würde, dass es sich nicht widerspricht, weil wir ja gerade auch diese Prozesse so leben. Dass Sie das auf der Internet-Seite finden, weist noch auf ein drittes Element hin, nämlich Transparenz. Es braucht einfach mehr Verständigungsbereitschaft, die mir zurzeit sehr stark fehlt in der Politik.

Florian Schuller: Sie Drei haben vorhin den Gedanken von Dr. Beckstein und Prof. Maier zugehört. Wie haben Sie die Positionen der beiden Herren wahrgenommen?

Florian Schiffbauer: In der heutigen säkularen Gesellschaft muss ich diskurs- und konsensfähig sein, auch sprachlich. Wenn ich zum Beispiel als Christ Menschenrechte ausgehend von der Gottesebenbildlichkeit begründen will, muss ich sowohl juristisch wie politisch so argumentieren, damit deutlich wird, wie ich die Anderen als Menschen ernst nehme.

Florian Schuller: Haben Sie das vorhin bei den beiden Herren erlebt, oder hat Ihnen das gefehlt?

Florian Schiffbauer: Ich hätte es mir noch ein bisschen mehr gewünscht.

Florian Schuller: Diskursfähigkeit innerhalb der eigenen Gruppierung und vor allem darüber hinaus?

Florian Schiffbauer: Darüber hinaus. Wenn ich Politik betreibe, möchte ich ja

für alle sprechen, auch wenn ich Christ bin. Ich selber bin SPD-Mitglied. Von meinen Kollegen sind sehr viele ausgetreten!

Florian Schuller: Ausgetreten aus der SPD oder aus der Kirche?

Florian Schiffbauer: Aus der Kirche, aus der SPD selbstverständlich nicht. Aber viele sind nicht kirchennah, und wenn ich dann schöpfungstheologisch argumentieren würde, gewinne ich keinen Blumentopf.

Florian Schuller: Es gibt ja zum innerkatholischen Bereich seit einigen Monaten das inzwischen berühmte Buch von Erik Flügge, „Der Jargon der Betroffenheit. Wie die Kirche an ihrer Sprache verreckt“. Wie ging es Ihnen, Herr Zuber?

Julian Zuber: Was ich sehr schön fand, ist die übergreifende Sympathie. Als Jugendlicher hatte ich einen klaren politischen Gegner, die CSU. Aber von



Julian Zuber: „Natürlich gibt es immer die großen Ideale, nach denen alle streben, und dann die nüchterne Umsetzungsarbeit.“

Ihnen, Herr Dr. Beckstein, als Motivation zu hören, in der CSU ökumenisch tätig zu sein, hat mir klar gemacht, wie wichtig diese Partei für die Ökumene war. Ähnliches erlebe ich jetzt im Kommunalpolitischen, das über Parteien hinweg Verständigung stattfindet. Ich sehe nicht das große Kommunikationsproblem.

Ich meine auch nicht, dass Kirchen automatisch immer schwächer werden. Ich könnte mir sogar vorstellen, dass Kirchen stärker werden in der nächsten Zeit, gerade wegen der vielen Flüchtlinge. Denn man ist stärker damit konfrontiert sich zu fragen, was es eigentlich heißt, die christlich-abendländische



Dr. Florian Schuller moderierte das Podium mit den drei Nachwuchspolitikern. Am lebhaften Austausch waren beteiligt: Julian Zuber (Bündnis 90/Die Grünen), Florian Schiffbauer (SPD) und Arno Logiewa von der CSU (v.l.n.r.).

Kultur zu beschwören, aber gleichzeitig nie in die Kirche zu gehen. Ich glaube, dass wir schon ein Revival des Kirchlichen haben könnten. Das muss aber von den Leuten kommen und nicht durch irgendwelche Kommunikationschefs der Kirchen.

Florian Schuller: Wie erleben Sie Ihren Bezirksausschuss? Spüren Sie da starke innere Motivationen, oder geht es doch vor allem um sehr Praktisches, zum Beispiel einen neuen Fahrradweg?

Julian Zuber: Innere Motivation spielt eine große Rolle. Das wurde auch in der Debatte vorhin deutlich. Man könnte vielleicht ergänzen: Wichtig sind die Haltungen beziehungsweise die Vorgehensweisen politisch aktiver Personen. Im Bezirksausschuss bin ich zum Beispiel verantwortlich für Integrationsfragen. Dabei sind mir Kommunikations- und Verständigungsbereitschaft wichtig. Deshalb gab es Entscheidungen, neue Partizipationsformen auszutesten, wie zum Beispiel ein „World Cafe“, um zu schauen, was die Leute eigentlich denken, und sie nicht zu stigmatisieren, wenn sie irgendwelche Sorgen haben. Das fällt mir teilweise schwer, weil ich dazu tendiere, schnell mit einer grünen Moralkule zu kommen. Aber wir wollen versuchen, stärker darauf zu achten, welche Ängste oder Sorgen die Menschen haben.

Florian Schuller: Herr Logiewa, wie ging es Ihnen mit den beiden Staatsmännern?

Arno Logiewa: Ich wollte zum Thema Kommunikation noch etwas sagen. Ich glaube, dass es überhaupt kein großes Problem ist, wenn man versucht, mit christlichen Überlegungen auf einer Meta-Ebene zu argumentieren. Ich wüsste nicht, wo solch ein Kommunikationsproblem politisch aktuell auftritt. Wir haben gerade bei der Flüchtlingskrise gesehen, wie die Menschen zunehmend ernst genommen werden. Bestimmte extreme Parteien, die jetzt gewählt werden, sind vielleicht die unbezahlten Rechnungen der großen Volksparteien. Vielleicht gibt es in der Kirche ein Kommunikationsproblem, in der Politik nicht.

Florian Schuller: Was treibt Sie persönlich an, sich zu engagieren?

Arno Logiewa: Weil einem irgendetwas nicht gefällt, und man irgendetwas ändern will. Das ist immer der erste Schritt. Der zweite ist die interessante Frage, warum ausgerechnet in einer christlichen Partei oder Organisation, die das „C“ im Namen trägt. Das setzt schon einmal einen Rahmen, eben die christliche Werteordnung. Sie gibt einem Halt. So. Wie es auch in der Bibel steht – wie heißt das schöne Zitat – „Suchet der Stadt Bestes“. Vielleicht hat vor ein paar Jahrzehnten die Kirche noch eher dazu geneigt, sich gesellschaftlichen Aufgaben zu verschließen. Wenn man aber mitbestimmen will, gerade als Christ, muss man sich einfach engagieren.

Julian Zuber: Ich habe vor ein paar Monaten mit meinen Eltern über meine Kindheit gesprochen. Ich sei einmal – mein Vater ist Pfarrer – im Gottesdienst gewesen, konnte gerade sprechen und habe meine Mutter gefragt: Müssen jetzt alle meinem Vater zuhören? Sie hat gesagt, ja, und ich war einfach begeistert. Das ist anscheinend etwas, das irgendwie in mir drinsteckt, vielleicht ein Kommunikationsdrang. Und dann ist es ja einfach schön, konkrete Dinge auch umzusetzen, nicht nur über sie zu sprechen, sondern auch den Mut zu haben, sich zu positionieren, im Zweifel falsch zu liegen, aber vor Ort etwas zu machen. So ist München für mich sogar ein bisschen mehr Heimat geworden, weil ich dort politisch tätig bin. Alles zusammen ergibt die Motivation.

Florian Schiffbauer: Bei mir war die Motivation hochschulpolitisch. Wir haben zum Beispiel in München keine Studienordnung, weil man „Bologna“ umsetzen wollte, aber die Rechtsabteilung der LMU hat das anders gesehen, und so gab es Probleme in der Praxis. Man kann die Welt besser machen und will es dann auch.

Florian Schuller: Vorhin wurde selbstverständlich von „christlicher Wertordnung“ gesprochen. Diesen Begriff müssten wir mit Inhalt füllen, was ja gar nicht so einfach ist. Oder welche andere Wertordnung treibt Sie an?

Florian Schiffbauer: Es ist dasselbe wie mit „Leitkultur“ oder „Gemeinwohl“. Ich persönlich kann, von meinem Glauben aus gesehen, konkrete

Maßnahmen oder Ziele definieren, aber ich würde mir nicht herausnehmen, sie zu generalisieren. Auf Konkretes kann man sich einigen, die Gesellschaft funktioniert nicht anders. Aber darüber hinaus, in Richtung einer zentralen Werteordnung wird es sehr schwierig.

Arno Logiewa: Bei der christlichen Werteordnung gehört es schon dazu, dass wir uns auch über sie streiten können – innerhalb des Christentums. Darüber hinaus gibt es keine absolut verbindliche Position, sondern einen Diskurs in den Kirchen und zwischen den Kirchen. Für mich gehört dazu auch die Fähigkeit, zu verzeihen, wenn man sich einmal heftiger gestritten hat. Gerade aktuell haben wir ja eine solche Situation, in der wir vielleicht wieder etwas zurückdrehen müssen, auch zwischen den Unionsschwesterparteien.

Florian Schuller: Gibt es eine grüne Werteordnung?

Julian Zuber: Die CSU ist zurzeit deutlich zerstrittener als wir, aber wir sind auch divers, und da ist es schwierig, von einer Werteordnung zu sprechen, schon gar nicht von einer grünen. Es gibt natürlich viele Christen bei den Grünen. Übrigens finde ich das Wort „Werteordnung“ sehr komisch, weil es suggeriert, es gäbe keine Inkonsistenzen. Ein sehr deutsches Wort. Ich finde „Wertebild“ schöner. Trotz aller Grundsätze, die man sich selber auferlegt, oder an die man glaubt, wird es immer wieder Situationen geben, bei denen ich auch meine Überzeugungen hinterfrage. Etwas anderes zu behaupten wäre zumindest in meinem Fall unwahr. Dennoch finde ich es wichtig, dass man Grundprinzipien treu bleibt. Dann ist es leichter, sich auf die Achtung der Menschenwürde hin zu orientieren.

Florian Schiffbauer: Vielleicht kommt es nicht unbedingt darauf an, allgemein zu definieren, welche Werte oder Ordnung oder Wertebild man hat. Vielleicht reicht auch schon der Prozess, dass ich darüber reflektiere, auch gesellschaftlich immer wieder nachdenke.

Florian Schuller: Werte, Tugenden, Haltungen, Ideale – die kommen ja nicht irgendwie aus der Luft, sondern entstammen bestimmten Traditionen, nicht zuletzt im Raum der Kirchen. Wie

erleben Sie offizielle Stellungnahmen der Kirchen, seien sie nun von Bischöfen oder Synoden, oder anderen Repräsentanten? Erleben Sie die als hilfreich, als fordernd, als einengend?

Julian Zuber: Mich stört es weniger, was die Kirche, also die Institution Kirche, sagt, weil für mich als evangelischen Christen Kirche die Gemeinschaft der Gläubigen ist. Ich stimme Professor Maier zu, dass ich es als sehr angenehm empfinde, gerade in Deutschland und beispielsweise in Kontrast zu Polen, dass hier Gegenstimmen von Einzelnen kommen. Und ich bin sehr dankbar, dass es hier nicht jeden Sonntag den Bischof als Talkshow-Gast gibt.

Arno Logiewa: Die Flüchtlingskrise wurde schon angesprochen. In ihr zeigt sich, dass die Kirche doch sehr hilfreich ist, gerade dann, wenn sie politische Prozesse begleitet und manchmal auch zur Raison ruft. Aber alles muss sich an den politischen Realitäten messen. Die Kirche ist keine politische Organisation und braucht sich daher auch nicht mit den vielen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auseinanderzusetzen, wie es die Politik tun muss.

Florian Schiffbauer: Kurz noch zum Kirchenbegriff. Wenn ich im katholischen Bereich hochschulpolitisch aktiv wäre, müsste ich nur mit der Deutschen Bischofskonferenz als Ansprechpartner telefonieren. Auf evangelischer Seite hat der Ansprechpartner auf Seiten der EKD häufig gar keinen eigenen Haushalt, und ich muss dann zu 22 oder 23 Landeskirchen gehen, das verkompliziert es natürlich. Man hat sich arrangiert damit, aber ich würde mir manchmal schon mehr Einigkeit oder auch Zusammenarbeit wünschen.

Im politischen Bereich finde ich es bemerkenswert, wie die EKD und auch die Deutsche Bischofskonferenz christliche Lobbyarbeit betreiben, besonders bei ethischen Fragestellungen. Das letzte Beispiel ist die Debatte über die fünfte Änderung des Arzneimittelgesetzes. Da ging es darum, ob man an Demenzkranken Versuche durchführen darf, wenn sie als Gesunde früher einmal zugestimmt hatten. Die Position der beiden Kirchen ist medial sehr gut aufgenommen worden, auch von der Politik.

Auf der anderen Seite, Herr Beckstein hat es vorher angesprochen, wer-

den Themen ausgeklammert, auch bei EKD-Denkschriften. Zum Beispiel ging es so bei Leitlinien kirchlichen Lebens, ob ein Ausgetretener zum Abendmahl zugelassen werden kann. Manche Stellen sind da schön konkret ausformuliert, aber dann fühlt man sich in der konkreten Praxis als Gemeindemitglied auch ein bisschen alleine. Ähnliches gilt bei gesellschaftspolitischen Positionen.

Florian Schuller: Sie alle drei sind evangelische Christen, ich bin der einzige Katholik auf dem Podium. Deshalb erlaube ich mir die Frage, wie Sie die katholische Kirche wahrnehmen.

Florian Schiffbauer: Man hat ziemlich viele Vorurteile als protestantischer Christ, weil man vieles nicht kennt. Wie ist das jetzt wirklich mit dem Papst, wann ist er wirklich unfehlbar? Es gibt eine Riesenpluralität im Katholizismus, die nehme ich als protestantischer Christ, wenn ich meinen Glauben liebe, erst einmal gar nicht wahr. Man spricht dann von „den“ Katholiken.

Julian Zuber: Ganz intuitiv habe ich das Gefühl, mit den Entwicklungen der letzten Jahre, auch in Bezug auf den Papst, dass es für mich heute deutlich leichter geworden ist, katholische Positionen zu unterstützen. Früher war das anders: Ich denke da vor allen Dingen an die Politik des Sexualstrafrechts, die Kämpfe, die auch ausgefochten wurden von CDU-Ministern in den 1980ern. Es scheint mittlerweile innerhalb der katholischen Kirche sehr viele Menschen zu geben, die Kopfschmerzen haben mit solchen Positionen.

Arno Logiewa: Der Diskurs in der katholischen Kirche wird zumindest bei den Katholiken, die ich kenne, die aber auch in der Kirche sehr aktiv sind, doch transparenter geführt. Es gibt viele begrüßenswerte Modernisierungen, aber bei diesem Wort scheue ich immer etwas zurück.

Florian Schuller: Wir haben über Werte gesprochen, über Werteordnung, über Grundhaltungen. Ein wichtiger Begriff in diesem Feld ist der der Verantwortung. Wenn man Sie fragt, wem gegenüber wissen Sie sich verantwortlich, was antworten Sie dann? Dem eigenen Gewissen? Personen gegenüber? Gott gegenüber? Allgemein den Menschen gegenüber? Der Zukunft gegenüber? Der Schöpfung gegenüber?

Florian Zuber: Eine sehr große Frage. Ohne irgendeine Wertung vorzunehmen, erstens den Menschen gegenüber. Ich bin mit 14 Jahren Amnesty International beigetreten, und das war auch einer der Hauptgründe, überhaupt politisch aktiv zu werden. Aber natürlich hat es auch etwas mit dem eigenen Gewissen zu tun, sich immer wieder zu prüfen und auch den Luxus zu haben, im Zweifel seinem Gewissen folgen zu können und eben auch die Konsequenzen daraus zu ziehen. Ich war noch nie in der Situation, dass das notwendig gewesen wäre, aber vielen Verantwortlichen in der Berufspolitik ist das schon passiert. Ich habe gerade das Gefühl, dass, überspitzt formuliert, die „baby boomer“ Europa an die Wand fahren, und die „millennials“ jetzt an die Macht müssen. Viele meiner Freunde sind überzeugt, dass in Bezug auch auf den „Brexit“, auf das, was in Frankreich oder auch in Osteuropa passiert, die jetzige, junge, nachwachsende Generation deutlich transnationaler denkt. Die Zeit rennt, gerade in Bezug auf 2017, und jetzt muss sich eine sehr starke Stimme auch der jungen Generation in Deutschland, Frankreich und Großbritannien formieren, spätestens in den nächsten

Monaten. Wir sind mit Schengen aufgewachsen, und das spürt man einfach an der Art, wie wir über Europa denken. Genau darauf richtet sich mein aktuelles Verantwortungsbewusstsein.

Arno Logiewa: Verantwortlich ist man vor allem zunächst sich selbst gegenüber, dann den Menschen, die man vertreten will, oder für die man sich engagiert. Deswegen habe ich auch Schwierigkeiten mit der „baby boomer“-Deutung, da schwingt für mich zwar nicht Arroganz mit, aber es hat ein Gschmäckle, wie man es sagt. Denn die „baby boomer“ sind auch die, die ein politisches Europa geschaffen haben. Dass sie das jetzt vor die Wand fahren würden, sehe ich nicht so. Aber ohne Frage müssen wir uns als junge Generation stärker einbringen auch in die europäische Politik, die eben doch als abstrakt und langweilig wahrgenommen wird. In unserer Generation gibt es viele Superengagierte, aber es gibt einen ganz großen Teil, die wenig Interesse am politischen Geschehen haben, wenn überhaupt.

Florian Schuller: Der evangelische Theologe kommt wohl bei Verantwortung um die Antwort Gott nicht herum?

Florian Schiffbauer: Genau. Ich habe mir aber schon gedacht, dass ich nicht zu theologisch oder idealistisch antworten sollte. Denn wenn ich mich als Mensch wahrnehme, gerade auch als nicht perfekten, und auf die irdische Situation sehe, nicht auf das Jenseits, sind meine Mitmenschen die Bezugspersonen.

Florian Schuller: Nochmals ein Blick auf Ihre Generation, auf Ihre Altersgenossen zwischen 20 und 30. Vorhin sprachen wir über den Brexit. Wenn Ihre transnational denkenden englischen Altersgenossen mehr zur Wahl gegangen wären, und nicht nur zu 30 Prozent, dann wäre das Brexit-Votum anders ausgefallen. In Ihrer Generation, sagt man, gibt es die Sehnsucht nach „work-life-balance“, danach, Beruf und privates Leben gut auszugleichen. Dann hört man immer wieder den Vorwurf der Alt-68er, die Jungen seien zu unpolitisch. Können Sie uns Hoffnung machen?

Florian Schiffbauer: Die Jugend ist heute genauso politisch aktiv wie früher, nur nicht unbedingt in Parteien. Die Strukturen haben sich geändert, vielleicht wird es mehr Kampagnen geben, also bei gewissen Themen zu einer Mobilisierung führen, zum Beispiel auch bei der Kandidatenkür, wenn Personen stärker mit Themen verbunden werden.

Auf der anderen Seite muss ich auch mit meinen hochschulpolitischen Erfahrungen besonders in Bayern als Fachschaftsvertreter zugeben: Ich habe schon Schwierigkeiten, zum Beispiel eine Studentenandacht zu halten, weil sie ja nicht direkt auf das Studium bezogen ist. Die Sehnsucht nach der „work-life-balance“ ist schon sehr ausgeprägt. Die Bereitschaft der Generation meiner Eltern oder davor, ab der Uni die nächsten zehn, zwanzig Jahre etwas zu machen, was vielleicht nicht hochspannend ist, aber mit der Aussicht, danach Karriereschritte oder zumindest einen spannenden Job zu haben, die gibt es nicht mehr. Man muss aber gar nicht so viel bei den Strukturen ändern, allerdings sicher viel mehr kommunizieren, warum zum Beispiel am Anfang gewisse Tätigkeiten notwendigerweise stehen, um die grundsätzliche Sinnhaftigkeit eines Berufs früher sehen zu können, auch die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten.

Arno Logiewa: Auch ich meine, dass unsere Generation nicht unpolitischer geworden ist, auch wenn das allgemeine Interesse an großen politischen Strukturen nachgelassen hat. Wir sind vielleicht pragmatischer geworden, der Großteil unserer Generation ist auf jeden Fall irgendwie engagiert, und zwar mit Partikularinteressen. Man setzt sich ein für den Umweltschutz oder für Entwicklungszusammenarbeit in der Dritten Welt, man hat aber wenig Interesse an einer Parteimitgliedschaft oder daran, sich mit anderen Sachthemen auseinanderzusetzen. Wenn ich mich für den Umweltschutz engagiere, merke ich immer wieder: Es gibt sehr viele Leute, die in diesem Punkt wirklich kompetent sind, aber wahnsinnige Lücken haben, was die ökonomischen Fragen betrifft. Und es ist auch überhaupt kein Interesse vorhanden, sich mit den größeren Systemen auseinanderzusetzen, und natürlich auch überhaupt null Interesse, eine Ochsentour durch die Partei zu machen. Die Frage bleibt, wie kann Politik unserer Generation wieder etwas anbieten, sich uns wieder schmackhaft machen.

Julian Zuber: Ich stimme meinen beiden Vorrednern größtenteils zu. Aber gerade der letzte Satz, wie kann Politik sich uns wieder schmackhaft machen, ist sehr symptomatisch für meine Generation. Es gibt schon eine sehr hohe Anspruchshaltung bei uns allen, weil wir sehr stark profitieren vom Wohlstand, aber auch von der europäischen Einigung. Es ist statistisch auch so, dass meine Generation mehr im Ausland gelebt hat, im europäischen zumindest, und das prägt.

Die Entscheidung, ein gewisses Produkt zu kaufen, das ethischen Kriterien entspricht, ist ein politischer Akt, der zugegeben mit Geld verbunden ist. Bei den 68ern war kritischer Konsum Konsumverzicht. Das ist nicht mehr so. Ich habe aber ein Handy, das hier hergestellt ist. Es kostet ein paar Euro mehr, aber hält auch länger. Es ist also nicht teurer. Freunde von mir haben eine Kaffee-Kooperative in Ecuador, ich beziehe mehr oder weniger meinen eigenen Kaffee und weiß, wie er hergestellt wird. Es gibt also sehr vieles, aber ich stimme zu, dass das nicht innerhalb von Parteien stattfindet, wohl aber sehr, sehr politisch ist.

Es gibt allerdings ein Nachwuchsproblem in der Politik. Und zwar dann, wenn unser politisches System, das sicher zu Recht in der bisherigen Form im Kern auf Parteien basiert, sich nicht reformiert. Dr. Beckstein und Prof. Maier haben vorhin gefragt, wie das sei mit christlichem Nachwuchs. Es stimmt, die „bloß weg“-Haltung gibt es nicht. Aber das Problem ist viel gravierender. Es gilt nämlich grundsätzlich für alle, die politisch interessiert und gleichzeitig sehr qualifiziert sind: Sie leben oft immer wieder im Ausland. Sie studieren international, haben Karrieren, bei denen sie viel unterwegs sind, und das verträgt sich einfach null mit dem Lokalitätsprinzip von Parteien. Denn ein Großteil, und dazu zähle ich einfach einmal 99 Prozent meines Bekanntenkreises, leben nicht lange am gleichen Ort. Solange politische Strukturen nicht mobiler werden, bleibt es ein riesiges Problem, wie man parteipolitischen Nachwuchs generiert.

Das geht wahrscheinlich nur zum einen durch eine Änderung der Anspruchshaltung. Dass man nämlich nicht nur sagt, ich will das Beste, ich will hier das Praktikum, und dort im Ausland arbeiten, sondern sich auch fragt, was verstehe ich eigentlich als meine Pflicht: vielleicht meine Fähigkeiten längerfristig vor Ort einzusetzen. Zum ändern bin ich davon überzeugt,

dass sich Parteien reformieren müssen. Es darf nicht sein, dass es als Qualitätsmerkmal innerhalb von Parteien gilt, seit seinem 14. oder 15. Lebensjahr zu wissen, was ein gutes und was ein schlechtes Argument ist. Die Leute in meiner eigenen Partei und in anderen Parteien, die schon immer nichts anderes als Parteipolitik machen und nicht über den Tellerrand schauen, sind vollkommen uninteressant. Von denen lerne ich nichts. Ich treffe mich ständig mit Menschen aus anderen Parteien und empfinde es deshalb als ein riesenproblem, dass sich Parteien nicht stärker überlegen, wie sie Quereinsteiger motivieren, oder grundsätzlich die Dominanz des Senioritätsprinzips in Frage stellen. Schon immer in der Jungen Union oder in der Grünen Jugend gewesen zu sein ist für mich kein Selbstzweck. Wenn man die guten Leute haben will, und wenn wir wollen, dass unsere Generation parteipolitisch aktiv ist, dann müssen wir überlegen, wie wir hochmobile, talentierte Menschen in Parteistrukturen integrieren. Dazu müssen sich beide Seiten bewegen.

Florian Schuller: Dieser Impuls sollte übrigens auch innerhalb der Kirchen kreativ aufgenommen werden. Jeweils eine Schlussfrage mit der Bitte, mit einem Satz zu antworten. Herr Zuber, Sie sind heute von Berlin nach Tutzing gekommen. Der Untertitel unserer Veranstaltung zielt auf eine große Spannweite: „Zwischen Kompromiss und Kompromittierung“. Zwischen Berlin und Tutzing herrscht sicher auch im Blick auf die konkreten Lebenssituationen eine große Spannung. Welchen Kompromiss als bayerischer Mensch würden sie in Berlin nie eingehen, weil er sie kompromittieren würde?

Florian Zuber: Die Berliner haben es inzwischen gelernt: Ich würde nicht auf Augustinerbier verzichten.

Florian Schuller: Herr Schiffbauer, wenn Martin Luther heute zu einem Jahrestreffen der Stipendiaten des Evangelischen Studienwerks Villigst käme, der evangelischen Hochbegabten-Institution, welchen Tipp würde er den politisch wachen Studierenden geben, damit die den richtigen Weg zwischen Kompromiss und Kompromittierung finden?

Florian Schiffbauer: Er würde denen gar nichts raten, sondern nur feststellen, es sind fitte Personen; das Studienwerk sucht schon Leute aus, die gesellschaftlich aktiv sind. Er würde sicher seine Meinung sagen, aber nicht mit dem Anspruch, dass kompetente Leute nicht selber auf gute Ideen kommen.

Florian Schuller: Eine echt evangelische Antwort: Individualität; ich bin „next to God“ und brauche nicht Martin Luther dazu. Herr Logiewa, es gibt da immer wieder mal die dumme Rede vom kühlen Juristen. Es gibt auch manchmal die Erfahrung, dass Recht und Gerechtigkeit nicht identisch sind. Was macht für Sie den idealen Juristen aus?

Arno Logiewa: Einsatz und Leidenschaft.

Florian Schuller: Danke schön. Wir älteren Menschen können hoffnungsvoll in die Zukunft schauen, wenn es solche jungen Menschen gibt. Ich freue mich über die vergangene Stunde. □

Als Christ und Theologe im Deutschen Ethikrat – ein Fallbeispiel für christliches Engagement in der Politik

Andreas Lob-Hüdepohl

I.

Politik ist in einer Demokratie die gemeinsame Gestaltung des öffentlichen Raumes unter Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger. Zum öffentlichen Raum zählen nicht nur Parlamente, sondern das, was wir heute auch zivile Öffentlichkeit nennen. Dort wird über die wichtigsten Fragen öffentlich rasoniert, die unser Leben berühren – seien dies die normativen Grundlagen unseres Zusammenlebens oder seien es strittige Details, deren Klärung einer behutsamen Diskussion und Gewichtung von Pro und Contra bedarf. Und damit zeigt sich, dass Akteure der Politik auch in einer repräsentativen Demokratie nicht nur die Mitglieder von Parlamenten oder von Regierungen mit ihren nachgelagerten Öffentlichen Verwaltungen (sozusagen als der „arbeitende Staat“) sind. Akteure der Politik sind alle, die sich an der öffentlichen Ausarbeitung und Entscheidungsfindung politischer Fragen beteiligen – in welcher Weise auch immer.

Eine herausgehobene Weise, sich an der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen, ist die Mitwirkung in förmlich etablierten Gremien, die die politischen Mandatsträger und Mandatsträgerinnen beraten und darüber hinaus zur öffentlichen Diskussion beitragen. Der Deutsche Ethikrat ist ein solches Gremium, der sich durch seine ausführlichen Stellungnahmen an der politischen Diskussion ebenso beteiligt wie durch seine Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen aus dem Bereich der Lebenswissenschaften. Genauer: Der Deutsche Ethikrat wird beteiligt. Denn er hat sich nicht selbst eingesetzt. Sondern er arbeitet auf der Grundlage eines Bundesgesetzes, das der Deutsche Bundestag 2008 beschlossen und ihm einen förmlichen Auftrag erteilt hat. Dazu heißt es in § 2 des Ethikrat-Gesetzes: „Der Deutsche Ethikrat verfolgt die ethischen, gesellschaftlichen, naturwissenschaftlichen, medizinischen und rechtlichen Fragen sowie die voraussichtlichen Folgen für Individuum und Gesellschaft, die sich im Zusammenhang mit der Forschung und den Entwicklungen insbesondere auf dem Gebiet der Lebenswissenschaften und ihrer Anwendung auf den Menschen ergeben. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere:

- Information der Öffentlichkeit und Förderung der Diskussion in der Gesellschaft unter Einbeziehung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen;
- Erarbeitung von Stellungnahmen sowie von Empfehlungen für politisches und gesetzgeberisches Handeln;
- Zusammenarbeit mit nationalen Ethikräten und vergleichbaren Einrichtungen anderer Staaten und internationaler Organisationen.“

Um diese durchaus anspruchsvolle Beratungsaufgabe erfüllen zu können, muss er eine sowohl in fachlicher wie in ethischer Hinsicht breite Expertise zusammenbinden. Deshalb legt das Ethikrat-Gesetz bezüglich der Zusammensetzung in § 4 weiter fest: „(1) Der Deutsche Ethikrat besteht aus 26 Mitgliedern,



Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Professor für Theologische Ethik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin, Mitglied des Deutschen Ethikrates

die naturwissenschaftliche, medizinische, theologische, philosophische, ethische, soziale, ökonomische und rechtliche Belange in besonderer Weise repräsentieren. Zu seinen Mitgliedern gehören Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den genannten Wissenschaftsgebieten; darüber hinaus gehören ihm anerkannte Personen an, die in besonderer Weise mit ethischen Fragen der Lebenswissenschaften vertraut sind.

(2) Im Deutschen Ethikrat sollen unterschiedliche ethische Ansätze und ein plurales Meinungsspektrum vertreten sein.“

Auf dieser Grundlage bin ich – zusammen mit 12 weiteren neuen Mitgliedern – im Frühjahr 2016 auf Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom Deutschen Bundestag in den Deutschen Ethikrat gewählt worden. Die dreizehn anderen Mitglieder werden direkt von der Bundesregierung benannt. Ich bin einer der vier Theologen (zwei evangelische, zwei katholische), die die Theologie analog zur Philosophie oder Medizin als Disziplin in die Beratungen einbringen sollen. Zwar ist die formale Legitimation meiner Mitwirkung unstrittig: Die Theologie ist im Ethikrat-Gesetz ausdrücklich erwähnt (vgl. § 4), und der Bundestag hat mich wie alle weiteren durch seine Wahl mandatiert. Gleichwohl stellen sich viele die Frage, warum überhaupt noch die Theologie – gemeint ist hier vor allem die christliche Theologie – in einem solchen offiziellen Gremium von Bundestag und Bundesregierung vertreten sein soll. Immer wieder wird mir die Frage gestellt: Was hat überhaupt ein Theologe im Deutschen Ethikrat zu suchen? Ist das angesichts des Bedeutungsverlustes der Kirchen, mehr noch, in einer pluralen Gesellschaft und einem säkularen Staat nicht anachronistisch?

Die Antwort auf diese Frage ist eigentlich einfach: Weil es dem Selbstverständnis einer demokratisch verfassten

Öffentlichkeit, als deren Teil der Deutsche Ethikrat sich begreift, und dem Selbstverständnis einer katholischen Theologie entspricht. Beides passt sachlich zusammen. Da allerdings diese knappe Antwort nur wenigen sofort einleuchtet, will ich sie im Folgenden ausführlicher erläutern.

II.

Zunächst sei nochmals an das Selbstverständnis des Deutschen Ethikrates erinnert: Obwohl er vom Bundestag eingerichtet und damit rechtsförmlich wie finanziell an ihn angebunden ist, ist er nicht Teil der parlamentarischen Legislative oder der regierungsgebundenen Exekutive. Beide Seiten sind frei: Die Mitglieder des Ethikrates unterliegen ausdrücklich keiner Weisungsbindung, und auch Bundestag und Bundesregierung sind völlig frei, den Empfehlungen des Ethikrates zu folgen oder nicht. Deshalb ist der Ethikrat faktisch eher Teil der Zivilgesellschaft. Er ist nämlich ein exponierter Ort politisch-rasonierender Öffentlichkeit und trägt durch seine interdisziplinäre Expertise zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in strittigen Detailfragen humaner Lebensführung bei. Damit beteiligt er sich an der Selbstverständigung über jene normativen Grundlagen, die für friedvolles Zusammenleben in einer plural verfassten Gesellschaft unverzichtbar sind. Zivile Gesellschaften sind auf die Vielstimmigkeit öffentlicher Rasonnements angewiesen. Zugleich müssen sie in einer demokratischen Gesellschaft bestimmte Spielregeln voraussetzen. Zu ihnen zählen etwa der bedingungslose Respekt vor der politischen und moralischen Autonomie der Anderen oder der Verzicht auf jede Form autoritärer Durchsetzung der eigenen Auffassung. Eine zivile Gesellschaft vertraut stattdessen auf jenen, wie es Jürgen Habermas es prägnant formuliert, „zwanglosen Zwang“, der dem besseren, weil plausibleren, stichhaltigeren und überzeugenderen Argument zur öffentlich geteilten Geltung verhilft.

Und da kann ich mich als katholischer Moraltheologe in guter Gesellschaft wissen. Denn die theologische Ethik teilt diese Voraussetzungen – und zwar auf der Basis ihres eigenen Selbstverständnisses. Könnte sie dies grundsätzlich nicht oder würde sie andere Positionen lediglich im Sinne einer „Erlaubens- und Duldungstoleranz“, wie Rainer Forst es jüngst formulierte, zulassen, dann müsste sie in unserer demokratischen Gesellschaft letztlich des Spielfeldes politisch-rasonierender Öffentlichkeit verwiesen werden.

Nun, theologische Ethik verstehe ich als „Auslegung des Glaubens in den Reflexionsfiguren der Ethik“. Ethische Reflexionsfiguren erfassen die ganze Breite unseres moralischen Handelns. Die Beantwortung der Frage „Was soll ich/sollen wir tun?“ (Kant) führt zu fundamentalen Fragen etwa des freien Willens, der Handlungstheorie, der Genese und Geltung moralischen Orientierungswissens. Und sie führt zu den Fragen angewandter bereichsspezifischer Ethik (Medizin-, Rechts-, Sozial-, Umwelt-ethik) bis zu den Fragen geltungslogischer wie existentieller Letztbegründung: Warum überhaupt moralisch sein in einer Welt, in der Moralität zu leben mitunter eher gefährlich werden denn förderlich sein kann?

Auf diese letzte Frage wird die theologische Ethik den christlichen Glauben beispielweise dahingehend auslegen können, dass das hoffende Vertrauen in die rettend-befreiende Wirklichkeit, die Christinnen und Christen als den Gott Sarahs und Abrahams und den Gott Jesu Christi bekennen, zu einer spezifisch innovatorischen Lebensform er-

III.

mutigen kann – nämlich das eigentlich Vernunftgebotene gegen die faktische Übermacht einer zu Teilen bornierten Unvernunft menschlicher Lebenswelt zu praktizieren und darin eingewöhnte Handlungsblockaden und machtförmige Selbstbehauptungsstrategien zu überwinden.

Damit wird deutlich, dass sich die theologische Ethik von einer rein philosophisch argumentierenden Ethik zunächst nur wenig unterscheidet. Denn im Zentrum ethischer Reflexionsfiguren stehen praktische Diskurse mit allen ihren Abwägungs- und Begründungserfordernissen moralischer Handlungsorientierungen wie zum Beispiel Normen. Und hier führt die Auslegung des christlichen Glaubens zur theologisch zwingenden Einsicht: Theologisch-ethische Argumente sind Vernunftargumente oder sie sind eben keine Argumente. Ansonsten sind sie Einlassungen, die zwar das Sinn- und Orientierungspotential kirchlicher Erinnerungs- und Erzählgemeinschaften in den öffentlichen Diskurs einzuspeisen sich mühen, deren Narrationen aber erst noch in vernunftgemäße Argumentationen übersetzt werden müssen.

Theologische Ethik ist hier ganz in der Spur philosophischer Ethik beziehungsweise praktischer Philosophie. Sie teilt mit ihr alle Bemühungen und Kontroversen, die sich sachlich oder methodologisch ergeben: etwa wissenschaftlich redliche Antworten auf die Fragen „Was will für mich gelten?“, also die Frage nach dem persönlich guten Leben. Oder auch: „Was darf für mich gelten?“ also die Frage nach der Vereinbarkeit meines guten Lebens mit dem guten Leben aller anderen. Das sind Fragen nach der Gerechtigkeit. Oder auch, „Was muss für mich gelten?“ also die Frage nach den negativen wie positiven Pflichten, die ich für das Wohlergehen anderer habe. Das berührt bekanntlich die Frage nach der Solidarität.

Und hier führt die Auslegung des christlichen Glaubens zur theologisch zwingenden Einsicht: Theologisch-ethische Argumente sind Vernunftargumente oder sie sind eben keine Argumente.

Natürlich stellen sich an diesem Punkt viele die Frage, warum eine theologische Ethik aus theologischen Gründen eine Vernunftethik sein soll? Oder anders formuliert: Warum kann sie nicht einfach den Vorgaben der Bibel oder des kirchlichen Lehramts folgen, das um klare Ansagen doch in der Regel auch nicht verlegen ist?

Das wäre vielleicht manchmal sehr bequem, aber da hat uns – wenn Sie mir die saloppe Formulierung erlauben – unser Herrgott bei der Erschaffung der Welt einen gehörigen Strich durch die Rechnung gemacht. Nochmals ernster: Der Konzilstheologe Karl Rahner hat das Selbstverständnis einer katholischen Moraltheologie sehr schön auf den Punkt gebracht, wenn er in seinem Grundkurs des Glaubens festhält: „Von einer Katechismus-Theologie durchschnittlicher Art her könnte man meinen, das Christentum fange erst dort an, wo ganz bestimmte Normen sittlicher oder kultischer oder kirchengesellschaftlicher Art respektiert werden. So ist es aber nicht. Die eigentliche totale,

umfassende Aufgabe des Christen als Christen ist die, ein Mensch zu sein, freilich mit jener göttlichen Tiefe, die ihm unausweichlich in seinem Dasein vorgegeben und eröffnet ist. Und insofern ist eben das christliche Leben Annahme des menschlichen Daseins überhaupt, im Gegensatz zu einem letzten Protest.“

Der Christ als Christ ist ganz Mensch und folgt infolgedessen dem, was ihn als Mensch im Bereich von Moral und Ethik auszeichnet. Und das ist sein Vermögen zum Gebrauch seiner Vernunft. Insofern ist die theologische Ethik Vernunftethik. Als Vernunftethik gründet sie in einer Schlüsselkategorie, die wir mit Walter Kasper „theonome Autonomie“ nennen. Autonomie steht in der moralphilosophischen Tradition Immanuel Kants im Vermögen des Menschen, sich aus Einsicht der Vernunft an ein moralisches Gesetz („nomos“, etwa das des Kategorischen Imperativs) zu binden, das seinen Erkenntnisursprung bei ihm selbst („autos“) hat. Theonom ist moralische Autonomie, weil es nach theologischer Auslegung der biblischen Anthropologie Gottes im Schöpfungsakt dokumentierter unbedingter, also „gesetzgeberischer“ Wille selber ist, dass wir uns als Menschen aus innerer Einsicht und vernünftiger Überzeugung der moralischen Verbindlichkeiten unserer Lebensführung vergewissern. Daraus folgt: Das spezifisch Christliche moralischer Praxis besteht deshalb nicht in einer exklusiven Sondermoral, sondern in der Kommunikabilität vernunftgemäßer moralischer Überzeugungen, die deshalb prinzipiell alle verstehen können.

IV.

Das alles gilt, und dennoch ist die Theologie keinesfalls überflüssig, wenn genügend Philosophie getrieben wird. Denn als „Auslegung des Glaubens“ artikuliert theologische Ethik auch Selbstdeutungen menschlicher Existenz, die zum Kern biblischer Gottesrede gehören und deshalb etwa von der Philosophie nicht expliziert werden – jedenfalls nicht in der Weise, wie es die Theologie gleichsam aus der Binnenperspektive einer gläubigen Existenz zu tun vermag, weil sie selbst der rettenden Wirklichkeit dieses Gottes vertraut. Bezogen auf das Themenspektrum des Deutschen Ethikrates wäre beispielsweise zu nennen:



Möglichkeiten und Grenzen von Christen in der heutigen Politik zeigte auch Professor Klaus Tanner auf.

Die radikale Differenz zwischen Schöpfergott und Geschöpf führt zur fundamentalen Gleichheit aller menschlichen Geschöpfe – und zwar über die ganze Spanne menschlichen Lebens, das sich als steter Prozess von Werden und Vergehen erweist und deshalb keinen Spielraum zulässt für gradualistische Deutungen des Menschlichen in mehr- oder minderwertig. Dies hat unmittelbare Folgen für den Umgang mit Fragen des vorgeburtlichen Lebens, des Lebens mit Behinderungen, in Krankheit oder im Altern.

Oder ein weiteres Beispiel: Das hoffende Vertrauen in das unbedingte Bejahtsein durch Gott vor aller Leistung, trotz aller Schuld und unabhängig aller Fragilitäten oder Unzulänglichkeiten befreit vom Druck permanenter Selbstoptimierung und ängstlich-verbissener Selbstbehauptung. Dass Mitmenschen anderen gegenüber dieses Bejahtsein durch eine Solidarität auch ohne Rechtsansprüche mitteilen, gehört zur Basis einer Gesellschaft, die noch diesseits aller notwendigen Systeme sozialer Sicherungen eine gelingende Lebensführung aller durch ein leibhaft erfahrenes und gestaltetes Leben in Gemeinschaft und sozialen Nähen unterstützen will.

Das hoffende Vertrauen in die heilsame Gegenwart Gottes birgt ein Widerstandspotential, das sich nicht abfindet mit dem Leiden unschuldiger Opfer.

Oder als drittes Beispiel: Das hoffende Vertrauen in die heilsame Gegenwart Gottes birgt ein Widerstandspotential, das sich nicht abfindet mit den Leiden unschuldiger Opfer. Es fördert die Sensibilität für die Perspektive der Schwachen und Verlierer gesellschaftlicher Aushandlungs- oder exklusiver Inklusionsprozesse. Diese Perspektive ist erheblich, wenn über Gesundheit, Allokation, Migration und Demenz reflektiert wird. Solche und viele weitere religiöse Selbstdeutungen menschlicher Existenz entbergen ein erhebliches Orientierungspotential für menschliche Praxis. Natürlich können und dürfen sie in den ethischen Selbstverständigungsprozessen pluraler Gesellschaften keine fraglose Akzeptanz beanspruchen. Aber es wäre umgekehrt höchst fatal, wolle man deren humanisierenden Gehalte unbefragt beiseiteschieben. Religiöse Überzeugungen mögen zwar nicht zwingend sein, triftig sein könnten sie aber allemal. Denn sie beziehen sich auf die Wirkmächtigkeit eines Gottes, der zwar „ungewiss hinsichtlich seiner Wirklichkeit, gewiss aber hinsichtlich seiner Möglichkeit ist“ (Hans-Joachim Höhn).

Deshalb sollte eine politisch-räsonierende Öffentlichkeit wenigstens damit rechnen, dass religiöse Traditionen auch für religiös Unmusikalische (Max Weber) sinnvolle Intuitionen auf den Begriff bringen. „Man muss“, wie der nach eigenem Bekunden selbst religiös unmusikalische Jürgen Habermas es einmal formuliert hat, „nicht zu allem ‚Ja‘ und ‚Amen‘ sagen, um zu verstehen, was mit einer religiösen Rede gemeint ist.“ Und umgekehrt werden religiös Unmusikalische die kritischen Gegenreden und Infragestellungen „von außen“ für die notwendigen „Läuterungsprozesse“ ihrer eigenen Auslegungen biblischer Narrationen und religiöser Traditionen zu nutzen wissen. Auch dafür ist der Deutsche Ethikrat ein wichtiger Lernort.



Prof. Ursula Männle, die Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, freute sich über die gute Zusammenarbeit mit den beiden kirchlichen Akademien.

V.

Es dürfte niemanden verwundern, dass im Deutschen Ethikrat im besten Sinne des Wortes immer wieder heftig gerungen und ja auch gestritten wird. Diskurs ist eben Diskurs und eben nicht ein allseits verständiges „anything goes“, das letztlich nur Ausdruck einer repressiven Toleranz wäre, mit dem sich die faktisch mächtigere Position in zynischer Weise durchsetzt. Angesichts der diffizilen Probleme unseres Alltags, namentlich im Bereich moderner Medizin und Lebenswissenschaften, ist es manchmal nicht ohne skrupulöse Diskursivität, ohne penible und gewissenhafte Prüfung der unterschiedlich in Rede stehenden Auffassungen nicht zu machen. Aber: Solche Strittigkeiten in moralischen Fragen gehören zum Erbe auch theologischer Ethik. Ohnehin sind moralische Urteile notwendige Gewissensurteile, in denen sich das Ringen jeder/s Einzelnen um Strittiges manifestiert: „In der Treue zum Gewissen sind die Christen mit den übrigen Menschen verbunden im Suchen nach der Wahrheit und zur wahrheitsgemäßen Lösung all der vielen Probleme, die im Leben der einzelnen wie im gesellschaftlichen Leben entstehen“, formulierte es das Zweite Vatikanische Konzil in der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“.

Natürlich führt dialogisch-diskursives Sich-Beraten oftmals zu schwierigen Abwägungen konkurrierender moralischer Güter. Gelegentlich nötigt es zu Kompromissen und sogar zu tragischen Entscheidungen. Überdies kann selbst die skrupulöseste Gewissenhaftigkeit aller schon aus Gründen stets begrenzt verfügbarer Erkenntnisse und Einsichten im Ergebnis irren. Und dennoch führt kein Weg an der Notwendigkeit und Verbindlichkeit eines Gewissensurteils vorbei. Der Verweis auf die Mehrheitsmeinung eines common sense oder die Ersatzvornahme durch ein kirchliches Lehramt ist prinzipiell ausgeschlossen. Theologisch gesehen ist dieses Eingeständnis kein Makel. Im Gegenteil, es dokumentiert vielmehr die christliche Lebensfigur ernsthafter Gelassenheit: Moralische Probleme sind – so drängend sie sein mögen – in erster Linie nicht verbissen zu lösen, sondern entspannt zu klären. Christlich ist diese Grundhaltung deshalb, weil sie auf das Wirken des Geistes Gottes vertraut – nach Überzeugung unseres Glaubens

eben einer der drei Personen, in denen der Eine Gott sich der Welt teilt. Und der Geist weht eben dort, wo Er will (und nicht immer, wo wir ihn spontan vermuten und fixieren). Deshalb gilt die apodiktische Forderung des Paulus: „Lösch den Geist nicht aus! Verachtet prophetisches Reden nicht! Prüft alles und behaltet das Gute!“ (1 Thess 5,20f) Auch das gehört mit Karl Rahner zu jener „göttlichen Tiefe“, die jedem Menschen „unausweichlich in seinem Dasein vorgegeben und eröffnet ist“. □

Presse

Katholische Nachrichten-Agentur

12. September 2016 – Angesichts des aktuellen Streits hätte sich die Evangelische Akademie in Tutzing kaum einen besseren Zeitpunkt für eine Tagung über „Christen in der Politik“ aussuchen können. Welche Rolle spielt die Religion im politischen Alltag, was bedeutet das „C“ in Namen der Unionsparteien noch?

Das waren nur zwei von vielen Fragen bei der Konferenz am Wochenende. Sie bedeutete eine Premiere, denn die Katholische Akademie Bayern sowie die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung wirkten als Kooperationspartner mit.

Bernd Buchner

12. September 2016 – Der ehemalige bayerische Kultusminister Hans Maier (CSU) hat sich hinter die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gestellt. „Die Offenheit für Schutzsuchende scheint mir eine konsequente Fortsetzung der christlichen Hinwendung zu Europa in den 1950er Jahren“, sagte er am Freitag in Tutzing. Der unionsinterne Streit in der Asylpolitik drohe die „dringend benötigte Gemeinsamkeit zu erschüttern“. Maier drückte die Hoffnung aus, „dass die Vernunft noch vor der nächsten Bundestagswahl zurückkehrt“

Worin besteht der christliche Beitrag zur Politik heute? (I)

Petra L. Guttenberger

I.

„Worin besteht der christliche Beitrag zur Politik heute?“ oder eigentlich „Worin besteht der christliche Beitrag zum modernen Verfassungsstaat?“ oder „Hat das christliche Element überhaupt Bedeutung im modernen und säkularen Verfassungsstaat und der aktuellen Politik?“. Ich bin der festen Überzeugung: Ja. Sie kennen meinen politischen Hintergrund und wissen deshalb, dass ich der festen Überzeugung bin, Politik aus christlicher Verantwortung heraus zu gestalten.

Wo zeigen sich also dann diese Elemente? Ich weiß, Sie haben schon viele Facetten dieses Themas am gestrigen Tag behandelt. Heißt „christliche Toleranz“, dass der christlich motivierte Politiker, die christlich motivierte Politikerin alles hinnehmen und in ihrer Toleranz die eigenen Standpunkte hinten anstellen, dass sie alles ertragen, alles akzeptieren und dabei unter Umständen den anderen die Gestaltung überlassen?“ Ich meine ganz klar: „Nein“. Letztendlich beruht und beruhte unser Staat auf Werten, auf Spielregeln, die er selbst nicht geschaffen hatte und die die Wurzeln für die Regelung genau dieses Staates sind.

Wodurch unterscheidet sich also ein moderner freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat, also unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, von anderen Staatswesen, die sich ebenfalls als demokratisch und freiheitlich verstehen? Sicher nicht dadurch, dass eine klerikale Ausrichtung erfolgt, und man zunächst bei den jeweiligen Kirchenoberen – allein das wäre schon im Christentum nicht ohne Problematik und Untiefen – um Anweisung ersucht, sondern dadurch, dass wir Werte unserem Handeln zugrunde legen, die ihre Basis in der christlich-jüdischen Geschichte, verbunden mit dem Humanismus und der Aufklärung, finden. Entscheidend ist somit der Wertekanon und Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Eigenverantwortung haben ihre Attraktivität bis heute nicht verloren.

Der Christ, die Christin in der Politik entscheidet allein nach seinem / ihrem Gewissen und ist Gott und den Menschen als Ebenbild Gottes verantwortlich. Bei allem ist das christliche Menschenbild, also das Verständnis, dass jeder Mensch einmalig und wertvoll ist, Entscheidungen zugrunde zu legen. Damit ist das Christentum eine der entscheidenden Organisationsformen beziehungsweise die prägende Entscheidungsgrundlage für den modernen Verfassungsstaat.

So waren unter anderem die Lehren von Max Weber mit bestimmend dafür, dass das Christentum nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Grundlage für eine neue politische Ordnung war und auch der Gegenentwurf gegen alle „totalitären Versuchungen“, wie der Autor Gerd Held einmal in der Tageszeitung „Die Welt“ formulierte.

Das christliche Element ist der entscheidende ordnungspolitische Grundsatz, der – und das ist mir als verfassungspolitische Sprecherin der CSU-Landtagsfraktion besonders wichtig – dafür Sorge trägt, dass jedes einzelne Individuum auch die Möglichkeit, sich zu verwirklichen, findet. Es ist das



Petra L. Guttenberger MdL, Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen des Bayerischen Landtags (CSU)

Ordnungsprinzip, das für Gerechtigkeit und Gleichbehandlung eintritt und damit die klare Basis für den Abbau und Ausgleich gesellschaftlicher Spannungen darstellt.

Im politischen Alltag heißt dies, dass ich nicht alles gleich behandeln darf, sondern, dass aus Gründen der Gerechtigkeit derjenige, der mehr leistet, auch mehr erwirtschaften und für sich verwenden kann. Als christliche Politikerin stehe ich für eine Marktwirtschaft ein, die aber einen sozialen Ausgleichsmechanismus kennt. Wichtig in der Politik heute ist, sich immer wieder vor Augen

Als christliche Politikerin stehe ich für eine Marktwirtschaft ein, die aber einen sozialen Ausgleichsmechanismus kennt.

zu führen, dass das christliche Menschenbild nicht reduziert werden darf auf die „Selbstwirksamkeit des Menschen“, wie es Held in einem Artikel formuliert, sondern das christliche Menschenbild Solidarität und Eigenverantwortung gleichermaßen normiert.

Dieses christliche Menschenbild und die christlichen Werte, zu denen für uns die Verantwortung vor Gott und die Liebe zu den Menschen gehört, der Schutz des Lebens, die Verantwortung für die Zukunft und damit Nachhaltigkeit, die Generationengerechtigkeit sowie der kulturelle Zusammenhalt und Patriotismus, ist nach wie vor das Leitbild für eine lebendige, freiheitliche und gerechte Gesellschaft. Damit ist das christliche Menschenbild die Grundlage für die solidarische Leistungsgesellschaft. Ich bin mir dabei wohl bewusst, dass dieser Begriff derzeit als extrem „unmodern“ gilt.

Hierzu gehören die eigenverantwortliche Lebensführung und Problemlösung ebenso wie die Ermöglichung gerechter

Teilhabe aller am Fortschritt. Durch Maßnahmen wie Breitbandausbau, kostenfreie Schulbildung, Ausreichung von Fördermitteln trägt die Bayerische Politik wesentlich dazu bei, dass Entwicklung in ganz Bayern stattfinden kann.

Damit ist aber auch einer Verkürzung der „christlichen Politik“ auf das Kriterium der „Selbstwirksamkeit der Menschen“, die dies an die Stelle von Leistung setzt, eine klare Absage zu erteilen. Eine Gesellschaft, bestimmt von christlicher Politik, widmet sich nicht nur den Rändern, sondern auch der Mitte der Gesellschaft. Wenn wir diese solidarische Leistungsgesellschaft aus dem Blick verlieren, schaffen wir auch für Menschen an den Rändern keine positiven Ausgangsbedingungen, da wir ihnen letztlich die Möglichkeit nehmen, sich in der Gesellschaft selbst zu bewähren.

Als Abgeordnete frage ich mich daher des Öfteren, ob wir Menschen mit Behinderung nicht besser in den ersten Arbeitsmarkt integrieren könnten, wenn es die besonderen Kündigungsschutzrechte, die erhöhten Urlaubstage, nicht gäbe. Gerade kleine Teams fürchten oft, solche Belastungen nicht stemmen zu können. Gerade Beratung geht hier oft in die falsche Richtung.

Das Christliche verweist den Menschen auf die Welt und gibt ihm auf, sich dort zu bewähren. Dies reicht von der Schöpfungsgeschichte, über die Vertreibung aus dem Paradies, die Geschichte von Gottes Sohn, bis zur Bergpredigt und vieles mehr.

Christliche Politik heute heißt also, sich einerseits vor der Verkürzung des christlichen Menschenbildes zu hüten und sich dessen immer wieder bewusst zu werden; denn gerade das Christentum ist die Religion, die Freiheit eröffnet und bewahrt. Gerade deshalb ist es wichtig, sich dies bei den Entscheidungen immer wieder vor Augen zu führen.

II.

Wie Sie sehen, klingt alles ganz einfach – ist es aber nicht. Gerade die Komplexität unseres Zusammenlebens zeigt, dass in der modernen Gesellschaft Abgrenzungsstrategien des letzten Jahrhunderts, wie Kapitalismus, Sozialismus und ähnliches, keine klaren Antworten mehr zu geben vermögen. Auch Worte wie „Pazifismus“ als grundlegendes christliches Motiv zu erkennen wäre falsch, da es letztlich die Waffen des Staates sind, die den Menschen den Frieden erhalten.

Wer sich also als Politiker oder Politikerin in Verantwortung vor Gott und den Menschen nicht darauf einlässt, nicht alles richtig machen zu können, sondern sich aus falsch verstandenen christlichen Werten darauf beschränkt, es den Menschen überall gleichermaßen recht machen zu wollen, der wird letztendlich scheitern. Ob man wie Gerd Held in „Der Welt“ dann vom christlichen Populismus redet, mag dahingestellt bleiben.

Für mich steht das „C“ im Namen der Partei, der ich angehöre, für christliche Werteorientierung und den dauerhaften Einsatz für Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und die Betonung dessen, dass Christen in eigener Verantwortung und aus eigener Gewissensüberzeugung handeln. Diese Haltung grenzt niemanden aus, der die christlichen Werte, also die Werte der Solidarität, aber auch der Eigenverantwortung entsprechend lebt und voranbringen will. Gerade hier ist es entscheidend, dass wir dies im Bereich Integration immer wieder deutlich machen.

Die christlichen Werte und eine solidarische Gesellschaft fügen sich ein in die Bedingtheit eines Staates. Jeder, der als Christ in einem Staat leben will,

muss diese Werteentscheidungen einer Gesellschaft, dieses Grundgesetz, das auf dem christlichen Menschenbild basiert, akzeptieren und es auch leben wollen. Wichtig ist es dabei, dass wir dieses allen, die zu uns kommen auch konsequent klar machen. Die Grundlagen eines Staates, wie Freiheit, Verantwortung, Solidarität, Chancengerechtigkeit, Subsidiarität sind zutiefst christlich und sind Verantwortungs- und Strukturprinzip des modernen Verfassungsstaates. „Zwingt mich also das christliche Menschenbild, eine unbegrenzte

Toleranz ist ein unverzichtbarer Pfeiler einer humanen Gesellschaft. Dies erfordert gleichermaßen die Trennung von Kirche und Staat, wie eine geregelte Kooperation mit dieser.

Zuwanderung zu akzeptieren, Eheschließungen mit Minderjährigen zu dulden, als Frau Rücksicht darauf zu nehmen, dass ich unverschleiert einen Mann irritieren könnte? Ich sage: Nein!

Eine auf christliche Werte gestützte, solidarische Leistungsgesellschaft trägt zwar auch weltweit Verantwortung, was sich in Hilfeleistungen beim Schaffen von Frieden, Entwicklungshilfe oder Hilfe in Katastrophenfällen widerspiegelt. Aber Verantwortung vor Gott und den Menschen heißt für mich, vordringlich dafür Sorge zu tragen, den Menschen vor Ort die Sicherung ihrer sozialen Systeme zu erhalten, ihr Vertrauen in den Rechtsstaat nicht zu enttäuschen und die Werte, die das Fundament unseres Staates bilden, zu achten und zu wahren. Folglich sind es die christlichen Werte, die als Struktur ein Bewusstsein für Zeit und Endlichkeit schaffen und die eine freiheitliche und selbstverantwortliche Einstellung zum Leben ermöglichen.

„Selbstwirksamkeit des Menschen“ – um noch einmal Gerd Held in der „Welt“ zu zitieren – darf nicht zu Lasten anderer gehen, sondern sollte allen zu Gute kommen. Jeder trägt Verantwortung für sich und die Mitmenschen. Deshalb fördern wir Familien, deshalb fördern wir eine Erziehung zu selbst bestimmten und sozialverpflichtenden Persönlichkeiten. Das Wissen um den Wert des Einzelnen und die Einmaligkeit des Menschen ermöglichen uns auf dieser Ebene auch den Respekt und den Dialog mit andern Kulturen und Wertvorstellungen.

III.

Toleranz ist ein unverzichtbarer Pfeiler einer humanen Gesellschaft. Dies erfordert gleichermaßen die Trennung von Kirche und Staat, wie eine geregelte Kooperation mit dieser. Dies regelt gleichermaßen die Wirkungsmöglichkeiten von Kirche und anderen Religionsgemeinschaften, legt aber auch fest, dass religiöse Freiheit immer dort endet, wo sie im Widerspruch zur Charta der Menschenrechte, dem Grundgesetz, der Bayerischen Verfassung und unserer Rechtsordnung steht.

Worin besteht also hauptsächlich der Beitrag des Christentums für die Politik heute? Aus meiner Sicht besteht er hauptsächlich darin, ein Wertegerüst zu bieten – außerhalb der Tagespolitik – aufgrund dessen alles unternommen werden muss, die Freiheit und die Solidarität in unserer Leistungsgesellschaft zu erhalten, das uns immer wieder ermahnt, die Balance zu finden. Eine Balance ist die, die sich nicht nur an den

Rändern der Gesellschaft orientiert, sondern auch an deren Mitte, die letztlich diesen Staat trägt. Das Bewusstsein, dass Verantwortung für den Mitmenschen nicht an der Staatsgrenze endet, sondern auch ein solidarisches

Eine Balance ist die, die sich nicht nur an den Rändern der Gesellschaft orientiert, sondern auch an deren Mitte, die letztendlich diesen Staat trägt.

Miteinander mit anderen Staaten zum Aufbau einer wertorientierten Weltordnung erforderlich ist, gehört ebenso dazu, wie der Umstand, dass verkürzte Sichtweisen auf einzelne dieser Bereiche die positive Entwicklung einer Gesellschaft nicht weiterbringen.

Wenn wir also davon ausgehen, dass gerade der Verweis auf die Endlichkeit und damit auch die Verantwortung vor Gott und den Menschen eines der wesentlichen Elemente unserer Politik darstellt, müssen wir unseren Standpunkt immer wieder hinterfragen. Aus meiner Sicht gibt es wenig Stellen in der Bibel – in diesem Fall im Alten Testament – die dies deutlicher vor Augen führen. So sagte in diesem Zusammenhang Kohelet: „Alles hat seine Stunde ...“.

Damit eine kurze Antwort auf die Eingangsfrage: Der Beitrag des Christentums zur heutigen Politik besteht im Bewusstsein und der Fortentwicklung des christlichen Menschenbildes und der christlichen Werte – klingt eigentlich ganz einfach und wir alle wissen, so einfach ist es leider nicht. □

Worin besteht der christliche Beitrag zur Politik heute? (II)

Kathi Petersen

I.

Weil Christen sich von Gott angenommen und gerechtfertigt wissen, brauchen sie nicht nach Selbsterlösung zu streben. In der Gewissheit, dass nichts sie von der Liebe Gottes trennen kann (Röm 8), sind sie frei, sich den Menschen und der Welt zuzuwenden. Wenn sie im Bewusstsein ihrer Fehlbarkeit politische Funktionen wahrnehmen, wird Macht für sie nicht zum Selbstzweck und ein Parteiprogramm nicht zur Ideologie. Im Vertrauen darauf, dass Gott seine Verheißungen erfüllt und die ganze Schöpfung, also auch uns, vollenden wird, unterliegen wir weder dem Zwang zur Selbstoptimierung noch dem Druck, ein ganzheitliches Leben vorweisen zu müssen.

Christen orientieren sich nicht nur im privaten Bereich, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Handeln an der Botschaft der Bibel. Die Bibel bietet keine konkreten Handlungsanweisungen oder gar Patentrezepte für die Politik, aber das ist beispielsweise auch in Erziehungsfragen nicht der Fall. Mit ihrer Deutung von Gott, Mensch und Welt gibt sie jedoch die Richtung vor: „Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch das alles zufallen“ (Mt 6,33). So gesehen kann man also durchaus mit der Bergpredigt Politik machen.

Es gibt keine „christliche“ Politik, sondern immer nur den Versuch, verantwortliche Politik zu machen. Politik gehört – wie alle menschlichen Wirkungsfelder – in den Bereich des „Vorletzten“



Kathi Petersen MdL, Mitglied des Bayerischen Landtags

(Dietrich Bonhoeffer), in dem wir uns nicht auf höhere, göttliche Legitimation, sondern nur auf unsere, immer auch begrenzten Einsichten berufen können. Es gilt, in jeder Situation das als richtig Erkannte möglichst gut zum Wohle der Menschen und der Welt umzusetzen. Ebenso spannend wie anspruchsvoll ist es, dabei die individuellen Freiheitsrechte mit der Sorge für gerechtere Verhältnisse in Einklang zu bringen.

Gerade Christen sollten sich – übrigens nicht nur in der Politik – durch intellektuelle Redlichkeit und respektvollen Umgang mit allen Menschen auszeichnen. Wir sollten darauf verzichten, uns und anderen die Verhältnisse schöner zu reden als sie sind. Es gilt vielmehr, Probleme klar zu analysieren und angemessene, nicht vereinfachte Lösungen anzubieten. Der Respekt vor den Menschen gebietet es, sie nicht für irgendwelche Zwecke zu instrumentalisieren, sondern immer ihr Wohl im Auge zu haben.

II.

Sonntagsschutz. „Der Sonntag ein Geschenk des Himmels“ lautet das Motto der „Allianz für den freien Sonntag“, einem europaweiten Bündnis von Kirchen und Gewerkschaften, das für den Schutz des Sonntags vor wirtschaftlichen Interessen kämpft. Und sie haben recht damit, denn ohne Sonntag würde der Alltag grau. Es gäbe keine Auszeit von der Fremdbestimmung, der die meisten Menschen in ihrer Erwerbstätigkeit unterliegen.

Zwar ist die Sonntagsruhe seit 1919 gesetzlich geschützt und sowohl im Grundgesetz wie auch in der Bayerischen Verfassung verankert (Artikel 147), doch für mehr als elf Millionen Menschen in Deutschland bleibt sie ein frommer Wunsch. Denn sie müssen auch am Sonntag arbeiten. Und das sind bei weitem nicht nur Ärzte, Polizisten und Busfahrer, deren Tätigkeit natürlich auch am Wochenende unverzichtbar ist.

Das Arbeitszeitgesetz lässt auch die Beschäftigung von Arbeitnehmern in

vielen anderen Gewerben zu und ermöglicht den Ländern durch eigene Verordnungen noch großzügigere Ausnahmeregelungen. So ist in Bayern auch sonntags unter anderem der Betrieb von Autowaschanlagen, Blumengeschäften, Lottoannahmestellen und Callcentern erlaubt. Dabei wird argumentiert, dass es sich um „zur Lebens- und Freizeitgestaltung notwendige Arbeiten“ handle oder die Beschäftigung der Sicherung von Arbeitsplätzen im internationalen Wettbewerb diene.

Der Schutz des Sonntags sollte uns aber mehr sein als ein Lippenbekenntnis! Wir Christen heiligen den Sonntag aus religiösen Gründen. Schon in den biblischen Schöpfungsberichten ist der jüdische Sabbat verankert, der später zum Sonntagsgebot wurde.

Auch prägt der arbeitsfreie Sonntag unser soziales und gesellschaftliches Leben. Familien wollen einen Tag in der Woche gemeinsam nutzen für Kontakte, Spiel und Freizeit. Das alles geht nicht, wenn jeder an einem anderen Tag frei hat. Auch Vereine, Hilfswerke oder Gemeinden sind darauf angewiesen, dass ihre Ehrenamtlichen am Wochenende Zeit haben für Feste, Spiele und Turniere. Unsere Gesellschaft lebt schließlich vom freiwilligen Engagement der Menschen.

Gott sei Dank gebieten inzwischen Gerichte der zunehmenden Aushöhlung der Sonntagsruhe immer wieder Einhalt: So hat zum Beispiel das Bundesverfassungsgericht 2009 auf Antrag der Kirchen die Berliner Ladenöffnungszeiten an allen vier Adventssonntagen für unzulässig erklärt. 2014 untersagte das Bundesverwaltungsgericht die Sonntagsarbeit in Videotheken, öffentlichen

Ich finde es bedauerlich, dass erst Gerichte angerufen werden müssen, damit der in der Verfassung verankerte Sonntagsschutz zu seinem Recht kommt.

Bibliotheken, Callcentern und Lotto- und Totogesellschaften, wie sie die Hessische Bedürfnisgewerbeverordnung vorgesehen hatte. Ich finde es bedauerlich, dass erst Gerichte angerufen werden müssen, damit der in der Verfassung verankerte Sonntagsschutz zu seinem Recht kommt! Hier haben wir auch in Bayern Handlungsbedarf, gerade für Christen!

III.

Flüchtlingspolitik. Nach Angaben der UN sind mehr als 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung, Armut und Perspektivlosigkeit. Die meisten von ihnen sind Binnenflüchtlinge, die in sicheren Regionen des eigenen Landes oder in den zumeist armen Nachbarländern Zuflucht suchen. Nur wenige machen sich auf den weiten und für sie lebensgefährlichen Weg nach Europa. Fast täglich berichten die Medien von gekenterten Booten auf dem Mittelmeer. Und auch in Deutschland droht ihnen Gefahr, wie zahlreiche Brandanschläge auf Flüchtlingsheime zeigen.

Dass es nicht gelingt, Flüchtlingen einen sicheren Zugang nach Europa zu gewährleisten, dass die EU-Länder sich über Quoten streiten statt solidarisch zu helfen, dass die Furcht vor angeblicher Überfremdung durch „Flüchtlingsströme“ genährt wird statt Rassismus und Nationalismus zu bekämpfen, ist ein Armutszeugnis für die Politik, auch in Bayern.



Auch der frühere Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein gab in seinem Beitrag einen Überblick über christliche Politik in der Geschichte der Bundesrepublik.



Professor Hans Maier diskutierte auch auf dem Podium mit den Teilnehmern.

Dabei sind wir ein reiches Land und keineswegs überfordert mit der Aufnahme von einer Million oder auch mehr Flüchtlingen. Es ist in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, als das Land infolge des von ihm verschuldeten Krieges weitgehend zerstört und verarmt war, gelungen, mehr als 14 Millionen Flüchtlinge zu integrieren. Angesichts unseres heutigen Wohlstands kann es doch nicht ernsthaft ein Problem sein, Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, ein menschenwürdiges Leben und eine Perspektive zu bieten. Dafür engagieren sich zahlreiche Menschen ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe. Wohlfahrtsverbände, Kirchen und NGOs sind aktiv geworden, Handwerk und Industrie fordern ein Bleiberecht für Jugendliche, die sie gerne ausbilden wollen. Kirchengemeinden gewähren Flüchtlingen Asyl, um ihnen ein faires Verfahren unter Berücksichtigung ihrer Fluchtgründe zu gewährleisten.

Als Christen ist es unsere Aufgabe in der Politik, dieses Engagement zu unterstützen und Rahmenbedingungen zu

schaffen, dass Flüchtlinge und Asylbewerber sich bei uns sicher und willkommen fühlen können. Ängste zu schüren ist dagegen weder christlich noch human! „Es ist ein Widerspruch in sich, mit dem Verweis auf ein christliches Abendland Flüchtlinge von Europa fernzuhalten“, so der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm. Denn damit wird genau das aufgegeben, was man doch angeblich retten will – das Christliche im Abendland. Trifft das nicht auch die erklärte Absicht der CSU, das Asylrecht weiter zu verschärfen und zum Beispiel nur noch christliche Flüchtlinge aufnehmen zu wollen, was auch rechtlich gar nicht geht?

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass wir an der Verwirklichung von Demokratie und der Förderung demokratischen Bewusstseins arbeiten müssen. Schon die Tatsache, dass immer mehr Bürger sich nicht an Wahlen beteiligen, zeigt den Handlungsbedarf für Politiker, die den Anspruch erheben, das Volk zu repräsentieren. Erst recht müssen uns das Auftreten der AfD

sowie die verbalen und zunehmend auch tätlichen Angriffe auf Flüchtlinge und Asylbewerber alarmieren. Hier ist nicht nur die wehrhafte Demokratie gegen rechtsextreme Gewalttäter gefordert, sondern ebenso die schulische wie vor allem auch die außerschulische Bildungspolitik. Mit ihrer derzeitigen finanziellen Ausstattung können die Erwachsenenbildung im Allgemeinen und die politische Bildung im Besonderen diesen Anspruch nicht erfüllen. Vielmehr braucht es eine erheblich höhere institutionelle Förderung aller anerkannten Träger der Erwachsenenbildung, die ihnen den notwendigen Ausbau niedrigschwelliger Angebote in den Bereichen Grundbildung, demokratische und kulturelle Bildung ermöglicht.

IV.

Entwicklungspolitik. Integration der Menschen, die zu uns kommen, ist das Eine. Darüber hinaus müssen wir es ernsthaft angehen, die Fluchtursachen soweit als möglich zu beheben, denn sie, nicht die Flüchtlinge, sind das Problem. Dafür braucht es einen langen Atem, weil die Ursachen sehr unterschiedlich sind und viele Akteure mit oft gegensätzlichen Interessen zum Umdenken und entsprechenden Handeln bewegt werden müssen. Dass wir 2016 noch immer meilenweit vom Erreichen der Millenniumsziele entfernt sind, zeigt umso mehr, dass entschiedeneres Handeln notwendig ist.

Allzu oft wird Entwicklungszusammenarbeit als eine nette Geste gegenüber ärmeren Ländern verstanden, die nach Kassenlage und im Blick auf die eigenen wirtschaftlichen Interessen erfolgt. Nur so lässt es sich erklären, dass Deutschland immer noch nicht die vereinbarten 0,7 Prozent seines Bruttovermögens in die Entwicklungshilfe investiert (aber doppelt so viel in die Rüstung). Der für Entwicklungshilfe zuständige Minister Müller bezeichnet die jüngste Erhöhung als nicht ausreichend.

Damit können und dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Vor allem dann nicht, wenn wir erkennen, dass unser Wohlstand auf einer globalen Wirtschaftsordnung beruht, welche die ärmeren Länder systematisch benachteiligt. Papst Franziskus hat es so formuliert: „Diese Wirtschaft tötet.“ Das lässt sich durch Beispiele belegen: Die WTO schreibt vor, dass die Länder ihre Wirtschaftspolitik nach dem Weltmarkt ausrichten statt auf die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung. Die Folge ist die Verelendung großer Teile der Bevölkerung, die ihre Existenzgrundlage verlieren. Das Aufbegehren dagegen führt zu Repressionen und kann, wie in Syrien, Bürgerkriege auslösen. Finanzstarke Investoren begehen in Entwicklungsländern Landraub in großem Stil und vertreiben Zehntausende von Menschen von dem Land, das sie über Generationen bewirtschaftet haben. Diese Praxis steht in diametralem Gegensatz zur alttestamentarischen Überzeugung, dass das Land letztlich Gott gehört.

Für die bayerische Politik heißt das, Entwicklungszusammenarbeit als Querschnittsaufgabe aller Politikfelder zu begreifen und zu praktizieren, ganz konkret zum Beispiel durch ein Verbot von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit – ein Antrag der SPD-Landtagsfraktion, der nach vielen Anläufen jetzt endlich eine Mehrheit gefunden hat.

Seine Partnerschaftsarbeit darf Bayern nicht vorrangig an eigenen wirtschaftlichen Interessen orientieren, sondern an den Bedürfnissen der Menschen in ärmeren Ländern. Dazu gehört die Förderung der einheimischen Landwirtschaft statt des Imports von Nahrungsmitteln. Wichtig ist auch die

Unterstützung beim Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur (vor allem sauberes Wasser, medizinische Versorgung, Schulen, Verkehrswesen, Gerichtsbarkeit), damit die Menschen in ihrer Heimat eine Zukunftsperspektive haben. Statt uns vor Armutsflüchtlingen abzuschnitten, müssen wir endlich die Fluchtursachen bekämpfen. Auf Bundes- und EU-Ebene muss Bayern sich dafür einsetzen, dass keine Wirtschaftsabkommen zu Lasten der ärmeren Länder abgeschlossen werden – das gilt gerade auch für TTIP.

Allzu oft wird Entwicklungszusammenarbeit als eine nette Geste gegenüber ärmeren Ländern verstanden, die nach Kassenlage und im Blick auf die eigenen wirtschaftlichen Interessen erfolgt.

Mehr als bisher muss Bayern in interkulturelle Bildung und damit in die Erwachsenenbildung investieren. Wir haben nur eine Welt und wir sind dafür verantwortlich, dass alle Menschen menschenwürdig darin leben können.

V.

Bioethik. In Bezug auf das Ende (Sterbehilfe) wie auf den Anfang des Lebens wird immer wieder diskutiert, ob es Kriterien für lebenswertes Leben gibt und wer darüber entscheidet. Derzeit ist die pränatale Diagnostik wieder ins Blickfeld gerückt. Ein neuer vorgeburtlicher Bluttest auf das Down-Syndrom soll eine frühere Diagnose ermöglichen. Anders als bei der Fruchtwasseruntersuchung besteht nicht die Gefahr, dass dabei eine Fehlgeburt ausgelöst werde. Deshalb wird die Forderung erhoben, die Krankenkassen sollten diesen Test zahlen.

Das halte ich nicht für akzeptabel. Wird ein solcher Test Standard, geraten Eltern, die sich trotz diagnostizierter Behinderung für ihr Kind entscheiden, unter Rechtfertigungsdruck. In der Diskussion wird auch vielfach verkannt, dass eine Behinderung oft auch Folge eines Unfalls oder einer Krankheit ist und jeden im Laufe seines Lebens treffen kann. Für Christen ist jedes Leben ein Geschenk Gottes und daher unverfügbbar.

Christliche Überzeugungen im Pluralismus der Weltanschauungen zu vermitteln ist sicher nicht einfach. Aber wir können dabei von Thomas von Aquin lernen, der gegenüber Nichtchristen mit der Vernunft, nicht mit der Offenbarung argumentierte. Auch lassen sich große Ziele meist nur in kleinen Schritten erreichen. Gerade in der Politik sind Kompromisse notwendig. Oft erweisen sich auch Korrekturen bei der Umsetzung als nötig, weil wir alle fehlbar sind.

Wichtig ist aber, immer das Ziel vor Augen zu haben und als solches anderen zu vermitteln. Saint-Exupéry hat diese Erkenntnis sehr schön formuliert: „Wenn du ein Schiff bauen willst, so suche nicht Leute, um Holz zu sammeln, Werkzeug herbeizuschaffen, Aufgaben zu verteilen und Arbeiten zu vergeben, sondern wecke in ihnen die Sehnsucht nach dem weiten Meer.“

Ich wünsche uns in Kirche und Politik, dass es uns gelingt, die Sehnsucht nach einer gerechten und solidarischen Gesellschaft – biblisch gesprochen: dem Reich Gottes – zu wecken und wachzuhalten. □



Diese Teilnehmerinnen waren am 9. und 10. September 2016 in die Evangelische Akademie Tutzing gekommen.

Verlorenes Paradies?

Bedrohte Schöpfung und bedrohte Völker im Amazonasraum

In Zusammenarbeit mit dem bischöflichen Hilfswerk Adveniat und der Erzdiözese München und Freising lud die Katholische Akademie Bayern am Abend des 25. November 2016 zur Veranstaltung „Verlorenes Paradies? Bedrohte Schöpfung und bedrohte Völker im Amazonasraum“ ein. Sie war Teil der Eröffnung der bundesweiten Adveniat-Weihnachtsaktion 2016. Bei den Workshops und Podiumsge-

sprächen wirkten Bischöfe und Verantwortliche katholischer Organisationen aus Südamerika mit sowie fachkundige Vertreter von Adveniat und der Erzdiözese. Kardinal Reinhard Marx sprach das Schlusswort. Lesen Sie im Folgenden einen Bericht der KNA-Redakteurin Barbara Just und sehen Sie Bilder der mehrstündigen Veranstaltung, fotografiert von Robert Kiderle.



Ein eindrucksvoller Film verwies auf die Probleme am Amazonas und zeigte die Arbeit der Kirche vor Ort.

Mitwelt statt Umwelt

„Amazonas-Bischof“ Kräutler wirbt für Umsetzung von *Laudato si'*

Mit päpstlichen Rundschreiben habe er immer so sein Problem gehabt – das gibt der emeritierte Bischof Erwin Kräutler zu. „Natürlich habe ich sie gelesen, aber es hat gedauert“, so der 77-Jährige. Nur bei der 2015 veröffentlichten Enzyklika *Laudato si'* sei das anders gewesen. „Bitte lesen und meditieren“, rät der aus dem österreichischen Vorarlberg stammende Bischof, der von 1981 bis 2015 mit Xingu im Norden Brasiliens eine der flächenmäßig größten Diözesen leitete. Denn es gehe darum, diese Botschaft von Papst Franziskus um das bedrohte gemeinsame Haus nicht nur ernst zu nehmen, sondern umzusetzen.

„Verlorenes Paradies?“ lautete das Thema am Freitagabend in München. Die Katholische Akademie in Bayern hatte mit Adveniat eingeladen, um über die bedrohte Schöpfung und die bedrohten Völker im Amazonasraum zu informieren. Sie stehen im Mittelpunkt der am Sonntag bundesweit eröffneten Weihnachtsaktion des Hilfswerks. Der Klimawandel, die rücksichtslose Ausbeutung von Rohstoffen, Wasserkraftwerke sowie gigantische Soja-, Zuckerrohr- und Palmölplantagen zerstören die Lebenswelt der Indigenen in diesem Gebiet zunehmend. Die Ortskirchen der neun Amazonas-Staaten setzen sich seit langem mit vielen Initiativen gegen diese Zerstörung ein.

Sollte das Abholzen des tropischen Regenwaldes weitergehen, sind die Folgen auch in Europa zu spüren. Die Luft wird deutlich schlechter werden. Ein Papst, der seit Jahren damit lebt, dass ihm Teile seines rechten Lungenflügels entfernt wurden, mag deshalb eine besondere Sensibilität dafür haben. So wurden erstmals in einer Enzyklika überhaupt das Amazonasgebiet und seine Völker genannt. Die Punkte 37 und 38 sowie 145 und 146 gehen auf deren Problematik ein. Kräutler selbst, der vorab mit Franziskus darüber gesprochen hatte, war Ghostwriter.

Aber nicht nur dies freut den „Amazonas-Bischof“. Theologisch gesehen sei es ein Highlight, dass dieser Papst zwei Aussagen aus dem Buch Genesis zusammenführe. „Macht Euch die Erde

untertan“ habe lange als Losung gegolten, die von den Menschen missbraucht worden sei, um die Natur zu vergewaltigen, so Kräutler. Der Herr habe aber auch den Auftrag des „Hegen und Pflagens“ erteilt. Deshalb gelte es, den Fuß auf die Erde zu setzen und verantwortlich mit ihr umzugehen. Und noch etwas mache Franziskus deutlich. Es handle sich nicht nur um die „Umwelt“, sondern letztlich um eine „Mitwelt“, für die sich jeder verantwortlich fühlen müsse.

Die indigenen Völker haben längst die Kirche als ihren Bündnispartner erkannt. Das 2014 gegründete länderübergreifende Netzwerk Repam (Red Eclesial



Bischof Raphael Cob Garcia von Puyo (re.) im Amazonas-Tiefland Ecuadors, im Gespräch mit einem Landsmann.



Bischof em. Erwin Kräutler von Altamira – aus dem brasilianischen Teil des Amazonasgebietes – und Kardinal Reinhard Marx verstanden sich gut.

Dom Erwin war bereits letzten Februar zu einem Vortrag in der Akademie (siehe „zur debatte“ 3/2016).

Panamazónica) versteht sich als kirchliche Antwort auf die fortschreitende Zerstörung der Natur am Amazonas. Zugleich wird auf weltweite politische Hilfe gehofft. Weihbischof Eduardo Castillo Pino aus Ecuador setzt auf die Erfahrungen Deutschlands und Europas, die dort mit den Folgen der Industrialisierung gemacht wurden und zu sozialen Verwerfungen führten. Da müsse doch ein Bewusstsein entstanden sein, „dass wir eine andere Entwicklung brauchen“.

Adveniat-Hauptgeschäftsführer Bernd Klaschka sieht als Gebot der Stunde „Global denken, lokal handeln“. Dass damit ein Umdenken mit dem eigenen Lebensstil verbunden sein wird, ist absehbar. Die Verantwortlichen des Hilfswerks sind sich dessen bewusst. Einerseits bitten sie um Spenden für den guten Zweck, andererseits rufen sie zu

einem neuen Umgang mit Lebensmitteln und Ressourcen auf.

„Als Kirche müssen wir manchmal auch gegen den Trend arbeiten“, gibt der Münchner Kardinal Reinhard Marx zu bedenken. In Zeiten, in denen Eigeninteressen dominierten, „erinnern wir an das gemeinsame Haus zuerst“. Dieses Bewusstsein müsse gefördert werden. Doch das sei keine „gmahde Wiesen“, wie der Westfale Marx auf Bairisch deutlich macht.

Er selbst unterzeichnet an diesem Abend eine Online-Petition. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für den Erhalt der Lebenswelt der Yanomami-Indianer in Brasilien einzusetzen. Für den Ruhestand im bequemen Sessel ist auch Kräutler nicht geschaffen. Deshalb gibt er die Parole aus, noch mehr aus *Laudato si'* zu machen.

Barbara Just (KNA)



Informationen über und Produkte aus Südamerika waren am Stand von Adveniat zu finden.



Stefanie Hoppe, Referentin bei Adveniat, und Mauricio Lopez Oropeza, Generalsekretär von Repam (= Red

Eclesial Panamazónica), dem kirchlichen Bündnis an der Seite der Indigenen Amazoniens.



Vier Workshops vertieften spezielle Fragestellungen: Im Konferenzraum ging es um die Enzyklika *Laudato si'* und ihre Bedeutung für Amazonien.



Weihbischof Eduardo Castillo Pino aus Portoviejo in Ecuador – zuständig für die Partnerschaft seines Heimatlandes

mit dem Erzbischof – und Msgr. Wolfgang Huber, der Präsident von Missio München.



Prälat Bernd Klaschka ist Hauptgeschäftsführer von Adveniat.



Akademiedirektor Dr. Florian Schuller begrüßte die Teilnehmer.



Professor Hans Tremmel, Vorsitzender des Diözesanrats der Katholiken im Erzbistum (li.), und Thomas Wieland,

Leiter der Projektteilung von Adveniat.



Herzliche Begrüßung: Weihbischof em. Engelbert Siebler und Dom Erwin Kräutler.

Kaiser Franz Joseph I.

Fast sieben Jahrzehnte (1848 bis 1916) regierte Kaiser Franz Joseph die Habsburgermonarchie – und seit seinem Regierungsantritt in den Wirren der Revolutionen um das Jahr 1848 hatte er mit Nationalitätenkonflikten in seinem Vielvölkerstaat zu kämpfen. Einer der besten Kenner der österreichischen Geschichte des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, der

Wiener Professor Karl Vocelka, war am 18. November 2016 in der Katholischen Akademie Bayern zu Gast und erläuterte, wie der Kaiser mit der Nationalitätenfrage umging. Lesen Sie im Anschluss den überarbeiteten Vortrag der Veranstaltung „Kaiser Franz Joseph I. – Zum 100. Todestag des Herrschers über einen multinationalen Staat im Zeitalter des Nationalismus“.

Herrscher über einen multinationalen Staat im Zeitalter des Nationalismus

Karl Vocelka

I.

Als Franz Joseph am 18. August 1830 zur Welt kam, war mit einiger Wahrscheinlichkeit vorzusehen, dass er einmal den Thron der Habsburgermonarchie besteigen würde. Sein Großvater Franz II. / I. regierte noch für fünf Jahre, aber die Thronfolge sollte – nicht zuletzt nach dem Wunsch Metternichs – nach dem Grundsatz der Legitimität an dessen ältesten Sohn Ferdinand übergehen. Erzherzog Ferdinand hatte große gesundheitliche Probleme, einen Wasserkopf und litt unter der in der Familie Habsburg-Lothringen häufigen Epilepsie. Man nahm – zurecht, wie sich zeigen sollte – an, dass er keine Kinder zeugen würde. Und so war sein jüngerer Bruder Franz Karl, der Vater Franz Josephs, der nächste in der Thronfolge. Auch er war nicht sehr gut für einen Herrscher geeignet, aber er hatte mit der bayerischen Prinzessin Sophie eine willensstarke Partnerin, die gezielt darauf hinarbeitete, ihren Sohn zum Herrscher zu machen.

Zwar gab es schon vor dem Jahre 1848 erste Überlegungen, Kaiser Ferdinand I. zum Rücktritt zu bewegen und durch Franz Joseph, sobald dieser das richtige Alter erreichen würde, zu ersetzen, all das beschleunigte sich aber enorm durch den Ausbruch der Revolution des Jahres 1848. Die Kunde von den Februarunruhen in Paris verbreitete sich rasch in Deutschland, wo sie lokale kleine Revolutionen auslöste und erreichte schließlich auch die Habsburgermonarchie. Am 13. März führten die Ereignisse in der Wiener Innenstadt und noch wichtiger in den Vorstädten dazu, dass Metternich, dessen System der brutalen Unterdrückung und Bepitzelung der Menschen verhasst war, floh. Die Revolution hatte gesiegt. Im Laufe des Jahres verstärkte sich aller-



Prof. Dr. Karl Vocelka, Professor em. für Österreichische Geschichte an der Universität Wien

dings die Radikalität der Revolutionäre und die kaiserliche Familie musste zuerst nach Innsbruck und dann nochmals nach Olmütz/Olomouc in Mähren fliehen.

Dort vollzog sich dann am 2. Dezember 1848 – kurz nach der gewaltsamen Niederwerfung der Revolution in Wien – der Herrscherwechsel, Ferdinand trat zurück, Franz Karl verzichtete und damit war Franz Joseph Herrscher der Habsburgermonarchie. Aber ganz so einfach war die Sache nicht, denn Ungarn war noch voll in der revolutionären Phase, und auch in Italien flackeren 1849 wieder Aufstände gegen die habsburgische Herrschaft auf.

Damit trat ein Problem in den Vordergrund, das Franz Josephs Leben stark beeinflusste. Er war der Herrscher eines multinationalen Gebildes, in dem ein Dutzend Sprachen gesprochen wurden. Der identitätsstiftende, auf der Grundlage der Sprache beruhende Nationalismus, der sich ab dem späten 18. Jahrhundert entwickelte, erschwerte die Lage in der ohnehin aus unterschiedlichen Territorien mit ebenso unterschiedlichen Rechtsgefügen bestehenden Habsburgermonarchie erheblich.

Diese nationalen Konflikte während der Revolution prägten auch die frühe Regierungszeit Kaiser Franz Josephs, ebenso wie die deutsche Frage, Probleme, die in den Kriegen um die italienische und die deutsche Einigung 1859 und 1866 mündeten.

II.

Welche Einstellung hatte Franz Joseph zu diesen drei Nationen, den Italienern, den Ungarn und den Deutschen, die das politische Geschehen bis 1867 prägten?

Das Verhältnis Franz Josephs in seiner Kindheit und Erziehung gegenüber Italienern und Ungarn war relativ neutral, er hatte beide Sprachen gelernt und ist schon als Jugendlicher mit seinen Erziehern und seinen Brüdern in die italienischen Provinzen und nach Ungarn gereist, um Land und Leute kennenzulernen. Allerdings ist bei dieser, wie bei allen späteren Reisen festzustellen, dass Franz Joseph nicht wirklich Kontakt mit der Bevölkerung hatte und weder von der politischen Stimmung und den nationalen Problemen, noch von den sozialen Fragen, der Lage der Unterschichten, viel mitbekam. Man zeigte ihm einfach das, was die betreffenden lokalen Funktionäre ihm zeigen wollten.

Einen wesentlichen Einschnitt für sein Verhältnis zu Italien bildete natürlich die Revolution des Jahres 1848, in der es zum Krieg mit Sardinien-Piemont kam, an dem Franz Joseph sogar als junger Mann unter der Führung von Feldmarschall Radetzky teilnahm; er war beim Gefecht von Santa Lucia – allerdings nicht in vorderster Front kämpfend – dabei. Die nationale Frage war für ihn ein Ausdruck der Revolution, die er mit der Französischen Revolution von 1789 in Verbindung sah. Das prägte auch sein Verhältnis bis zum Krieg von 1859, den Einigungsgedanken begriff er nicht in seiner nationalen Dimension und mit einem Verständnis für die Forderungen, sondern im Sinne Metternichs, der ja einer seiner Erzieher war, in erster Linie als revolutionären Akt. Interessanterweise richtete sich Franz Josephs Abneigung, ja geradezu sein Hass, den er etwa in den Briefen an seine Mutter, Erzherzogin Sophie, Ausdruck gab, aber stärker gegen den französischen Kaiser Napoleon III. als gegen die Italiener.

Während Franz Joseph, wie es seiner Erziehung entsprach, in seinen öffentlichen Auftritten eher zurückhaltend war, äußerte er sich über seine Gegner in den vertraulichen Briefen an seine Mutter durchaus heftig. So schimpfte er am 2. Oktober 1860 über „die Räuberereien des Garibaldi, die Diebstähle Viktor Emanuels, die noch nie dagewesenen Gaunerstreiche des Erzschtzen in Paris, der sich selbst übertrifft.“ Auch in einem zweiten Schreiben nannte er Napoleon III. einen „Schuft“, in einem anderen die Italiener „Taschen- und Landräuber“.

Persönliche Einstellungen lassen sich bei Franz Joseph in seiner langen Regierungszeit allerdings nur schwer erforschen, er war leider kein Tagebuchschreiber und auch in seinen Briefen hat er nur seiner Mutter Dinge anvertraut, die er öffentlich nicht sagen durfte, ich

verweise nur auf das vorhin zitierte Beispiel aus dem Jahre 1860. Die Briefe an Elisabeth und Katharina Schratt hingegen beschäftigten sich meist mit Jagd, Wetter und Theater, aber wenig mit Politik.

Langfristig weitaus bedeutungsvoller für die Monarchie, verlief seine Beziehung zu den Ungarn, die sich 1848 dramatisch verschlechterte und sich erst nach dem Ausgleich 1867 und der Krönung zum ungarischen König normalisierte. In Franz Josephs Erziehung hatte Ungarisch eine spezifische Rolle gespielt, neben den üblichen Fächern der Bildung wurden Sprachen, Militär, Recht und politische Instruktionen durch Wenzel Lothar Metternich in seiner Ausbildung besonders betont. Selbstverständlich war Ungarisch nur eine Sprache unter vielen, Französisch, Italienisch, Tschechisch, ein wenig Polnisch, Latein und Altgriechisch waren ebenfalls Unterrichtssprachen.

Die Ereignisse des Jahres 1848 veränderten die Gesellschaft der Habsburgermonarchie, das politische System, das Leben Franz Josephs und auch seine Beziehung zu Ungarn dramatisch. Die berühmte aufrüttelnde Rede von Lajos oder Ludwig Kossuth am 3. März 1848 beim ungarischen Landtag in Bratislava/Pressburg/Poszony und die Wiener Revolution vom 13. März 1848 waren in ihren Langzeitfolgen bis zum Jahre 1867 und darüber hinaus bestimmend.

Die Thronbesteigung Franz Josephs im Jahre 1848 wurde von den Ungarn nicht akzeptiert. Der ungarische General Artúr Görgey und Minister Ladislaus Csányi unterzeichneten eine Erklärung der königlich ungarischen Armee, in der es hieß: „Ohne Zustimmung der Nation darf sich bei Lebzeiten des gekrönten Landesfürsten niemand königliche Rechte anmaßen, noch weniger kann die Erbfolge mittels privater Familienübereinkünfte abgeändert werden.“

Franz Joseph hatte also die Herrschaft in der Monarchie ohne jene über die Länder der Heiligen Stephanskronen übernommen, denn dort erreichte die revolutionäre Lage erst am 14. April 1849 beim Landtag in Debrecen in der großen calvinistischen Kirche ihren Höhepunkt, als Ungarn für unabhängig erklärt, das Haus Habsburg-Lothringen für ewig vom Throne Ungarns verstoßen und Kossuth zum Präsidialregenten Ungarns ausgerufen wurde.

Mittlerweile hatte allerdings die Konterrevolution in allen europäischen Staaten gesiegt und die Macht befand sich wieder fest in den Händen der alten Monarchien. So kam es zu einem Bündnis der konservativen Mächte, um die Revolution in Ungarn mit Hilfe von russischen Truppen zu beenden. Am 13. August 1849 musste schließlich General Görgey seine Armee bei Világos an die Russen übergeben. Kossuth und vielen anderen Revolutionären gelang die Flucht ins Osmanische Reich. Für alle liberal und konstitutionell Eingestellten, war mit der Niederlage der Ungarn die letzte Hoffnung auf Freiheit untergegangen.

III.

Das Königreich der Heiligen Stephanskronen wurde nun von einem schrecklichen Strafgericht heimgesucht und unter der militärischen Herrschaft von General Alexander von Haynau – der sich in Italien als *Hyäne von Brescia* durch besondere Grausamkeit für diese Aufgaben empfohlen hatte – seiner Rechte beraubt. Ideelle Grundlage war die Verwirklichungstheorie, die besagte, dass die Ungarn durch ihr Verhalten 1848/49 alle Vorrechte verloren hatten. Feldmarschall Radetzky, unter dem Haynau diente, hat diesen folgendermaßen charakterisiert: „Er ist mein bes-



Foto: akg-images

Die Nationalbestrebungen der Italiener verfolgte Franz Joseph mit besonderem Ingrim. Eine seiner frühesten Erfahrungen mit den anti-österreichischen

Bewegungen in Italien war die Teilnahme an der Schlacht von Santa Lucia im Jahr 1848.

ter General; aber er ist wie ein Rasiermesser; wenn man es benützt hat, muß man es in sein Futteral zurückgeben.“ Der Ministerrat am 20. August 1849 unter Vorsitz Kaiser Franz Josephs beschloss, „dass alle ungarischen Anführer, vom Staboffizier aufwärts, vor das Kriegsgericht gestellt werden sollten“. Haynau wurde allerdings aufgetragen, kein Todesurteil zu vollstrecken, das nicht in Wien bestätigt worden sei. Doch Haynau wollte sich in seiner Rachejustiz von niemandem behindern lassen. Der Kaiser und seine Minister gaben nach: „Es genüge, die vollzogenen Todesurteile anzuzeigen.“ Viele Revolutionäre, darunter Kossuth und Gyula Andrassy wurden *in effigie* gehängt, ihr Bild wurde an den Galgen genagelt. Erst am 26. Oktober 1849 befahl der Kaiser unter dem Einfluss Schwarzenbergs, dass keine Hinrichtungen wegen Revolutionsdelikten mehr stattfinden dürfen.

Die Zerschlagung der Einheit des Königreiches Ungarn und die Unterteilung in neun Verwaltungseinheiten waren der Bevölkerung genauso verhasst wie die Militärverwaltung. Einige Jahre später, von Anfang Juni bis Mitte August 1852, bereiste Franz Joseph Ungarn. Dieser Fahrt lag die Idee zugrunde, dass dadurch „der Kaiser ... nach Möglichkeit die Wunden der Revolution selbst heilen (sollte)“. Die vielen schwarz-gelben Fahnen und das Fehlen der ungarischen Trikolore vermittelten ihm den Eindruck, dass alle im Lande zufriedener seien. Doch hier täuschte der äußere Schein. So vermerkte der Feldmarschallleutnant Hugo Freiherr von Weckbecker, der Franz Joseph begleitete: „Jeden Tag ... festliche Einzüge, abendliche Illumination, zum Teil bei Jubel, zum Teil bei

eisiger Kälte wie in Stuhlweissenburg, wo Kossuth noch viele Anhänger hatte.“

Der ungarische Politiker und Diplomat László Szógyény-Marich kommentierte eine spätere Reise Franz Josephs trefflich: „Seine Majestät sah nichts in seinem wirklichen oder natürlichen Zustand, alles war künstlich; Probleme wurden vor ihm versteckt, Menschen und Dinge waren in festliche Kleidung gehüllt, der Kaiser besprach Dinge von öffentlichem Belang nur mit Beamten, die alles zu ihrem eigenen Vorteil im bestmöglichen Licht darstellten. Mit den unabhängig Denkenden diskutierte der Kaiser nur neutrale Themen, mit dem gewöhnlichen Volk hatte er überhaupt keinen Kontakt.“

Schon während der Ungarnreise 1852 waren Gerüchte über ein geplantes Attentat aufgetaucht. Dass nicht alle mit der Politik des Kaisers einverstanden waren, sollte sich am eindrucklichsten im Jahr darauf zeigen. Am 18. Februar 1853 sprang bei einem Spaziergang Franz Josephs plötzlich ein junger Mann von hinten auf ihn zu und versuchte, ihn mit einem scharfen, beidseitig geschliffenen Küchenmesser in das Genick zu stechen. Beim Attentäter handelte es sich um einen ungarischen Schneider namens János Libényi, der bei seiner Festnahme mehrfach *Eljen Kossuth* geschrien hatte.

Ein Ereignis verbesserte sicherlich langfristig die Beziehung Franz Josephs zu Ungarn. 1854 heiratete er die blutjunge Elisabeth Herzogin in Bayern, deren Erziehung in der Verlobungszeit unter anderem von dem Historiker Johann Graf Mailáth von Székely, der Elisabeth vor allem die Geschichte der Habsburgermonarchie näherbringen sollte, beeinflusst war. Der zwar habsburg-

treue, aber auch nationalstolze Ungar impfte Sissi eine Begeisterung für die Magyaren und ihre – gerade im Verhältnis zu der habsburgischen Dynastie – schwierige Geschichte ein, was die politische Anschauung der zukünftigen Kaiserin nachhaltig beeinflussen sollte.

Eine weitaus stärkere Einwirkung auf die Politik hatten die Ereignisse der Jahre 1859 und 1866, man spricht sehr berechtigt von einem Primat der Außenpolitik, die starke Auswirkungen auf die Innenpolitik hatte. Nach dem verlorenen Krieg 1859 in Italien und dem Verlust der Lombardei war die Monarchie in einer tiefen Krise. Neben den finanziellen Problemen war vor allem der Prestigeverlust des Kaisers ausschlaggebend

Die Wende in den Beziehungen zu Ungarn trat Ende Dezember 1864 ein.

und Franz Joseph, der bis dahin absolutistisch regiert hatte, musste nun – sehr gegen seinen Willen – einen Schritt in Richtung einer Konstitutionalisierung des Staates und langfristig auch einen Schritt in Richtung der Versöhnung mit Ungarn gehen.

Die Versuchsversuche des föderalistischen Oktoberdiploms 1860 und des zentralistischen Februarpatents 1861 waren nicht sehr erfolgreich. Ein Reichsrat trat zwar am 29. April 1861 zusammen, allerdings waren Widerstände und Abwesenheiten der Italiener, Tschechen und besonders der Ungarn kein gutes Zeichen für seine Wirksamkeit.

Am Vorabend des Krieges mit Preußen im Jahre 1866, der eine erneute

schwere Niederlage der Monarchie mit sich bringen sollte, versuchte Franz Joseph eine Lösung der ungarischen Frage zu finden. Zwei Veränderungen – die nicht unbedingt im primären Interesse Franz Josephs standen – resultierten daraus: der Ausgleich mit Ungarn und die Schaffung einer Verfassung für die „österreichische Reichshälfte“, deren offizieller Name nach 1867 „die im Reichsrat vertretenen Königreich und Länder“ oder etwas weniger formell Cisleithanien war.

Für die weitere Entwicklung trat nun ein Faktor ein, den man nicht unterschätzen, aber auch nicht überschätzen sollte, die Rolle der Kaiserin Elisabeth in den ungarischen Angelegenheiten. Ihr Interesse und ihre Beteiligung an der kaiserlichen Politik und politischen Fragen waren bis dahin wenig deutlich hervorgetreten, erst mit ihrer Leidenschaft für die Ungarn wurde sie politisch aktiv. Elisabeth lernte Ungarisch und entfaltete großes Interesse an der Kultur und Politik Ungarns. Nach der Flucht des Palatins Stephan im Revolutionsjahr 1848 gab es keinen „ungarischen“ Habsburger, dem die ungarische Nation emotional verbunden war, eine Lücke, in die Elisabeth eintreten konnte, was ihren Mythos in Ungarn schuf. Ihre Gesellschafterin Ida von Ferenczy vermittelte Elisabeth den Kontakt mit den liberalen ungarischen Politikern Franz Deák und Josef Eötvös, Kontakte, die der Wiener Hof, der den Magyaren reserviert bis ablehnend gegenüberstand, nicht zu schätzen wusste.

Die Wende in den Beziehungen zu Ungarn trat Ende Dezember 1864 ein. Der Initiator war Kaiser Franz Joseph – sicherlich auch von seiner Frau beeinflusst –, der die Integrität und die Großmachtstellung seines Reiches und die Rechte seiner Dynastie wahren wollte. Während der Kaiser die Probleme in Italien und Galizien zur Außenpolitik rechnete, war Ungarn für ihn eine innere Frage, die auch eine Existenzfrage des Reiches darstellte.

Die Diskussion um den Ausgleich trat in die letzte, entscheidende Phase, als Franz Deák, mit dem Franz Joseph Kontakt aufgenommen hatte, zu Ostern 1865 in seinem Artikel im *Pesti Napló* Verhandlungen zu einem Ausgleich vorschlug. Seiner Meinung nach sollten sich die Ungarn mit dem ungarischen König über eine Verfassung einigen – während hingegen der radikalere Kossuth aus seinem Exil in Turin einen solchen Ausgleich verwarf.

Die Verhandlungen dauerten lange, aber letztendlich entstand das Ausgleichsgesetz – letztlich ein Vertrag zwischen dem König von Ungarn und der ungarischen Nation, vertreten durch das Parlament – als ein Teilstück in den Verfassungsgesetzen, maßgeblich war der ungarische Gesetzesartikel XII.

Zentral war die Festlegung der Personalunion, die Franz Joseph zum Herrscher der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie machte, ergänzt durch eine Realunion. Für die Bereiche der Außenpolitik und für die gemeinsame Armee gab es auch gemeinsame Finanzen. Unmittelbare Folge des Ausgleichs war die Krönung Franz Josephs und seiner Frau in Budapest am 8. Juni 1867. Im Ausgleich kann ein Wendepunkt der Politik Franz Josephs gesehen werden, die ersten fast zwanzig Jahre seiner Regierung – überschattet von Konflikten aller Art – unterschieden sich stark von der weiteren Regierungszeit.

IV.

Ein anderes nationales Problem seit dem Ende des Heiligen Römischen Reiches 1806, bei dem die Habsburgermonarchie wie in Italien ein Hindernis

darstellte, war die deutsche Frage. Diese wurde nach dem Wiener Kongress – mit Ausnahme der kleindeutschen Episode im Jahre 1848 – stets im Sinne der großdeutschen Lösung entwickelt, das änderte sich nach 1861 erheblich. Unter Wilhelm I. in Preußen wurden Otto von Bismarck und das strategische Genie Helmuth von Moltke zu den Betreibern einer „kleindeutschen“ Lösung, das heißt der Vereinigung der Deutschen unter Ausschluss der Habsburgermonarchie und unter der Führung der protestantischen Hohenzollern. Auslöser für die Entscheidung, den Konflikt mit „Blut und Eisen“ wie Bismarck sagte, auszutragen, war der Streit mit Dänemark um Schleswig-Holstein 1863, der zum Krieg Preußens und Österreichs gegen Dänemark führte. Bei der Aufteilung der Beute zeigten sich erhebliche Spannungen zwischen Preußen und der Habsburgermonarchie. Zusammen mit Fragen der Reform des Deutschen Bundes führte das letztlich zum Krieg zwischen der Habsburgermonarchie, die mit den süddeutschen Staaten verbündet war, und Preußen, das seinerseits in Italien einen geradezu natürlichen Bundesgenossen gegen die Habsburgermonarchie gefunden hatte. Die entscheidende Schlacht fand 1866 bei Königgrätz / Hradec Kralove statt. Moltke besiegte mit seiner besser ausgerüsteten und strategisch besser geführten Armee die Österreicher.

Dieser Krieg war auch für die italienische Einigung wichtig. Trotz der Erfolge am italienischen Kriegsschauplatz bei Custozza und des Sieges Wilhelm von Tegetthoffs in der Seeschlacht von Lissa endete der Krieg schnell. Venetien musste – wie schon vorher mit Napoleon III. vereinbart, gewissermaßen als dessen Preis für seine Neutralität – an Italien abgetreten werden, ohne dass damit aber die italienische Frage endgültig gelöst war. Noch verblieben das Trentino und Triest in Händen der Habsburger, weiterhin gab es ca. 600.000 bis 700.000 „unerlöste“ – daher der Name Irredenta – Italiener unter habsburgischer Herrschaft, die eine friedliche Nachbarschaft und die spätere Bündnispolitik behinderten.

Eine Tatsache ist von Interesse: während sonst die Habsburger hartnäckig an ihren Forderungen und Ansprüchen festhielten – man denke nur an den habsburgischen Titel, in dem noch lange verlorene, auch nie besessene Gebiete wie der des Königreichs Jerusalem auftauchten – scheint Franz Joseph nach 1866 seinen inneren Frieden mit den Verlusten der italienischen Provinzen und dem Einfluss auf die deutsche Frage abgeschlossen zu haben. Das Verhältnis mit Preußen, dem deutschen Kaiserreich und Italien waren nicht durch Rachephantasien belastet, sondern führten in beiden Fällen langfristig zu einem Bündnis, dem Zweibund und dann dem Dreibund, der allerdings im Falle Italiens durch die Irredenta-Bewegung entsprechend belastet war. Außenpolitisch waren die deutsche und die italienische Frage nun nicht mehr von Bedeutung, der Balkan mit seinen ständigen Krisen stand im Mittelpunkt der politischen Orientierung Franz Josephps.

Mit dem Ausgleich mit Ungarn und der Entstehung der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie war zwar ein gewichtiges Problem der Monarchie gelöst und die – im Laufe ihrer Geschichte immer wieder zu Aufständen gegen die Habsburger neigenden – Ungarn befriedigt, aber das nationale Problem nicht wirklich gelöst. Wirft man einen Blick auf eine Karte der Habsburgermonarchie, die eine Verteilung der verschiedenen Nationen zeigt, so wird klar, dass diese Frage nicht einfach zu lösen war, allzu sehr ineinander verzahnt stellt sich die Situation dar und jede



Foto: akg-images

Franz Josephps Beziehung zum „Kleindeutschen Reich“ unter Führung des deutsch-nationalen Preußen – hier sind die Reichsfürsten, angeführt von Kaiser Wilhelm II., zu sehen, wie sie dem

österreichischen Kaiser zum 60-jährigen Thronjubiläum gratulieren – war sehr entspannt. Beide Staaten waren über Jahrzehnte sogar enge Verbündete.

Veränderung der Grenzen eines Kronlandes zu Gunsten einer Nation hätte zur Benachteiligung einer anderen, die jetzt eine (gegebenenfalls unterdrückte) Minderheit geworden wäre, geführt. Auf dieser territorialen Basis war der nationale Konflikt nicht lösbar.

V.

Viele Menschen, die sich des Problems bewusst waren, haben alternative Projekte entwickelt, die allerdings nie verwirklicht wurden. Der spätere Kanzler der Republik Österreich nach 1918 und nach 1945, Dr. Karl Renner, hat unter dem Pseudonym *Synoptikus* in einem Buch die föderalistische Neuordnung der österreichisch-ungarischen Monarchie verfochten, wobei er das Prinzip der Personalautonomie entwarf. Er forderte, dass die Minderheit nicht der Mehrheitsbevölkerung unterworfen sein dürfe.

Auch der Thronfolger Franz Ferdinand und seine Berater entwickelten Vorstellungen zur Neugestaltung der Monarchie, bei der eine Schaffung von 15 neuen Gliedstaaten mit ethnischsprachlichen Grenzen, die Gesamtheit der „Vereinigten Staaten von Groß-Österreich“ bilden sollten. Dadurch sollten vor allem die „geschichtslosen Nationen“ wie die Slowaken oder die Ukrainer in eine ausgewogene Machtverteilung im Staat einbezogen werden.

Eine Realisierung dieses Konzeptes hätte vor allem bei den Ungarn, aber auch bei den Polen Widerstand hervorgerufen; auch die Frage der neuen Grenzen zwischen diesen Ländern hätte zu weiteren nationalen Konflikten geführt. Das Problem der Minderheiten wäre damit durch die Durchmischung der

Ethnien im Gebiet der Habsburgermonarchie nicht gelöst worden.

Realpolitisch vergräme der Ausgleich mit Ungarn 1867 die anderen Nationen des Staates, da die Tschechen in Böhmen gleiche Rechte für sich forderten. Die Schaffung der Doppelmonarchie im Jahre 1867 hatte sechs Millionen Deutschsprachige und fünf Millionen Ungarn privilegiert, denen 18 Millionen Slawen und Rumänen gegenüberstanden, deren Gleichwertigkeit nicht

anerkannt wurde. Der Nationalitätenkonflikt erreichte nach 1867 eine Schärfe, für die weder der Kaiser, der wenig konsequent war, noch die verschiedenen Ministerpräsidenten Österreich-Ungarns eine Lösung fanden.

Knapp nach 1867 machte Franz Joseph den ersten Versuch, so etwas wie einen Ausgleich mit Böhmen herbeizuführen. Im kaiserlichen Reskript an den böhmischen Landtag vom 12. September 1871 sagte er „Eingedenk der staats-



Michaela Vocelka, Ehefrau des Referenten und Mitautorin seines neuen Buches zu Kaiser Franz Joseph, unterhielt sich am Rande der Veranstaltung

mit Dr. Stefan von der Laar, dem zuständigen Lektor des Beck-Verlags (Mi.) und Verleger Dr. h.c. Wolfgang Beck.



Foto: akg-images

Die für den Staat gravierendsten Probleme mit Nationalbewegungen waren die mit Ungarn. Dieser Konflikt drohte das Habsburgerreich schon Mitte des 19. Jahrhunderts zu zerreißen. 1853 geriet auch das Leben des Kaisers in

Gefahr, als ein nationalistischer Ungar versuchte, ihn in Wien zu erstechen. Nur nach langwierigen Verhandlungen konnte schließlich ein Ausgleich zwischen den Reichshälften gefunden werden.

rechtlichen Stellung der Krone Böhmens und des Glanzes und der Macht bewusst, welche dieselbe Uns und Unseren Vorfahren verliehen hat, eingedenk ferner der unerschütterlichen Treue, mit welcher die Bevölkerung von Böhmen jederzeit Unseren Thron stützte, erkennen Wir gerne die Rechte dieses Königreiches an und sind bereit, diese Anerkennung mit Unserem Krönungseide zu erneuern.“ Doch dieses Projekt scheiterte nicht zuletzt am Konflikt der Deutschen und der Tschechen, die sich gegenseitig die Schuld am Nichtzustandekommen des in den Fundamentalartikeln angedachten Ausgleichs zuschoben.

VI.

Um das Nationalitätenproblem zu lösen gab es eine Reihe gescheiterter Versuche. Nur zwei markante Beispiele sollen stellvertretend genannt werden. In der Stadt Cilli/Celje, damals in der Südsteiermark, heute in Slowenien gelegen,

Erzherzog und Thronfolger Franz Ferdinand, der die Ungarn, ebenso wie die Serben, Italiener und Juden hasste, bevorzugte die austro-slawische Lösung.

war die Mehrzahl der Bürger der Stadt deutschsprachig, während die ländliche Bevölkerung der umliegenden Gebiete ausschließlich Slowenisch sprach. In

den 1890 Jahren stieg die Zahl der Kinder mit slowenischer Muttersprache. Um eine Denationalisierung zu vermeiden, plant man eine slowenische Parallelklasse im Gymnasium zu Cilli einzurichten. Als im Budgetvoranschlag für 1895 die unselige Parallelklasse in Cilli auftauchte, führte dies zum Bruch der Koalition, und Regierungschef Alfred Windisch-Grätz stürzte.

Ein anderer Versuch ging von Graf Kasimir Badeni, dessen Regierung der „starken Hand“ ebenfalls slawenfreundlich war, aus. Er gewann die Unterstützung der Jungtschechen und versuchte, eine Sprachverordnung für Böhmen durchzusetzen, die unter anderem bestimmte, dass die Beamten in Böhmen innerhalb einer Frist von drei Jahren beide Sprachen perfekt erlernen müssten. Dabei waren die tschechischen Beamten, die Deutsch konnten, im Vorteil, während die Deutschen eine Erlernung der „minderwertigen“ tschechischen Sprache ablehnten. Unter dem Druck der Deutschnationalen und der Straße musste Badeni zurücktreten, wieder war ein Versuch der Annäherung gescheitert.

Während das Problem in Böhmen bis zum Ende der Monarchie ungelöst blieb und letztlich in der Gründung der tschechoslowakischen Republik unter Masaryk und Benesch mündete, verlief das Verhältnis zu Galizien-Lodomerien ganz anders. Die polnischen Abgeordneten verweigerten nicht die Teilnahme am Parlament, sondern arbeiteten – geködert mit Steuergeschenken und Investitionen in ihrem Land – konstruktiv mit. Der Gewinn der Polen war die Unterdrückung der Ruthenen (Ukrainer)



Foto: akg-images

Das Attentat von Sarajewo durch einen serbischen Nationalisten führte schließlich zum Untergang des Habsburger

Vielvölkerstaats und gilt darüber hinaus als Auslöser der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts – des I. Weltkrieges.

in ihrem Kronland, was deutlich macht, dass das Nationalitätenproblem auf regionaler Ebene andere Dimensionen hatte.

Eine der langfristig in der Zeit der Habsburgermonarchie wirksamen Fragen bot das Problem der Südslawen auf dem Balkan. Während die Slowenen und Kroaten, aber auch Serben und bosnische Muslime innerhalb der Monarchie lebten, gab es einen eigenen Staat der Serben, dessen Dynastie Obrenović bis 1903 den Habsburgern sehr positiv gegenüberstand. Der Wechsel der Dynastie zu den Karadorđević brachte die Serben in den Einflussbereich der Russen, des großen Gegners der Habsburgermonarchie auf dem Balkan. Die Vereinigung der südslawischen Völker, der Serben, Kroaten und Slowenen, die als eine Nation gesehen wurden – man sprach von *troi imeni narod*, der dreisprachigen Nation –, war das erklärte Programm, das allerdings in zwei Varianten gedacht wurde. Erzherzog und Thronfolger Franz Ferdinand, der die Ungarn, ebenso wie die Serben, Italiener und Juden hasste, bevorzugte die austro-slawische Lösung. Er wollte Serbien erobern und ein südslawisches

Königtum unter der Führung der katholischen Kroaten innerhalb der Habsburgermonarchie errichten, der eine großserbische Lösung, die dann nach 1918 im Staat Jugoslawien bzw. seiner Vorläufer verwirklicht wurde, gegenüberstand.

Diese nationalen Spannungen führten zu den Schüssen von Sarajewo, die den Ersten Weltkrieg, die Urkatastrophe, auslöste, die zum Zerfall der Monarchie führte. Das unlösbare Nationalitätenproblem Zentraleuropas wurde dadurch aber keineswegs gelöst, denn die Nachfolgestaaten waren keineswegs national einheitliche, sondern kleine multinationale Staaten. Der Zerfall der Tschechoslowakei und noch dramatischer Jugoslawiens nach 1989 hängen mit diesen Grenzziehungen nach dem Ersten Weltkrieg eng zusammen. Nachwirkungen dieses nicht gelösten oder auch nicht lösbaren nationalen Zwistes gehen bis in die heutige Zeit, wenn sie auch erfreulicher Weise nicht mehr dieselbe Dramatik haben wie unter Kaiser Franz Joseph. □

Die Türkei

Die Türkei kommt nicht aus den Schlagzeilen: Egal, ob Terroranschläge, der Putsch-Versuch des türkischen Militärs gegen Präsident Erdogan oder dessen eigenes, gesetzwidriges Vorgehen gegen jeden Kritiker im Land – die Medien waren und sind voll von Schreckensnachrichten aus der Türkei. Für Europa und besonders Deutschland ist der Blick auf die Türkei schon deshalb wichtig, weil es mit der Nation am Bosphorus intensive Beziehungen auf allen Ebenen gibt. Für die

Katholische Akademie Bayern der Anlass, einen Türkei-Experten einzuladen, der seine Sicht der Situation im Land vorstellen sollte: den Passauer Geographen Ernst Struck, der auch an der Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul lehrt und dort den Masterstudiengang „Interkulturelles Management“ verantwortet. Er referierte am 22. November 2016 zum Thema „Die Türkei und die europäische Türkei-politik in der Krise“.

Die europäische Türkei politik in der Krise

Ernst Struck

I. Wichtige Ereignisse

Um die aktuelle Entwicklung in der Türkei zu verstehen, bedarf es eines Rückblicks auf die wichtigsten Ereignisse, die in der europäisch-türkischen Wahrnehmung die entscheidende Rolle spielen. So hat zuletzt der Putschversuch vom 15. Juli 2016 die größte Aufmerksamkeit erfahren und die Beziehungen zur Türkei verändert, ebenso wie wenige Wochen zuvor die Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages. Über die Bombenanschläge in Ankara und in Istanbul, das militärische Vorgehen gegen die PKK im Südosten des Landes und über die Bedrohung durch den so genannten „Islamischen Staat“ wurde intensiv und kritisch berichtet.

Direkt betroffen wurde die Europäische Union durch die Flüchtlingsproblematik, Fluchtbewegungen aus dem Syrienkrieg in die Türkei und vor allem über die Ägäis nach Griechenland. Die Gezi-Park-Proteste und das Vorgehen der Regierung dagegen, die Einschränkungen der Sozialen Medien und der Presse lösten heftige Kritik aus und vertieften die Kluft zwischen der Türkei und der EU. Hinter diesen Ereignissen verblassten der Wirtschaftsboom in der Türkei (seit 2002/03) und ihre Hinwendung zu Europa. Gegen den Beschluss der Kommission der Europäischen Union, die Beitrittsverhandlungen aufzunehmen (2004/05), sprach sich die deutsche Bundeskanzlerin aus. Als Gegenentwurf – trotz der tatsächlichen Eröffnung des Beitrittsprozesses – sprach sie nun von einer möglichen „Privilegierten Partnerschaft“, während in der Öffentlichkeit und den Medien die vermeintliche Unvereinbarkeit der islamischen mit der christlichen Welt ein unübersehbares Thema wurde („Islam – nein Danke!“).



Prof. Dr. Ernst Struck, Leiter des Masterstudiengangs „Interkulturelles Management“ an der Universität Istanbul

II. Warum die Türkei zu Europa gehören will – Nation, Leitbild und gesellschaftlicher Wandel

Die grundsätzliche Frage, warum die Türkei selbst unbedingt zu Europa gehören wollte und will, wurde kaum thematisiert. Die lange bestehende kulturelle Einheit Europas einschließlich Anatoliens/Kleinasiens (von der Griechischen Kolonisation über das Römische und Byzantinische bis zum Osmanischen Reich) wollte nicht wahrgenommen werden. Es wurde vielmehr politisch-strategisch eine Kulturgrenze an Bosphorus und Dardanellen konstruiert, die für die breite Öffentlichkeit mit der sachlich falschen Behauptung einer

hier bestehenden natürlichen Kontinentengrenze zwischen Europa und Asien gestützt wurde (der gemeinsame Kontinent ist Eurasien). So wurden auch, nahezu selbstverständlich, die Grenzen des jungen Nationalstaates, der sich aus der Okkupation durch Griechenland, Italien, Frankreich und Russland befreit hatte, nicht an den Meerengen festgelegt (Vertrag von Lausanne 1923). Die kulturelle Identität der Türkischen Republik sollte die Identität Europas unter dem Motto „Fortschritt und westliche Zivilisation“ werden. Sie war das Leitbild der Kulturrevolution Mustafa Kemal Atatürks. Mit ihr wurden zuerst Sultanat, Kalifat und Scharia abgeschafft und unter anderem europäisches Recht und europäische Lebensstile eingeführt. Die Agenda für die Zukunft war: zuerst Aufklärung und Laizismus, danach – mit dem gesellschaftlichen Wandel und der Modernisierung – würde sich Demokratie entwickeln. Dieser Wandel setzte sich in der Zivilgesellschaft und im öffentlichen Alltagsleben, das immer deutlicher westlichen Vorbildern entsprach, durch.

Gleichzeitig jedoch wuchs aber auch die Macht, der aus der Öffentlichkeit verbannten religiösen Gruppen. Der Islam wurde schließlich unter der neuen Partei AKP (seit 2002 an der Regierung) in die Alltagswelt und Öffentlichkeit zurückgeholt. Zum gesellschaftlichen Vorbild wurden nun allein sunnitische Lebensstile, ohne den beachtlichen Anteil der Aleviten gerecht zu werden, eine starke Führung und ein neuer türkischer Nationalismus.

III. Führung und Macht: die Herausforderungen

Das schnelle türkische „Wirtschaftswunder“ zeigte und zeigt für den Bürger sichtbare Erfolge in der Bewältigung des Alltagslebens, hinzu kommen die international wahrgenommenen Leuchtturmprojekte, wie der Bosphorus-Metro-Tunnel (Marmaray), die gerade eröffnete längste Hängebrücke der Welt im Norden Istanbuls, nahezu zeitgleich die Inbetriebnahme der gewaltigen Brücke über den Golf von Izmit, sowie der weitgehend fertiggestellte doppelstöckige Straßentunnel unter dem Bosphorus. Erfolgreiche Führung und Macht werden symbolisiert und repräsentiert durch den neuen Präsidentenpalast in Ankara und die über Istanbul auf dem Camlica-Berg thronende neue Moschee.

Diese aufstrebende und erfolgreiche Türkei sah sich gleichzeitig innenpolitischen Herausforderungen gegenüber: Der Dauerkonflikt mit der PKK seit 1984, die als sozialistische Partei die Führung der Kurden für sich in Anspruch nimmt und mit terroristischen Mitteln für einen eigenen Staat beziehungsweise Autonomie kämpft, konnte nicht befriedet werden. Die Verhandlungsbemühungen zwischen 2009 und 2011 (Oslo-Gespräche) und die anschließenden Friedensverhandlungen bis 2015 waren nicht erfolgreich und im Zusammenhang mit der Entwicklung in Syrien sind Attentate und Kämpfe wieder aufgeflammt. Eine weitere Bedrohung der Türkei durch den „tiefen Staat“ oder die Ergenekom-Bewegung, eine nationalistische Gruppierung, die den Sturz der Regierung zum Ziel haben sollte, verunsicherte die türkische Öffentlichkeit über eine sehr lange Zeit. Sämtliche Urteile in den Ergenekom-Prozessen (2007-2013) wurden jedoch am 21. April 2016 aufgehoben, da sich im Zusammenhang mit den jüngsten Ermittlungen gegen die Gülenisten gezeigt hatte, dass die Beweise von ihnen manipuliert worden waren und Richter aus dieser Bewegung entsprechend urteilten. Die Gülenisten hatten, nach Erkenntnissen der türkischen Regie-

rung, seit langem die Machtübernahme in der Türkei zum Ziel, da bereits 1999 der geistig-religiöse Anführer Fetullah Gülen seine Anhänger aufgefordert hatte, in einem schleichenden Prozess die Kontrolle über den türkischen Staat zu erlangen. Sie wurden dann 2013 im Rahmen eines Korruptionsskandals beschuldigt, viele staatliche Institutionen (Polizei, Justiz, Bildung) unterwandert, einen Parallelstaat und zuletzt eine terroristische Vereinigung (FETÖ/PDY) aufgebaut zu haben. Gegen diese Anhänger wurde ermittelt und Entlassungen und Verhaftungen ausgesprochen, dennoch gelang es, am 15. Juli 2016 einen militärischen Putschversuch durchzuführen.

Dieser Putschversuch scheiterte durch das Eingreifen der türkischen Bevölkerung, die sich den Soldaten und Panzern in den Weg stellte. Sie war per Video-Telefon-Aufruf des Staatpräsidenten Erdogan, der über den Fernsehsender CNN-Türk live gesendet und der über die Sozialen Medien verbreitet wurde, zum Widerstand aufgefordert worden, der erfolgreich war. In der gesamten Türkei kam es zu spontanen Massenzusammenkünften und Siegesfeiern auf öffentlichen Straßen und Plätzen, um sich des nationalen Zusammenhaltes zu vergewissern. Das Fernsehen berichtete darüber in Dauersendungen und in den Tageszeitungen wurden von vielen Unternehmen großflächige Anzeigen geschaltet, die Glückwünsche zum „Sieg der Demokratie – Sieg des Volkes“ aussprachen oder darauf hingen, dass tatsächlich der „Schlüssel zur Demokratie in der Hand des Volkes liege“. Mit einer nationalen Großveranstaltung „Demokratie und Märtyrer“ in Istanbul am 7. August 2016 wurde dieser Erfolg der Nation, des türkischen Volkes und des Patriotismus – und damit auch der Regierung und des Staatspräsidenten Erdogan – von hunderttausenden Teilnehmern gefeiert.

Unmittelbar nach dem Putsch hatten die Sicherheitsbehörden die Verfolgung von Verdächtigen aufgenommen. Abgearbeitet wurden die bereits vor dem Ereignis bekannten Namenslisten von angeblichen Gülenisten, wobei die putschbezogene Kommunikation über eine verschlüsselte Internetplattform (By-Lock), die dechiffriert worden war, eine wichtige Quelle darstellte. Mit Ausrufung des Ausnahmezustandes (21. 7., verlängert am 3. 10. 2016) wurden dann in sehr großer Zahl Verdächtige im öffentlichen Dienst suspendiert, nach Anhörung entlassen oder verhaftet. Ebenso ging man gegen Verdächtige in den Parteien, in den Medien und auch gegen Unternehmen, Vereine und Stiftungen vor, viele dieser Institutionen wurden geschlossen. Die Maßnahmen sind danach über die Putschverdächtigen hinaus auf Unterstützer der PKK ausgeweitet worden. Erst nach dem Ende des Ausnahmezustandes und in den Gerichtsverfahren, unter rechtsstaatlichen Bedingungen, wird sich die Gesetzmäßigkeit des Vorgehens prüfen und bewerten lassen.

IV. Der Wettbewerb der Konzepte

Die politisch-gesellschaftliche Entwicklung ist ein Wettbewerb zwischen dem Staatsgründungskonzept des laizistischen Kemalismus, dem Konzept der Europäischen Wertegemeinschaft und dem der „Neuen Türkei“, das die Regierung propagiert. Aus der Perspektive der Europäischen Union wird scharfe Kritik an türkischen Regierungshandeln geübt: So wird die Terrorismusbekämpfung als unangemessen bewertet, die Einschränkungen der Meinungsfreiheit und Defizite in der Rechtsstaatlichkeit kritisiert, eine Entwicklung hin zu einer zunehmend autokratischen Füh-



Foto: Bettina Strenske/Alamy Stock

Türkische Flaggen in großer Zahl begleiteten weltweit die Protestdemonstrationen gegen den Militärputsch vom Juli 2016. Diese Aufnahme entstand in Köln.

Für viele Türken scheint klar, wer hinter dem Putsch gegen Erdogan steht: die Gülen-Bewegung. Diese junge Frau brachte ihre Überzeugung auf einer Kundgebung in London zum Ausdruck.

rung konstatiert und der wachsende Einfluss des Islams missbilligt. Die Perspektive der türkischen Regierung bemängelt das in der EU weitverbreitete Unverständnis für die Bedrohungen des Terrorismus in der Türkei, betont die Ungleichbehandlung als EU-Beitrittskandidatin und kritisiert die offene Ablehnung des Islams.

Wurde dem Leitbild Europas bisher weitgehend gefolgt, so werden besonders für die türkischen Bürger die Widersprüche zwischen den propagierten Werten des Europarates sowie der EU und der Realpolitik zunehmend deutlich: Sie sehen unter anderem die Berichterstattung über Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, die Uneinigkeit über die Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen und Lasten, die Schließung und Befestigung nationaler Grenzen, sowie die wachsende Ausländer- und Islamfeindlichkeit. Aus dieser Sicht verlieren die gemeinsamen Werte Europas, wie die Achtung der Menschenwürde, Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität in der EU zunehmend an Bedeutung. Der vorgeschlagene und verhandelte Flüchtlingspakt, der nun alle Lasten gegen Geldzahlung der Türkei überlässt, passt in dieses Bild.

Die türkische Gesellschaft steht vor der Frage, ob die Politik, die Konzepte und Zukunftsvisionen der EU zur Verwirklichung eines besseren Lebens geeignet sind. Der Zurückweisung und Ausgrenzung durch die EU steht der nationale Stolz gegenüber, der gerade durch die aktuellen Ereignisse gewachsen ist. Wie inzwischen auch andere Staaten, Nationen und Regionen, die Mitglieder der Europäischen Union sind, setzt man in der Türkei zunehmend auf die Bedeutung der eigenen, besonderen Tradition in der Verbindung zwischen Religion und Moderne, auf den „eigenen Weg“ und die Souveränität („Turkey first“). Die Politik sucht nach neuen strategischen Partnerschaften und akzeptiert nur noch eine EU-Politik auf Augenhöhe. Auf diesem Weg will man den nationalen Zusammenhalt und die Zukunft der Türkei sichern. □



Foto: See Li/Alamy Stock

Akademiedirektor Dr. Florian Schuller (re.) moderierte die anschließende Diskussion zwischen Professor Ernst Struck und dem Publikum.



60 Jahre Katholische Akademie Bayern

Kleines Dankesfest für Mitarbeiter, Gremienmitglieder und Bistumsverantwortliche

Rund 150 Personen kamen am Abend des 1. Februar 2017 in die Katholische Akademie Bayern, um das 60-jährige Jubiläum unserer Einrichtung mit einem Dankesfest zu feiern. Am Abend des 1. Februar 1957 – fast auf die Stunde genau vor 60 Jahren – eröffnete der damalige Erzbischof von München und Freising, Josef Kardinal Wendel, in einer Festveranstaltung in der großen Aula der Universität München die Akademie und der bedeutende Religionsphilosoph und Theologe Romano Guardini hielt seinen berühmten Vortrag „Die Kultur als Werk und Gefährdung“. Damit begann die Arbeit unserer Einrichtung. Erst fünf Jahre später, im September 1962, konnte die Akademie das Kardinal Wendel Haus, ihr Tagungshaus, an der Mandlstraße in München-

Schwabing beziehen, das noch heute Sitz der Akademie ist.

Zu Beginn des Dankesfestes zelebrierte Friedrich Kardinal Wetter, Erzbischof em. von München und Freising, einen feierlichen Gottesdienst in der Sankt-Michaels-Kapelle der Akademie. Konzelebranten waren Weihbischof Bernhard Haßlberger aus München und Akademiendirektor Dr. Florian Schuller. Danach folgte im Vortragssaal, einer Akademie gemäß, ein wissenschaftliches aber lockeres Referat. Dr. Oliver Schütz, Leiter der Katholischen Erwachsenenbildung Ulm, sprach zum Thema „Ungleiche Geschwister. Die Katholische Akademie Bayern in der Gründungslandschaft katholischer Akademien“. Das Referat ist unter den Audiobeiträgen in unserer Mediathek abrufbar; es wird auch zusam-



Abtprimas em. Dr. Notker Wolf OSB unterhielt sich lange mit Alois Glück, dem früheren Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.



Domkapitular Prälat Dr. Lorenz Wolf (li.), Leiter des Katholischen Büros Bayern, und Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für Angewandte Politikforschung (CAP), sind Mitglieder der Akademieleitung. Mit ihnen am Tisch: Kardinal Friedrich Wetter.



Prof. Dr. Gabriele Gien (li.), die Präsidentin der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, war zur Geburtstagsfeier der Akademie nach München gekommen. Ihre Gesprächspartner:

Dr. Judith Müller aus dem Erzbischöflichen Ordinariat und Prof. Dr. Markus Eham, Kirchenmusiker der Münchner Bürgersaalkirche und auch Professor für Liturgiewissenschaft in Eichstätt.



Weihbischof Dr. Bernhard Haßlberger (li.) fand während des Essens Zeit, sich mit Dr. Walter Bayerlein zu unterhalten, langjähriges Mitglied im Präsidium des

Zentralkomitees der deutschen Katholiken und Jahrzehnte lang Mitglied im Bildungsausschuss der Akademie.

men mit der Predigt von Kardinal Friedrich Wetter in einem Sonderheft unserer Zeitschrift „zur debatte“ dokumentiert werden.

Am Vormittag schon hatte der Akademiendirektor das Jubiläumsprogramm der Presse vorgestellt. Dabei konnte Florian Schuller berichten, dass die Akademie in den zurückliegenden Jahren konstant rund 15.000 Teilnehmer zu eigenen Veranstaltungen begrüßte und noch einmal dieselbe Zahl an Gästen beherbergte, die zu Veranstaltungen externer Gruppen kamen.

Das Dankesfest am 1. Februar war der Auftakt einer Reihe von Veranstaltungen, mit denen die Katholische Akademie ihrer Gründung gedenkt. Im Verlauf des Jahres finden in allen sieben bayerischen Diözesen, den Trägern der Akademie, Veranstaltungen mit den Ortsbischöfen statt. Auftakt dieser Reihe ist am 3. April 2017 in der Diözese Würzburg. Bischof Friedhelm Hofmann wird im Museum Schäfer in Schweinfurt mit dem Maler und Bildhauer Markus Lüpertz über Kirche und Kunst diskutieren. Ebenfalls noch im Frühjahr (3. Mai) wird der Augsburger Bischof Konrad Zdarsa mit Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich in Nördlingen zusammentreffen. Dabei

wird es darum gehen, welche speziellen Erfahrungen der katholischen Diaspora nutzbar gemacht werden können für eine Kirche in zunehmend säkularisiertem Umfeld.

Am 20. und 21. Mai 2017 feiert die Akademie zusammen mit dem Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer im Bildungszentrum Schönsee. Die Ostausrichtung des Bistums Regensburg steht dabei im Mittelpunkt der Veranstaltung, die auch eine Exkursion nach Pilsen einschließt. Beendet wird der Reigen der Veranstaltungen im ersten Halbjahr am 14. Juli mit einem Gespräch auf Herrenchiemsee. Kardinal Reinhard Marx, der Erzbischof von München und Freising, trifft sich im dortigen Schloss, in dem 1948 wichtige Vorarbeiten für das Grundgesetz geleistet wurden, mit Andreas Voßkuhle. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts und der Kardinal besprechen das Verhältnis von Kirche und Staat.

Die gemeinsamen Veranstaltungen mit den Bischöfen von Eichstätt, Gregor Maria Hanke OSB, und Passau, Stefan Oster, sowie mit Ludwig Schick, dem Erzbischof von Bamberg, finden im zweiten Halbjahr 2017 statt. Zu allen sieben Begegnungen ergehen noch gesonderte und rechtzeitige Einladungen. □



Juristin Edda Huther (li.) und Kunsthistorikerin Prof. Dr. Carla Schulz-Hoffmann: auch sie sind Mitglieder der Akademieleitung.



Prof. Dr. Richard Heinzmann erlebte als junger Mann die Eröffnungsveranstaltung der Katholischen Akademie Bayern am 1. Februar 1957...



... ebenso wie Prof. Dr. Günter Niggel ...



Prof. Dr. Johann Wittmann (li.), ehemaliger Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, – im Gespräch mit Prälats Lorenz Wolf – verstärkte die Riege der Mitglieder der Akademieleitung.



... und Franz von Bayern, der mit dem damaligen Oberhaupt des Hauses Wittelsbach, Herzog Albrecht, in die Universität München gekommen war.



Auch Dr. Hildegard Kronawitter und Herzog Franz von Bayern sind Mitglieder der Akademieleitung.



Akademiendirektor Dr. Florian Schuller (li.) zeigt Kardinal Friedrich Wetter den neuen Ambo in der Kapelle. Bildhauer Friedrich Koller (re.) hatte ihn einige Tage vor dem Dankesfest aufgestellt.

„unendlicher beginn“

Ausstellung mit Werken von Bernd Zimmer

Unter dem Titel „unendlicher beginn“ ist ab dem 20. Januar 2017 eine Ausstellung mit Bildern von Bernd Zimmer in der Katholischen Akademie Bayern zu sehen. Startschuss war schon am Donnerstagabend, 19. Januar 2017, mit der Vernissage im Tagungshaus der Katholischen Akademie an der Mandlstraße 23 in München-Schwabing, zu der mehr als

100 Kunstfreundinnen und -freunde gekommen waren. Akademiedirektor Dr. Florian Schuller befragte in einem rund 45-minütigen Gespräch den Künstler zu seinen Werken, zu seinem Wirken als Künstler und zur Rolle der Religion und des Glaubens in der Kunst und konkret in den Bildern, die in der Ausstellung zu sehen sind.

Bernd Zimmer befragt zu seinen Werken von Dr. Florian Schuller

Florian Schuller: Herr Zimmer, Sie machen es vor allem unseren Referentinnen und Referenten der kommenden Monate sehr schwer. Wie können sich die Zuhörerinnen und Zuhörer auf den Vortrag konzentrieren, wenn sie dauernd Ihre starken Bilder vor Augen haben? Ein echter Härtetest. Ich beginne gleich einmal mit einem Zitat: „Der Maler ist einer, der der Welt etwas hinzufügt. Ich (Bernd Zimmer) verstehe Malerei als Kommunikationsmittel. Mein Denken hänge ich an die Wand, und die Kommunikation beginnt.“ Herr Zimmer, was ist das „etwas“, das der Maler der Welt hinzufügt, und bei der „Kommunikation“, die dann beginnt – wer kommuniziert da mit wem über was?

Bernd Zimmer: Als Maler versucht man immer ein vollkommen neues Bild zu malen, fügt der Welt etwas Neues hinzu. Die Sprache der Malerei ist die Farbe, und mit ihr versucht man, eine Geschichte zu erzählen. Die Bilder, die hier hängen, sind zwischen den Jahren 2004 und 2007 entstanden. In dieser Zeit habe ich mich neu orientiert und nach meinen „Cosmos-Bildern“ und „Wüstenbildern“ versucht, Bilder zur Genesis, also Bilder über Ursprungsmythen, zu malen. Besonders bei diesem großen Bild, das an der Stirnwand des Saals hängt, sieht man das wunderbar. Die Chemie, die in diesen Bildern zu sehen ist, stellt eine Zeit vor ungefähr drei Milliarden Jahren dar. Am Anfang war wahrscheinlich alles gasförmig. Dann trennten sich die Schwermetalle und andere Metalle, und die Metalle trennten sich von der Flüssigkeit, es tauchen große Wasserflächen auf.

Dieser Mythos geht durch alle Weltreligionen. Der Anfang ist immer die Trennung zwischen Schwerem und Leichtem, oder zwischen Flüssigem und Hartem. Es sind die ersten vier Tage der Genesis, die ich versucht habe, in Bilder zu verarbeiten.

Florian Schuller: Man könnte vielleicht sagen, bei Bernd Zimmer finden wir unwahrscheinliche Dynamik und Power, und zwar nicht nur in den Bildern, sondern auch in seinem Leben. 1948 in Planegg geboren, aber schon

bald als 68er-Nachzügler, vermute ich, über Bremen nach Berlin gekommen. Planegg – Berlin, das ist eine gewisse Spannung. Angefangen haben Sie bei Hanser als Verlagsbuchhändler, später dann umgesattelt auf „Herstellungsassistent für grafische Gestaltung“, schließlich dann doch noch in Berlin studiert. Anscheinend vorher ganz bewusst: Während jener Zeit jobben Sie in Berlin als Koch in einem Edelrestaurant, malen als Autodidakt, gehören zu den Jungen Wilden, zur heftigen Malerei. Also, da steckt schon sehr viel Dynamik und Power drin. Und Sie waren irgendwann einmal sogar Deutscher Meister im Segeln. Was haben Sie denn beim Segeln für Ihr Leben und Ihr Malen gelernt?

Bernd Zimmer: In den Segelsport bin ich 1965 hineingerutscht, irgendwie war ich für diesen Sport begabt und konnte mein Boot gut beherrschen und schnell lenken. Es geht dabei um „competition“. Man versucht, die Gegner auszutricksen, und zwar durch aufmerksame Naturbeobachtung: wie das Wasser sich kräuselt, in welche Richtung es sich bewegt, wie die nächste Windböe auf das Wasser trifft. Man muss die nahegelegene Landschaft beobachten, zum Beispiel einen Baum am Ufer, wie er sich bewegt. Daraus zieht man seine Schlüsse und sollte dann rasch reagieren, um den Wind richtig anzusegeln. Also, Segeln ist Naturbeobachtung pur. Man muss sehr konzentriert sein mit dem Blick auf die Natur im großen Umfeld. Eine spannende Geschichte. Man lernt sehr viel darüber, was sich bei verschiedener Witterung wie in der Natur bewegt.

Florian Schuller: Und diese starke Naturbeobachtung hat sich bei Ihnen durchgehalten?

Bernd Zimmer: Ja, die Resultate der Beobachtung konnte und kann ich bis heute gut gebrauchen. Segeln ist ein toller, hochkomplexer Sport. Er hat mich damals abgehalten, in der Schule gut mitzuarbeiten. Deswegen konnte ich nicht gleich, sondern erst nach einer Lehre im Verlag studieren; ich musste erst das Begabtenabitur nachholen ...

Florian Schuller: ... in Berlin ...

Bernd Zimmer: ... nein, in Bremen. Das Abitur konnte ich in Bayern nicht so einfach nachmachen. Später habe ich in Berlin ganz normal an der Freien Universität studiert, neben meinem Beruf. Dafür habe ich mir pro Woche an drei Tagen jeweils einen halben Tag freigegeben. Ein Student muss ja nicht acht Stunden in den Vorlesungen herumsitzen. Ich konnte das Studium leider nicht abschließen, ich wollte das für die Abschlussprüfungen nötige kleine Latein nicht nachmachen. Ich war bereits Maler und musste das Studium auch deshalb nicht beenden.

Florian Schuller: Warum hatten Sie sich aber gerade Philosophie und

Religionswissenschaft als Studienrichtung ausgesucht, was reizte Sie an diesen beiden Fächern?

Bernd Zimmer: Ich bin als Protestant in Bayern aufgewachsen und zur Schule gegangen. Ich war – gefühlsmäßig – fast so isoliert wie ein Muslim heute. Bei über 30 Schülern in der Klasse war ich der einzige Protestant und so der Außenseiter. Das war nicht einfach und hat sich bei mir negativ eingepreßt und festgesetzt. Deshalb habe ich viel über Religion gelesen und nachgedacht, und später hat das wohl zum Studium der Religionswissenschaften geführt. Da lernt man, welche mythologischen Figuren in verschiedenen Religionen welche Funktion haben. Ein superspannendes Studium, vor allem bei den vergleichenden Studien der Entstehungsmythen der Welt. Das sitzt bei mir tief und interessiert mich heute noch.

Florian Schuller: Das heißt, Sie haben nicht aufgehört, weil Ihnen das Studium keinen Spaß mehr machte, sondern weil die andere Leidenschaft zu groß geworden war. Und wenn man die Dynamik Ihres Lebens sieht, kommt man auf das, was Sie ganz wesentlich auszeichnet, Ihre Reiseleidenschaft. Ein weiteres Zitat: „Wenn ich über längere Zeit an einem Ort klebe, im Atelier festhänge, stoße ich an Grenzen. Ich formalisiere meine Bilder, gerate in den Strudel der Kunst. An diesem Punkt merke ich, dass ich meinen Wahrnehmungstank neu auffüllen muss. Ich muss den nächsten Schritt machen, sonst ersticke ich an meiner eigenen Ästhetik. Wenn sich dieser Zustand einstellt, ist eine Reise fällig, um meine Wahrnehmung zu stärken. Ich gerate in neue Zusammenhänge.“

Wenn man die Liste Ihrer Reisen anschaut, von 1969 angefangen Marokko, Spanien, dann immer wieder der Ferne Osten, Lateinamerika, bis zur zweiten großen Indien-Reise 2016, fällt etwas auf. Bei einem Künstler würde man ja vermuten, der fährt zunächst nach Italien. Aber dann waren Sie doch noch ein Jahr als Stipendiat der Villa Massimo in Rom und sind anschließend ein weiteres Jahr geblieben. Was hat Sie als Planegger Protestant an Rom fasziniert?



Ein anregendes und interessantes Gespräch führten Florian Schuller (li.) und Bernd Zimmer – im Hintergrund ein farbenprächtiges Gemälde.



Archiv Bernd Zimmer

„Am Anfang ... Kreuz des Südens“ ist der Titel dieses in den Jahren 2005 bis 2007 entstandenen Gemäldes. Es hat die Abmessungen 190 auf 260 Zentimeter,

Acryl auf Leinwand. Es schmückt auch den Flyer zur Ausstellung in der Akademie.

Bernd Zimmer: Rom ist der deutsche Fluchtort, der Sehnsuchtsort, wo Goethe eine Zeit verbrachte und wo die große Kultur sichtbar wird, wo die großen Kirchen stehen, wo sehr viel Geschichte angesiedelt ist und sichtbar wird. Und es war mir auch lieb, aus Berlin wegzukommen. Berlin wurde mir einfach zu eng, dort habe ich elf Jahre gelebt. Dann wurde mir das große Rom-Stipendium, der Aufenthalt in der Villa Massimo, zugesprochen. In Rom habe ich eigentlich den ersten wirklichen Sprung gemacht, auch in meiner Malerei; ich fühlte mich befreit. Wenn Sie sich aus Berlin entfernen mit all dem Underground, der Szene, den Jungen Wilden, wie wir uns genannt haben, von Punkrock und nächtlichen Abstürzen und finden sich in Rom wieder, werden Sie konfrontiert mit vollkommen neuer Lebensfreude und neuen sozialen Bedingungen. Das war wirklich sehr spannend. Damals bin ich als Maler erwachsen geworden. Ich musste mich mit mir, auch als Künstler, auseinandersetzen.

Denn Maler zu sein ist ein sehr monchischer Beruf. Man arbeitet in einer zurückgezogenen Situation, und in dieser Einsamkeit denkt und arbeitet man etwas aus, was dann in der Öffentlichkeit funktionieren muss. Es war sehr spannend, mich zwei Jahre in einer fremden großen Stadt als Künstler durchzusetzen, obwohl ich bereits Geld und Erfolg hatte, Ausstellungen in Deutschland und der Schweiz, eine Ausstellung für New York war in Vorbereitung.

Florian Schuller: War das in Rom eher der Kontakt zum Beispiel mit einem Caravaggio in San Luigi dei Francesi

oder eher der Austausch mit zeitgenössischen italienischen Künstlern?

Bernd Zimmer: In Rom lebten und arbeiteten ja auch Amerikaner, Schweizer und österreichische Künstler, auch Engländer. Rom ist eben eine richtig internationale Stadt. Und obwohl die Stadt gefühlsmäßig manchmal auch ein wenig wie ein Dorf war, hat man das Dorf gemeinsam genossen mit den anderen Künstlern. Zu der Zeit war Cy Twombly, der ebenfalls in Rom lebte, noch kein Star, Italiener wie Enzo Cucchi, Sandro Chia, die damals auch gerade berühmt wurden, lebten ebenfalls in Rom. Es herrschte ein großer internationaler Zusammenhang, sehr spannend.

Florian Schuller: Sie hatten vorhin vom monchischen Malen gesprochen. Damit wären wir beim Thema „Atelier“. Nicht ganz schlau geworden bin ich, wie das bei Ihnen funktioniert. Sie sagen immer wieder, dass Sie bei den vielen Reisen, die wahrscheinlich zum Teil auch sehr abenteuerlich waren, nicht malen, sondern diese Reiseerfahrungen müssten durch den „Filter der Erinnerung“. Sie malen dann im Atelier. Ich habe von einem Atelier in Polling gelesen, einem in Oberhausen, einem Atelier bei Rapallo und einem in Warthe in der Uckermark. Haben Sie die nebeneinander, oder wird das eine geschlossen, und Sie gehen ins nächste, weil Sie sich gerade woanders wohlfühlen?

Bernd Zimmer: Mein Hauptatelier, meine Zentrale, ist in der Nähe von Polling, einem sehr schönen Klosterort, in Oberhausen, einem kleinen Dorf angesiedelt. Es beherbergte vor mir eine

Strickerei, bestehend aus einer Halle aus den 1960er Jahren. Das ist meine Zentralwerkstatt. Und in Italien, meinem weiteren Atelierort, ist schon früher Frühling, und man genießt, dass die Blumen in einem anderen zeitlichen Zusammenhang blühen als bei uns. Es ist einfach schön. Ich muss für meine Inspiration und Arbeit immer wieder den Ort wechseln. Zwischendurch ist mir das schöne, saubere Bayern etwas auf den Geist gegangen. Auf einer Besuchsreise zu einem Freund in Brandenburg habe ich gesehen: Da gibt es ja noch wirkliche, echte Wildnis. Es hat mich an meine Kindheit erinnert, mit den Sandwegen und all der Einfachheit. So habe ich mir in Warthe, in der Uckermark, vor zehn Jahren ein Atelier aufgebaut. Damals hatte ich eine Krise, lebte in meinen Bildern weit weg im ungegenständlichen Cosmos-Bereich und fragte mich, wie ich jemals wieder auf die Erde zurückkomme. Ich bin viel gewandert und habe mich nachts draußen aufgehoben. Irgendwann habe ich mit großer Klarheit gesehen, vor mir im See liegt der Himmel. Der Mond, die Sterne, alles reflektiert sich im See, auf der windstillen Wasserfläche. So konnte ich als Maler den Kosmos in den See legen, ich war wieder auf der Erde gelandet, über die intensive Wahrnehmung einer Wasseroberfläche. Das hat meine Malerei noch einmal erweitert und bereichert. Ich brauche immer wieder einen Wechsel, um auf etwas Neues zu kommen.

Florian Schuller: Nochmals kurz zurück zu Ihrer Leidenschaft für den Fernen Osten. Was hat Sie angezogen, dass Sie immer wieder dorthin gereist sind, nach Burma, Laos, Thailand, Vietnam, Peking?

Bernd Zimmer: Asien ist vollkommen anders als unsere europäische Heimat. Wenn man sich zum Beispiel den Hinduismus in Indien anschaut: Den kann man zwar als Religion bezeichnen, er ist aber keine Religion in unserem Sinn, sondern eher eine Verabredung, wie man miteinander leben kann. Dafür wurden mythologische Figuren geschaffen, die etwas vorleben, und das Volk lebt es nach. Sie müssen anders leben, weil sie ein anderes Selbstverständnis haben.

Im buddhistischen Thailand war ich 1973. Die Reise glich in diesen Jahren noch einer Expedition; es war die Zeit des Vietnamkriegs. Wir hier in Deutschland protestierten gegen diesen Krieg, und dann reist man in die Länder des Geschehens und sieht, wie es wirklich ist. Nicht wie im Bayerischen Wald, wo man sich Scharmützel mit der Polizei liefert, sondern reale Bombardements von riesigen, unbekanntem Dschungel-Gebieten. Es war grausig und die Reise durch unbekannte neue Länder war zugleich wahnsinnig spannend. Ich war fast vier Monate in Südostasien und habe viel gelernt, auch wie man anders leben und so die Welt nochmals anders und neu denken kann.

Florian Schuller: Kommen wir zu den Bildern unserer Ausstellung hier. „Ich male mir ein Bild, meine Vorstellung von kosmischen Phänomenen, welche wir nie sehen werden, nie erreichen werden.“ Was malen Sie hier wie?

Bernd Zimmer: Um 2000 wurden die ersten Hubble-Fotografien publiziert, die Bilder waren neu und für mich unheimlich aufregend. Da sah man plötzlich Sternennebel, rote Nebel, alles wunderbar in unheimlichen Farben. Eine Seherfahrung wie in der Sahara oder der Südsee – über einem dieser gigantischen Sternkonstellationen, man kann sie ohne Fremdeinfluss ansehen und verspürt die Ausmaße des Kosmos. Und da ich ein Naturmaler bin oder Landschaftsmaler – eigentlich eher Naturmaler –, gehört dieser Außenraum zwingend zu unserem Naturverständnis. Wir leben auf einem sehr privilegierten Planeten, eigentlich in der privilegiertesten Situation, die man sich denken kann. Man muss dieses Außen mit einbeziehen in den Zusammenhang, in dem wir schweben – auf dem Mond gibt es kein Leben, er ist viel zu kalt, auf dem Mars ist es zu trocken. Wenn ich Natur male, muss ich auch den Kosmos malen. Nicht nur die Hubble-Fotografien haben mich beeinflusst. Auch die religiösen Vorstellungen unserer abrahamitischen Religionen sind in Wüsten entstanden. Das hat mit dem Oben, mit dem unendlichen Himmel, dem Kosmos zu tun, mit Sternkonstellationen.

Florian Schuller: Alle monotheistischen Religionen sind in der Wüste entstanden, die klassische Erkenntnis. Warum schreiben Sie übrigens „Cosmos-Bilder“ mit „C“ und nicht mit „K“?

Bernd Zimmer: Na ja, weil Kosmos mit „K“, das war der Name eines DDR-Technik-Spielzeugs. Das wäre zu reduziert. Cosmos mit „C“ ist international, hat etwas Kosmopolitisches, ist größer, umfassender gedacht. Es soll auch andeuten: Da geht es um etwas viel Größeres, als wir uns vorstellen können.

Ich habe zu Beginn der „Cosmos-Bilder“ versucht, Sternkonstellationen zu malen wie jene, die auf Hubble-Fotografien festgehalten waren. Dann bin ich dahintergekommen, dass diese Daten – das sind ja keine Fotografien – künstlich eingefärbt sind. Ich habe mich entschieden, bevor ich versuche, diese zu

interpretieren, male ich ohne Vorlagen zu benutzen und erfinde mir meinen eigenen Kosmos. Es gibt Myriaden von Sternen, Monden und Sonnen draußen im All, und wir blicken meist in eine Richtung, die Milchstraße. Ich habe also versucht, so zu malen, wie mir das Thema am nächsten kommt. Das Ergebnis ist reine malerische Intuition oder Fantasie. Das funktioniert nur, wenn die Leinwand auf dem Boden liegt und mit wässrigen Farben, die man fließen lassen kann, bearbeitet wird. Es gleicht nahezu einem natürlichen, naturalistischen Zugriff, da die Gase und Nebel im All ja auch – je nach chemischer Zusammensetzung – im Raum frei wabern und fließen.

Florian Schuller: Gehört da die Spannung dazu zwischen dem, was zufällig entsteht, und dem, was man bewusst anzielt?

Bernd Zimmer: Diesen Zufall kann man einfach und gut lenken. Die einzelnen Läufer kann man mit Wasser vormalen, dann läuft die Farbe genau in den vorgehängten Linien. Also, man kann zwar lenken, aber der Zufall bleibt natürlich ein ganz großer Freund dieser Bilder. Draußen im entfernten All können wir ja auch nicht lenken. Wir können nichts ändern oder Einfluss nehmen.

Florian Schuller: Haben Sie sich eigentlich auch bewusst auf die ersten Sätze des Buches Genesis bezogen, des ersten Buches im Alten Testament?

Bernd Zimmer: Ja. Das sind nicht allzu viele Zeilen, die man dazu lesen muss. Die ersten sieben Tage entstehen ja sehr zügig. Auf diese Sätze beziehen sich die Bilder. Ich habe einmal alle sieben Tage gemalt, aber der vierte Tag war sehr schwierig, wenn die Lampions in den Himmel gehängt werden. Dieser Tag, dieses Bild müsste oder sollte am Anfang stehen. Aber die physikalischen Vorstellungen waren noch nicht gegeben.

Florian Schuller: Die Bilder, die wir hier sehen, werden jeweils von einer Farbe geprägt. Wie kommt es dazu?

Bernd Zimmer: Das sind rein malerische Überlegungen. Auf einem Bild spielt Gelb die Hauptrolle, das nächste wird vom Orange dominiert. Die Bilder wurden in verschiedenen Jahren gemalt. Einmal habe ich mich mehr mit Grün beschäftigt, dann wieder mehr mit Rot. Das ist ungefähr so, wie wenn jemand eine Novelle oder ein Gedicht schreibt. Beim Gedicht, der Poesie, müssen bestimmte Worte einen Klang erzeugen, und beim Malen muss es einmal das Rot und ein anderes Mal ein Grün sein. Unsere Sprache ist die Farbe, die entscheidet, ob das gewollte Bild am Ende ein Bild wird, der freie Umgang mit der Farbe ist entscheidend.

Florian Schuller: Damit sind wir beim Thema „reine Farbmalerie versus gegenständliche Malerei“. Ich habe von Ihnen zwei unterschiedliche Zitate gefunden. Zitat eins: „Ich übertrage Gesehenes, besser, Erlebtes, in Abstraktion und Fiktion. Dahinter steckt der Wunsch, das erlebnisorientierte Bild von der Gegenständlichkeit zu befreien.“ Und Zitat zwei: „Ich bin der Überzeugung, dass die gegenständliche Malerei, und ich sehe mich in dieser Tradition, immer noch die große Möglichkeit hat, wirklich neue Bilder zu erfinden. Der gegenständliche Bezug ist wichtig, eigentlich unumgänglich.“

Bernd Zimmer: Meine Malerei ist letztlich immer große Abstraktion. Sie



Archiv Bernd Zimmer

„Mittsommer. Omega“, nennt Bernd Zimmer dieses Bild. Entstanden ist es 2004. Größe: 160 auf 200 cm. Technik: Acryl auf Leinwand.

enthält einen gegenständlichen Anlass, der die Erzählung des Bildes nachvollziehbar macht. Wenn man zum Beispiel eine horizontale Linie sieht, denkt man, aha, da ist eine Wasserlinie, eine Trennung, das kann man nachvollziehen. Es gibt dafür einen Grund, durch den sich das Bild auch beruhigt und einen festen Stand erreicht. Wenn ich die Linie weglasse, bleibt das Bild vollkommen abstrakt, allerdings nur im übertragenen Sinn. Es ist abstrakt, ob ich die Linie hineinmale oder nicht. Die Erzählung bleibt fast gleich.

Über was wir eingangs gesprochen haben, war also der gegenständliche Anlass, warum ich diese Bilder malte. Wenn er fehlt, weiß ich nicht, was ich wie malen soll. Dann bin ich hilflos, verliere mich in der Malerei und scheinbarer Ästhetik. Es ist letztlich eine innere Erzählung, eine Art Selbstgespräch, die mit Farben und deren Behandlung stattfindet. Die Bilder dieser Ausstellung erzählen Geschichten von Explosionen, der Entstehung der Welt und Chemie, die sich mischt und zu neuen Formen zusammenwächst, von Sternen, die aus Wirbeln entstehen, der Entstehung unseres Sonnensystems, unserer Lebensgrundlage.

Florian Schuller: Erfahrung, die den Impuls gibt, und Malerei, die die Farbe gibt. Dann kommt ein dritter Punkt dazu. Beat Wyss hat einmal geschrieben: „Er (Zimmer) kann und will seine intellektuelle Herkunft nicht verleugnen.“ Welche Rolle spielt bei Ihnen der Verstand, die Vernunft, der Intellekt?

Bernd Zimmer: Das ist der gegenständliche Anlass, wenn ich zum Beispiel die Genesis gelesen habe oder mir

andere Entstehungsmythen vor Augen führe. Dann versuche ich, diesen Anlass, die Erzählung, im Bild mit meiner Malerei nachvollziehbar zu machen. Die Malerei selber befreit sich von der Erzählung und wird zur freien, reinen Malerei. Anlass ist, dass der Kosmos gemalt wird!

Florian Schuller: Ein spannender Satz, „dass der Kosmos gemalt werden muss“. Der führt zu einem letzten Thema, einer religiösen Annäherung an Ihr Malen. Zu Beginn haben Sie Ihre Leidensgeschichte als evangelischer Schüler im damals katholischen Planegg formuliert. Aber Sie scheinen noch eine andere Leidensgeschichte durchgestanden zu haben: „Brav sein, ordentlich sein, alles lernen, egal ob man Interesse daran hatte oder nicht, das war für mich die Konfirmation. Dabei ging es mir in diesem Alter um ganz anderes, um Spielen und Erleben“, haben Sie mal geschrieben.

Und an anderer Stelle habe ich von Ihnen gelesen: „Ich war mit dem christlichen Glauben nicht einverstanden, mit seiner gänzlichen Ablehnung aber auch nicht. Ich kann vieles nicht glauben, also interessiere ich mich für das, was wir glauben sollen. Ich habe eine kritische Einstellung gegenüber kirchlichen Institutionen, aber in mir lebt ein Amalgam von Religiosität.“ Den Begriff „Amalgam von Religiosität“ merke ich mir für meine nächste Predigt.

Bernd Zimmer: Christentum ist eine Glaubensreligion. Als Christ muss man bestimmte Begebenheiten – wie zum Beispiel die Auferstehung – glauben. Im Gegensatz zu den Muslimen, die eine eher juristische Religion haben. Als

Muslim muss man bestimmte Verhaltensregeln, die alle aufgeschrieben stehen, befolgen, um seinem Glauben und seinem Gott gerecht zu werden. Im asiatischen Bereich sind die Religionen eher Lebensübereinkünfte, die aber auch eine Form des Katechismus beinhalten. Wenn man das *Mahābhārata* liest, steht im Zentrum ein Abschnitt, der unserem christlichen Katechismus sehr nahe kommt: Da heißt es zum Beispiel „Du darfst nicht töten“. Es werden einfache Verbotssätze oder besser, Verhaltensregeln aufgestellt.

Ich bin sehr religiös erzogen worden, aber der christliche Glaube selber ist mir schwer gefallen. Vielleicht hörte ich auch den falschen Pfarrer, irgendetwas hat einfach nicht gepasst. Und dann dieses Aufeinandertreffen, besser Aneinandergeraten mit den Katholiken in der Schule, das hat mich schwer zum Zweifeln angeregt ...

Florian Schuller: ... und nicht an der Kirche, sondern am christlichen Glauben ...

Bernd Zimmer: ... genau, am christlichen Glauben. Er war mir unheimlich. Also, Liebe, das ist sowohl eine umfassende gute Idee als auch eine Aussage. Und die Auferstehungsgeschichte ist großartig. Es fällt mir aber schwer, diesen Glauben intellektuell nachzuvollziehen. Da fehlt mir wohl der Heilige Geist. Wenn der in mir wäre, dann könnte ich glauben.

Florian Schuller: Ich sehe in der Runde hier P. Cyrill von St. Ottilien. Dort durfte ich 2005 eine Ausstellung Ihres Kreuzwegs „Lema Sabachtani“ eröffnen. 2006 haben Sie dann in der



Am Durchgang zum Atrium hängen zehn Lithographien aus der Serie „Reflexion“ (2016).

Sakramentskapelle des Mainzer Doms ein Bild gestaltet. Also, so weit weg sind Sie gar nicht. Zu „Lema Sabachtani“: Ohne kirchlichen Auftrag hatten Sie die Möglichkeit bekommen, in vier Berliner U-Bahn-Stationen die Schaukästen zu bestücken. Was macht Bernd Zimmer? Er, der kritische evangelische Christ, sagt: „Ich konnte machen, was ich wollte, und ich entschied mich sofort für den Kreuzweg.“ Sie gestalten einen höchst beeindruckenden Kreuzweg für Menschen, von denen wohl 95 Prozent gedacht haben, wenn sie „Lema Sabachtani“ lasen, dass diese Bilder von einer gewissen Frau Lema Sabachtani stammen.

Bernd Zimmer: Luther hat den Kreuzweg aus dem Kirchenraum verbannt. Er gehört auch ursprünglich nach draußen, man sollte ihn erwandern. Deswegen ist mir der Kreuzweg für Berlin eingefallen. Es war natürlich erschütternd mitzubekommen, dass in Berlin die meisten Einwohner Nichtchristen sind. Wer sollte dann einen Kreuzweg verstehen? Ich habe auf den Boden unterhalb des jeweiligen Schaukastens jeder Kreuzwegstation hingeschrieben, um welche es sich handelt; wollte aber mit dieser Arbeit nicht missionieren. Ich habe es einfach gewagt, weil es mich schon immer gereizt hatte, einen Kreuzweg zu gestalten. Die

Situation, in Leuchtkästen der U-Bahnstationen den Kreuzweg von hinten durchleuchten zu lassen, war besonders reizvoll. Die 14 Stationen sind ein spannender Ablauf. Ich finde auch das Leben Christi sehr spannend. Mich interessiert sehr, ab wann wird Glauben christlicher Glauben, wie und wann findet die Transformation statt.

Florian Schuller: Wenn wir die Mikrofone ausgeschaltet haben, würde ich gerne weiterfragen, wie es in Ihrem Herzen aussieht. Aber kommen wir einmal zu etwas Unverfänglicherem. Wenn sich unser Papst Franziskus einen Künstler aussuchen sollte, wäre er bei Ihnen genau an der richtigen Stelle. Seine Enzyklika zum Thema Umwelt, Nachhaltigkeit, Schöpfung *Laudato si'* trägt den Untertitel „Von der Sorge für das gemeinsame Haus“. Ihre Cosmos-Bilder rufen ja geradezu Leidenschaft und Begeisterung hervor für die Natur, für das All, den Kosmos. Damit gehen Sie und Papst Franziskus genau in der gleichen Richtung. Würden Sie sich der also dazugesellen?

Bernd Zimmer: Ich kann mir das sehr gut vorstellen. Uns auf die Natur zurückzubeziehen und über die Natur nachzudenken – wir sind ja selber ein Teil der Natur – ist mit das wichtigste Anliegen, und ich hoffe, der Funke springt von meinen Bildern auf die Betrachter über.

Florian Schuller: Aber Sie machen eben keine direkt-politische Malerei, sondern steigen ein paar Stufen tiefer.

Bernd Zimmer: Wenn man sich auf diese Bilder einlässt, fängt man an, anders über Natur und unser Leben nachzudenken. Die Bilder sind politisch wie sie sind, weil sie so frei sind. Eine Äußerung von Freiheit ist immer politisch. Wenn sich Menschen, die Betrachter vor den Bildern, darauf einlassen, über die Welt nochmal anders, neu nachzudenken, wird klar: Bilder sind Zwitterwesen. Das Bild an der Wand hat eine

„message“ in sich als Bild, als ästhetisches Gebilde und trägt darüber hinaus eine Geschichte in sich. Und wenn das Bild verschwindet, ist die Geschichte verschwunden. Das tut niemandem weh. Wenn man sich aber auf das Bild einlässt oder versucht, hinter die Geschichte zu kommen, warum jemand so etwas malt, ist man auf dem richtigen Weg. Ich kann mir vorstellen, dass das zu positiven Gedanken führt, die im Leben nachwirken.

Florian Schuller: Herr Zimmer, schließen möchte ich mit einem Satz von Ihnen, der zusammenfassen kann, was wir miteinander diskutiert haben: „Das Transzendente ist das Spannende. Es ist das, was Malerei sichtbar machen kann.“ □

Presse

Münchner Merkur

7. Februar 2017 – Eine epochale Schöpfung ist Bernd Zimmers „unendlicher Beginn“: Wer in der Katholischen Akademie München den riesigen Kosmos des bayerischen Malers sieht, der versteht sofort, dass zu jeder Ausstellung Zimmers seine Jünger pilgern. Denn es ist wirklich so: Dieser Maler schafft nicht nur etwas, was der Wirklichkeit in ihrer ganzen Gewaltigkeit und Unbegreiflichkeit entspricht, sondern er findet dafür neue Gleichnisse. Ein fulminantes Diptychon mit einer magischen gelben Wolke spannt sich über die Wand, explodiert zu Rot, uferlos in dunklen Tönen, ist übersät von unzähligen Leuchtpunkten. Bilder der Cosmos-Serie sind pure Kraft, die über die Leinwand gespritzt, geschüttet, verteilt wird.
Freia Oliv

Münchner Feuilleton

Februar 2017 – Bernd Zimmer zählt heute zu den renommiertesten Künstlern aus der Gruppe der Berliner „Neuen Wilden“, indem er sich seit den 80er Jahren kontinuierlich und künstlerisch erfolgreich weiterentwickelt hat. (...) Seit 1998 widmet er sich dem Zyklus „COSMOS“, aus dem derzeit eine Auswahl in der Katholischen Akademie zu sehen ist. Die inzwischen aus mehr als 100 Bildern bestehende Bildserie wurde 2006 erstmals in der Kunsthalle Mannheim gezeigt. (...) Die Reihe der Bilder in den Räumen der Akademie belegen die malerische Variationsbreite innerhalb der Serie. Ein wenig geraten sie aber auch miteinander in Konflikt, denn die Dynamik des jeweiligen farbigen Bildgefüges, die eruptive Kraft des Geschehens, die nach außen drängt und sich über den Bildrand hinweg in den Raum fortzusetzen scheint, benötigt Platz.
Erika Wäcker-Babnik



Die Besucher schauten sich auch die ausgelegten Kataloge an.